ae pinformationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

FLUCHT

Debatten & Realitäten aus feministischer Perspektive

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Stimmen, die Angst schüren und die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben, sind mächtig. Es wird Angst geschürt vor der "Überfremdung", Angst vor der Flüchtlings"lawine", vor dem "Dammbruch", vor der "Krise", vor den "Horden sexualisierter Männer". Die Angst wird unterstützt von jenen, die Horrorgeschichten über Flüchtlinge erzählen und verbreiten, die bewusst Unwahrheiten und Falschmeldungen in Umlauf bringen. Und das Schüren von Angst hat Erfolg: Europa solle "eine Festung" werden. Die frühere Innenministerin Mikl-Leitner: "Jetzt sind wir gerade dabei diese zu bauen!" Mit der Folge einer ernst zu nehmenden Stimmungsmache für mehr direkten Einsatz von Polizei, Militär und Staatsgewalt und von dichten Grenzen. Mit der Folge, dass Asylgesetze so verschärft werden, dass es unmöglich wird, überhaupt noch Asyl in Österreich beantragen zu können. Mit der Folge, dass sich die Flüchtlinge Schleppern anvertrauen müssen, dass Menschen in Lastwägen ersticken und Hunderte im Mittelmeer ertrinken oder in Lagern unter unmenschlichen Bedingungen vor irgendwelchen Grenzen leben.

Es fliehen Männer, Frauen und Kinder aus Syrien, Afghanistan oder afrikanischen Ländern. Sie fliehen vor Bomben, vor Zerstörung ihrer Häuser und Wohnungen, vor Folter, vor Verschleppung, Mord, Hunger, Not und Kriegsgräueln. Österreich hat sich völkerrechtlich und menschenrechtlich verpflichtet, diesen Menschen Asyl zu gewähren.

Wir geben in diesem Heft Stimmen einen Raum, die an diese Verpflichtungen anknüpfen, auch den Stimmen von Flüchtlingen. Gerade Frauen haben während der Flucht oder wenn sie Asyl beantragen wollen, besondere und größere Hindernisse zu überwinden. Und es gibt Stimmen, die sich dem Schüren von Angst widersetzen, die sagen, "nicht mit uns". Viele Menschen unterstützen im Kleinen, in einem von den großen Medien kaum beachteten Raum Flüchtlinge, nehmen sich ihrer an, versorgen sie. Wir betten diese Erzählungen in den politischen und in den gesellschaftliche Kontext ein, denn es geht uns genau darum, die politischen Zusammenhänge sichtbar zu machen. Die Vorfälle in der Silvesternacht in Köln, wo Hunderte von Männern Frauen bedrohten, bestahlen und sexuell angriffen, haben eine Debatte ausgelöst, in der die Angst vor "fremden Männerhorden" besonders geschürt wurde. In dieser Debatte wird bewusst ausblendet, dass Gewalt und sexuelle Gewalt in unserer Gesellschaft schon immer da waren, dass Gewalt nicht von "Fremden" als etwas Neues zu uns gebracht wurde. Es wird unterschlagen, dass Gewalt und sexuelle Gewalt nur durch Geschlechtergerechtigkeit bekämpft werden können. Dieser Debatte haben wir in diesem Heft besonderen Raum gegeben, weil sie einerseits von feministischer Seite ein genaues Hinsehen auf Rassismus und Sexismus erfordert und weil sie andererseits zu zahlreichen Verschärfungen und Hetze gegen Flüchtlinge genützt wird.

Darüber hinaus finden Sie neben unseren Buchbesprechungen noch aktuelle Meldungen, einen Hinweis auf einen wichtigen Workshop zu "Care" und die vielen aktuellen Bücher in unserer Frauenbibliothek, die zum Lesen einladen.

Lisa Gensluckner, Elisabeth Grabner-Niel, Monika Jarosch

IMPRESSUM

Herausgeber und Verleger: Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck – (vertreten durch Dr. Monika Jarosch)

Für den Inhalt verantwortlich: die Redaktion – Grafik: büro54 – Druck: dps Arnold

Die in den namentlich gekennzeichneten Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit jenen der Redaktion identisch sein. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 30.4.2016. Die nächste Ausgabe der AEP-Informationen erscheint Anfang September 2016 – Redaktionsschluss hierfür ist der 31.7.2016.

Redaktion: Monika Jarosch, Lisa Gensluckner, Elisabeth Grabner-Niel **Titelbild:** Foto/Bearbeitung Judith Klemenc, Illustrationen: Judith Klemenc

Offenlegung nach dem Mediengesetz:

Medieninhaber und Verleger: AEP (s. Impressum). Die AEP-Informationen sind eine feministische Zeitschrift, die zur Auseinandersetzung mit der patriarchalen Mitwelt und zum Widerspruch anregen wollen. Sie möchten dazu beitragen, die widerständigen Kämpfe von Frauen zu dokumentieren und die vielfältigen Existenzweisen von Frauen sowie die Freiräume, die sich Frauen immer schaffen und geschaffen haben, sichtbar zu machen. Unser Anspruch ist es, Hierarchien in den Geschlechterverhältnissen aufzudecken sowie der Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen und den gewalttätigen Strukturen in Ökonomie, Politik und Gesellschaft entgegenzuwirken. Damit wenden sich die AEP-Informationen gegen alle Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die weibliche Lebensmöglichkeiten einschränken und streben eine umfassende Veränderung des von Herrschaft gekennzeichneten Geschlechterverhältnisses an.

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial

Wie etwas in den Blick rücken, das immer aus dem Blick fällt? Judith Klemenc	4
Flüchtlingsbilder Judith Klemenc	6
Ein Traum wird wahr: Frauenärztin in Afghanistan Asma Ismaelzada	8
Glück muss frau haben. Frauen hätten oft besonders gute Gründe, um Asyl zu bitten. Nur hilft ihnen das meist wenig. / Cornelia Grobner	10
Allein und der Gewalt ausgesetzt Elisabeth Grabner-Niel	13
Asyl in Österreich. Informationen zu Begriffen und Rechten / Monika Jarosch	16
Willkommen um zu bleiben? Humanitarismus und Abschiebungen in der aktuellen Flüchtlingspolitik / Judith Welz	21
Das Frauencafe der Freedomseekers. Ein Ort des Austauschs, Kennenlernens und Durchbrechens von stereotypen Wahrnehmungen / Gespräch mit Chirin Hamdoche	26
"Wir werden als radikal abgestempelt" Interview mit Rex Osa über die Selbstorganisierung von Refugees	28
Weiterspielen. Die schweigende Mehrheit sagt JA / Bernhard Dechant und Tina Leisch	32
SILVESTERNACHT – DEBATTEN	36
#ausnahmslos. Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall.	38
Kampagne "Nicht mit mir". Männer gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus.	40
"Silvesternacht in Köln" oder: Wann reden "wir" über "uns"? Ein Gedankenexperiment / Lisa Gensluckner	41
Formen, Ausmaß und Ursachen sexueller/sexualisierter Gewalt gegen Frauen Gabi Plattner	44
Geschlechterverhältnisse im rechten Diskurs Alexandra Weiss	49
Konstruktionen von Männlichkeit und Gewalt in Debatten um "Köln" Paul Scheibelhofer	51
Die Kulturalisierung von Sexismus und ihre Konsequenzen Oscar Thomas-Olalde	54
Workshop "Politische Dimensionen von Care" 15. und 16. April 2016, Universität Innsbruck / Daniela Schwienbacher und Andrea Urthaler	56
"Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch" Für eine geschlechtergerechte Berichterstattung in den Medien!	58
Rezensionen	60
Neue Bücher zu Migration und Flucht in der AEP-Frauenbibliothek Eine kleine Auswahl aus dem umfassenden Angebot	70
Aktuell	





Wie etwas in den Blick rücken, das immer aus dem Blick fällt?

Wie etwas sichtbar machen, das halb und unsichtbar ist?

Wie etwas abbilden, das schon zig mal abgebildet?

Das schon zig mal sichtbar gemacht, das mindestens gleich zig mal ein bestimmtes Bild von etwas vermittelt. Von Menschen, die mit einem Blick als Flüchtlinge erkannt. Von einem Blick erkannt, der sie ins Bild setzt.

Festsetzt. Festhaltet. Fest.

Und nicht flüchtig. Von einem Blick, der ein Flüchtling-Sein zuschreibt. Einschreibt. Einverleibt. Ein. Und nicht entleibt. Also weder flüchtig noch entleibt, diese Bilder von Flüchtlingen. Die flüchtend und entleibt.

Sodann ich diesen Blick in den Blick nahm. Mit diesem Blick blickte ich auf Schneckenhäuser. Auf entleibte. Auf verflüchtigte. Und setzte sie ins Bild. In ein bestimmtes Bild. So wie Flüchtlinge bestimmt sind, mit diesem unserem Blick darauf.

Judith Klemenc¹

Judith Klemenc ist Autorin, Künstlerin und Kunstvermittlerin. Sie illustrierte dieses Heft.

FLÜCHTLINGSBILDER

Judith Klemenc

Ein paar Stunden zuvor sprach ich von Bildpolitiken. Von dieser Unmöglichkeit Bilder zu schießen, ohne nicht direkt hinein zu treffen. In diesen blinden Fleck, der sich in jedem der Bilder spiegelt. In diesen Bildern über Flüchtlinge. Oder eben auch nicht. Wenn sie ihn treffen. Diesen blinden Fleck.

So wie das Foto von Massimo Sestini, Italien, das den 2. Preis in der Kategorie der Reportagen bei Word Press gewann. Dieses Bild im starken Querformat, das ein vollbesetztes Flüchtlingsboot inmitten des Ozeans zeigt. Dieses Bild, das von oben aufgefangen wurde, folglich von einer Aufsicht (Vogelperspektive) und in drei horizontalen Teilen gegliedert ist: Wasser – Boot – Wasser. Blau – bunt – blau.

Zu betonen ist, dass der bunte Teil, das vollbesetzte Boot, mit Blau umrandet, dem Meer, umrahmt ist. Noch mehr zu betonen ist, dass der Bug des Bootes nach links weist. Aber darauf komme ich noch.

Zuerst möchte ich den Blick auf das werfen, was wir als erstes lesen, ohne dass wir wissen, was wir da lesen: ein Querformat und eine Aufsicht. Ein Querformat wirkt im Gegensatz zum Hochformat passiv. Somit lesen wir durch das Format, dass es sich um ein passives Sujet handeln wird. Da wird niemand aktiv, da kann gar niemand aktiv werden. Was die Aufsicht anbelangt, lesen wir, dass wir es sind, die auf dieses Sujet schauen. Wir haben die Aufsicht und das Sujet die Untersicht. Kurz, wir haben den Blick und die Flüchtlinge nicht. Wir sind aktiv und sie passiv.

Was die horizontale Dreigliederung anbelangt, wird die Horizontale des Bildes verstärkt. Das Bild wird dadurch noch querformatiger, noch passiver, doch wird wiederum diese Horizontale durch den umrandenden Ozean abgegrenzt. Das heißt, dieses Blau wirkt als Rahmen, oder in diesem Fall, das Boot sprengt fast den Rahmen. Fast. Es ist zu bunt, es ist zu viel, es ist zu unruhig. Der blaue Ozean fasst ein, fasst zusammen: Blau symbolisiert Harmonie, Vertrauen, Treue

Gehen wir nun auf die Richtungsweisung des Bugs ein, ich sprach es zuvor an. Neben den schon beschriebenen Bildgrammatiken ist die Richtungsweisung im Bild wohl das markanteste Element, um Bilder zu lesen. Wir lesen sie, wie wir schreiben. Diesbezüglich ist die Schreibrichtung bedeutsam, die bei der lateinischen Schrift primär von links nach rechts und sekundär von oben nach unten ist. Deshalb ist sie als eine waagerechte, rechtsläufige Schrift definiert. Hingegen die meisten semitischen Schriften, wie Arabisch und Hebräisch waagrechte linksläufige Schriften sind: Sie werden werden primär von rechts nach links geschrieben. Spätestens an dieser Stelle wäre davon auszugehen, dass Menschen, die der semitischen Schrift vertraut sind, Bilder anders lesen, als "wir" es zum Beispiel tun.

Wenden wir uns wieder der Bildrichtung zu, die mit dem richtungsweisenden Bug von rechts nach links zu definieren ist. Da sie gegen die Schreibrichtung weist, was in unserer westlichen Welt negativ konnotiert ist, verweist sie für uns auf die Vergangenheit. Positiv lesen "wir" rechtsläufige Bildrichtungen, ein Verlauf von unten nach oben, auf den Anfang verweisend, intensiviert eine zu-

kunftseröffnende Wahrnehmung. Von da aus erschließen sich Blickrichtungen, Handrichtungen, Körperrichtungen in Bildern. Wenn der Blick einer Person zum Beispiel nach links unten gewendet ist, können wir davon ausgehen, dass "wir" sie weniger lebensfroh, lebensgewiss, lebenssicher, lebensvertrauend einlesen, als wir es tun würden, wenn sie sich nach rechts wenden würde. In diesem Fall spielt der Blick auf den Anfang und auf das Ende keine unbedeutsame Rolle: Ist er nach oben gewendet, verheißt er Hoffnung, ist er nach unten gewendet, hat man ein Ende im Blick. Gerade eben (inzwischen ist es schon Samstagmorgen, 30. 4. 2016) las ich im Standard über den Fotografen Daniel Etter, der für seine Aufnahmen irakischer Flüchtlinge den Pulitzer-Preis gewann. Ich blätterte in seiner Hompage, um seine Arbeiten zu lesen: sämtliche abgebildeten Flüchtlinge schauen nach links unten. Dies am Rande, und nicht weniger sei am Rande auf die Wahlplakate zu verweisen: Wer da was im Blick hat und wer nicht. Wer da positiv damit umgeht und wer nicht.

Doch ich schweife wieder ab, zurück ins Boot, zu diesem übervollen Flüchtlingsboot: Es weist nach links, es weist in das Vergangene, es weist nicht in die Zukunft, da ist keine, da ist nur die eine Richtung markant: Zurück. Und mitten darin ist die Blickrichtung der Flüchtlinge fest zu machen: nach oben. Ich erwähnte es schon: Der Blick nach oben wird als ein hoffnungsvoller gelesen.

Verweilen wir da bei der Hoffnung, alles weitere würde den AEP-Informationen-Rahmen sprengen, verweilen wir da und beginnen zu lesen ...



Auch die Bilder. Auch wenn die Sujets keine abgebildeten Flüchtlinge sind, sondern Schneckenhäuser. Sie sind durch eine westliche Schriftbrille aufgenommen. Sehen Sie selbst.

Anmerkung

¹ Das Foto, das in dem Beitrag analy-

siert wird, kann aufgrund der nur möglichen Darstellung in S/W in den AEP-Informationen nicht abgedruckt werden. Es würde das Bild verfremden und somit das Urheberrecht verletzen.

Es ist auf Worldpressphoto.org in Farbe zu sehen:

http://www.worldpressphoto.org/ collection/photo/2015/general-news/ massimo-sestini (Zugriff: 30. 4. 2016)

Autorin

JUDITH KLEMENC ist Autorin, Künstlerin und Kunstvermittlerin. Sie illustrierte dieses Heft.

Hinweis "Frauen auf der Flucht"

Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Fachbereichs Frauen und Gleichstellung, JUFF Land Tirol, im Arbeitsjahr 2016 ist "Frauen auf der Flucht".

Bei insgesamt 4 Runden Tischen wurde mit ExpertInnen Informationen und Erfahrungen zusammen getragen, um ein Bild von Frauen zu bekommen, die eine Fluchtgeschichte hinter sich haben und nun in Tirol sind.

Geplant ist weiters eine Fachtagung am 28.11.2016 in Innsbruck zum Thema.

Und auch die nächste Ausgabe des Magzins IF:kompakt ist diesem Themen-Schwerpunkt gewidmet.

Flucht über das Mittelmeer

Die Küsten vieler griechischer Inseln liegen sehr nah an der Türkei. Es kommt einem so vor, als wären sie nur einen Steinwurf entfernt, als wäre eine Überfahrt mit einem Boot keine schwere Aufgabe. "Sogar bei Schlechtwetter ist die Küste von Lesbos von der Türkei aus zu sehen. Bei Schönwetter hat man den Eindruck, als könnte man von der Türkei nach Griechenland schwimmen", sagt Andreas, ein freiwilliger Flüchtlingshelfer aus Deutschland, der auf der Insel

Lesbos täglich an der südlichen Ostküste mit zahlreichen Helfern auf ankommende Flüchtlinge wartet.

Die Überquerung birgt jedoch viele Risiken. In Wintertagen, wenn meterhohe Wellen für unruhiges Gewässer sorgen und sogar für viele Fähren die Überfahrt an manchen Tagen zu riskant ist, ist der Verkehr mit Schlauchbooten lebensgefährlich. Trotzdem setzten sich tausende Flüchtlinge beinahe jeden Tag dieser Gefahr aus.

"Die Schlepper klären die Flüchtlinge nicht über die Gefahren auf, sie kassieren bloß viel Geld und überlassen sie ihrem Glück", sagt Andreas. Die Flüchtlinge auf der türkischen Seite zahlen den Schleppern horrende Summen, um auf die griechische Seite zu gelangen. "Ich hatte Glück, um 300 Euro habe ich einen Platz im Boot bekommen", erzählt Hassan. Der Pakistaner kam im Schlauchboot mit weiteren 14 Personen von Ayvalik nach Lesbos. Weniger glücklich war der iranische Callcenter-Mitarbeiter Mahmood, der für dieselbe zehn Kilometer lange Strecke 1.000 Euro ausgab. "Folgt einfach den Lichtern, haben die Schlepper uns gesagt": Diesen Satz hört man von den Flüchtlingen, egal auf welcher griechischen

Insel sie angekommen sind, ständig. Die meisten Wasserfahrzeuge, die von Schleusern auf den Weg gesetzt werden, sind Gummiboote mit einer Kapazität von zehn bis 15 Personen. Nur in seltenen Fällen finden die Volontäre aber Boote vor, die tatsächlich mit der vorgesehenen Auslastung in Lesbos ankommen. Meistens sind zwischen 30 und 40 Personen auf so einem kleinen Boot, gelegentlich kommt es zu Fahrten mit kleineren Schiffen, die ebenso oft überladen sind und zwischen 150 und 200 Personen transportieren.

Aufgrund des schlechten Wetters und der überladenen Boote kommt es immer wieder zu tödlichen Unfällen. Allein in den vergangenen Wochen sind dutzende Personen vor der Küste von Lesbos ertrunken. Die Farbe Orange dominiert entlang der Inselküste. Die durch die Schutzwesten orange gefärbten Strände erfreuen Frontex-Pressesprecherin Ewa Moncure. "Orangefarbene Küsten sind immer ein positives Zeichen. Das heißt, dass die Flüchtlinge die Fahrt überlebt haben", sagt sie. Je besser die Wetterverhältnisse werden, desto bunter werden Griechenlands Strände. (Siniša Puktalovi, Balazs Csekö, dieStandard.at 16.2.2016)

EIN TRAUM WIRD WAHR: FRAUENÄRZTIN IN AFGHANISTAN

Asma Ismaelzada

Als ich in den Kindergarten ging, war in Afghanistan bereits Krieg, und damals schon war es mein großer Wunsch, Ärztin zu werden, insbesondere Frauenärztin. Ich erinnere mich, wie uns die Kindergärtnerin aufforderte, in einem einzigen Wort aufzuschreiben, was uns am liebsten sei.

Die anderen Kinder haben geschrieben: "Mama" oder "Papa", "Schokolade", "Spielsachen", "Katze" oder "Hund" ... Mein Wort war "Dactar – Ärztin", ungefähr 20 Mal wiederholt. Auch habe ich es bereits als kleines Kind geliebt, medizinische Fernsehsendungen zu schauen und meine Puppen "wieder gesund zu machen".

Nach drei Jahren Volks- und neun Jahren Mittelschule als ganz fleißige und ehrgeizige Schülerin machte ich die Matura mit ausgezeichnetem Erfolg, und mein Traum, Ärztin zu werden, erfüllte sich durch das erfolgreiche Studium an der Medizinischen Universität in Kabul. Meine Eltern legten bei all meinen Geschwistern (drei Schwestern, fünf Brüder) großen Wert auf eine gute Ausbildung. Man darf nicht vergessen, es war schon jahrelang Krieg, aber wir lebten unsere Träume ungeachtet dessen, dass sie jederzeit in Schutt und Asche begraben werden konnten.

Ich erinnere mich an ein ganz dramatisches Erlebnis: Im vierten Studienjahr schlug eine Bombe direkt in unser Klassenzimmer ein. Vor meinen Augen starben Studienkollegen, andere wurden schwer verletzt, trotzdem konnte ich besonnen reagieren und meine liebe Freundin Nouria, die am Kopf eine schwere Verletzung hatte, so gut versorgen, dass sie überlebte.

Trotz schwerster Beeinträchtigungen und trotz dieses Traumas (Nouria konnte lange nicht mehr sprechen, und ihre rechte Hand war bewegungsunfähig) schafften wir es gemeinsam, unser Studium positiv abzuschließen und an unserem Traumberuf Ärztin festzuhalten. Nach drei Jahren Praktikum machte ich die Fachprüfung.

Ich war immer davon überzeugt, dass Frauen schaffen können, was sie wol-Ien, und dass ein selbstständiges, von Männern unabhängiges Leben wichtig ist.

"Im vierten Studienjahr schlug eine Bombe direkt in unser Klassenzimmer ein. Vor meinen Augen starben Studienkollegen, andere wurden schwer verletzt."

Dazu gehören vor allem Familienplanung und ein eigener Beruf. Dies wurde zu den Grundpfeilern meiner Überzeugung, nicht nur für mich persönlich, sondern in weiterer Folge besonders für die Beratung vieler Frauen im Rahmen meiner Berufsausübung.

Nach circa sechs Jahren als Gynäkologin im Krankenhaus begann ich für die amerikanische Botschaft zu arbeiten. In Afghanistan gibt es noch die Zwangsheirat von minderjährigen Mädchen. Die Hygiene wird von den Männern oft vernachlässigt, und deshalb ist die Sterberate bei den jungen Frauen sehr hoch. Als Frauenärztin war ich oft tagelang unterwegs, um in entlegenen Dörfern



die Männer darüber aufzuklären, welche Vorteile es für sie selber bringt, wenn ihre Frauen durch Familienplanung und einen eigenen Beruf selbstständig werden. Es war nicht einfach, sie davon zu überzeugen. Viele, vor allem jüngere Männer verstanden es, viele leider nicht.

Trotzdem, und auch wegen meiner Beharrlichkeit, gelang es, verschiedene Frauenprojekte zu verwirklichen, wie Teppiche weben, Schmuck anfertigen, Lederarbeiten, Fischfang, Eier, Fleisch und Milchprodukte aus eigener Erzeugung verkaufen oder Computer-Schulungen.

Ich erinnere mich an Habiba, eine Frau um die 40 Jahre, der beide Beine amputiert worden waren, und die mehr oder weniger sich selbst überlassen war. Nachdem ich sie erfolgreich in ein Schmuck-Projekt einbinden konnte, bekam sie endlich Wertschätzung und Respekt von ihrer Familie, und hat heute ihr eigenes Geld und ein gutes Leben. Oder ich denke an eine junge Frau, sie wurde mit 13 Jahren verheiratet und nach acht Jahren hatte sie bereits sieben Kinder! Das muss man sich vorstellen ... Sie war erst 21 Jahre alt!

Das heißt, sie war noch lange in ge-



bärfähigem Alter und ihr (viel älterer) Mann würde sie, wenn sie durch noch mehr Geburten geschwächt und körperlich kaputt sein würde, durch eine zweite, frische Frau einfach ersetzen. Sie war immer krank und enorm gestresst, musste immer zu Hause bleiben, durfte nicht einmal ihre Eltern besuchen. Ihr Mann war noch dazu gewalttätig. Nachdem sie und zum Glück auch ihr Mann sich von Familienplanung und Verhütung überzeugen ließen, nahm ihr Leben einen ruhigeren Verlauf.

Das sind nur zwei Beispiele für viele Frauen, die durch Aufklärung ein neues Leben gewonnen haben.

DAS machte mich glücklich.

Und diese Erfolge haben mich in dem bestärkt, was ich als kleines Mädchen schon spürte: Ich wollte helfen und nun konnte ich es. Aber ich konnte nicht wissen, dass genau DAS dazu führen wird, dass ich heute hier in Österreich sitze und euch meine Geschichte erzähle.

"Ich war immer davon überzeugt, dass Frauen schaffen können, was sie wollen, und dass ein selbstständiges, von Männern unabhängiges Leben wichtig ist."

Nachwort

Frau Dr. Asma Ismaelzada erhielt Anfang Februar 2012 ihren ersten Drohbrief der Taliban. Sie ignorierte ihn. Glaubte, dass sie in Kabul sicher wäre. Zwei Monate später kam der zweite Brief mit der unmissverständlichen Bot-

schaft. Er enthielt ihr von der Taliban-Kommission beschlossenes Todesurteil. Zum Tode verurteilt wegen ihrer Tätigkeit

Sie packte ihre Kinder und verließ über Nacht ihr Heimatland Afghanistan. Niemand wusste davon. Nicht einmal ihr Mann, der auswärts arbeitete.

Dramatische Stunden, Tage, Wochen und Monate ...

Jetzt wird alles gut. Sie glaubt daran, und deshalb wird sie es auch schaffen. So wie damals zu Hause, als kleines Mädchen im Kindergarten ...

Frau Dr. Asma Ismaelzada arbeitet zurzeit als Flüchtlingsbetreuerin und bereitet sich für die Zulassung als Ärztin vor.

Der Beitrag von ASMA ISMAELZADA, entstand in Zusammenarbeit mit MAR-TINA BAUR und wurde abgedruckt in der sehr (!) empfehlenswerten, neu erschienenen Publikation: Kunst & Flucht. Mein Leben vor der Flucht, herausgegeben vom Verein Salzburg – Kommunikation & Kultur. Acht Personen – Asylwerber*innen, Asylberechtigte und ehemalige Flüchtlinge - aus verschiedenen Herkunftsländern lassen uns an ihren Erinnerungen und Erfahrungen vor, während und nach der

Flucht teilhaben. Die Publikation enthält darüber hinaus Hintergrundinformationen über Herkunftsländer der geflüchteten Menschen und ist mit vielen Bildern sehr ansprechend gestaltet. Sie kann in der AEP-Frauenbibliothek ausgeliehen oder um 14 Euro plus Versandkosten direkt bestellt werden bei: Talk_Together@gmx.at Webseite: www.talktogether.org/

Wir danken Frau Dr. Asma Ismaelzada und dem Team von Talktogether für die Abdruckgenehmigung.

"My Escape / Meine Flucht"

Der Dokumentarfilm "My Escape / Meine Flucht" ist eine Montage aus (Handy-)Videos von Flüchtlingen, die ihre lebensgefährliche Flucht nach Deutschland selbst kommentieren. Der Film lässt die Flüchtlinge selbst sprechen: Sie kommentieren ihr Filmmaterial. So entsteht ein eindrückliches Bild aus nächster Nähe, von Menschen, deren Verzweiflung sie nach Europa treibt – ungeachtet aller Gefahren. (10.02.2016 I 90 Min. I Verfügbar bis 30.12.2099 I Quelle: WDR) Er ist zu finden unter http://www.ardmediathek.de/tv

GLÜCK MUSS FRAU HABEN

Frauen hätten oft besonders gute Gründe, um Asyl zu bitten. Nur hilft ihnen das meist wenig. Cornelia Grobner

"Der Flüchtling ist oft nicht nur in den Köpfen, sondern auch in den Gesetzestexten eine männliche Figur."

Sie habe die Hitze nicht mehr ertragen, gibt die Somalierin Jamilah (Anm.: Name geändert) vor dem österreichischen Bundesamt für Fremdenrecht und Asyl (BFA) zu Protokoll. Die junge Frau hat in einem Restaurant in Mogadischu Fladenbrote gebacken - ohne Schleier. Anlass genug für die Terrormiliz al-Shabaab, sie zu verschleppen und ihr Gewalt anzutun. Mehrmals. Jamilah gelingt die Flucht nach Wien, wo sie kein Asyl, sondern lediglich eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erhält. Die BeamtInnen fassen ihre Erzählung als "unstimmig" zusammen. Der Fall kommt vor Gericht. Jamilah berichtet von einem ermordeten Onkel und von Zwangsarbeit - über sich selbst schweigt sie großteils. Niemand fragt nach. Asylantrag erneut abgelehnt.

Die unsichtbaren Leiden

Der Fall verdeutlicht, was Asyl-Expertlnnen meinen, die von einem männlichen Asylrecht sprechen: Wenn das Fluchtland Somalia lautet, hätten die Beamtlnnen, die Jamilah gegenüber gesessen sind, hellhörig werden müssen. Denn Somalia weist mit 97 Prozent eine der höchsten Raten der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM) auf. Jamilah selbst kommt es nicht in den Sinn, dass ihre Beschneidung – als Verstümmelung bezeichnen wenige Betroffene das in der Heimat normalisierte Ritual –

für das Asylgesuch von Bedeutung sein könnte, etwa, wenn ihre kleine Tochter auch von FGM bedroht ist.

60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht – die höchste Zahl, die je verzeichnet wurde. Nach UNHCR-Schätzungen sind 49 Prozent von ihnen Frauen und Mädchen. Nach Europa schafft es nur ein kleiner Teil. Die österreichische Statistik der Asylanträge der letzten Jahre zeigt Schwankungen des Frauenanteils zwischen 21 und 34 Prozent.¹

Krieg, Armut oder Umweltzerstörung – Frauen flüchten vielfach aus denselben Gründen wie Männer. Sie sind aber häufig auch von geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsverheiratung, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung, sexualisierter Folter, Zwangssterilisation, Steinigung oder auch Arbeits- und Bildungsverbot

Hinzu kommt, dass Frauen die Flucht unter verschärften Bedingungen erleben. "Sie sind auf der Flucht, die oft in einem beinahe rechtsfreien Raum im Verborgenen durch Schlepper stattfindet, von Gewalt und im Speziellen auch von sexualisierter Gewalt betroffen", erklärt Ruth Schöffl vom Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR). "Vor allem alleinreisende Frauen sind besonders gefährdet. Für schwangere Frauen sowie stillende Mütter kommen zusätzliche Gesundheitsrisiken hinzu."

Stereotype in der Rechtssprechung

Der Flüchtling ist oft nicht nur in den Köpfen, sondern auch in den Gesetzestexten eine männliche Figur. Das kann direkte Konsequenzen für den Ausgang "weiblicher" Asylanträge haben: Zum einen sind die Sensibilität für und das Wissen um frauenspezifische Fluchtursachen gering. Zum anderen werden politischer Aktivismus und Verfolgung überwiegend Männern zugeschrieben.

Fluchtgrund: Frau sein

Geschlechtsspezifische Verfolgung kann als Grund geltend gemacht werden, um Asyl zu erlangen. Die 1951 verabschiedete Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) führt Geschlecht jedoch nicht als eigenes Kriterium wie politische Überzeugung, Religion, "Rasse" oder Staatsangehörigkeit an. Entsprechend der Auffassung von UNHCR mache eine geschlechtssensible Auslegung eine Erweiterung der GFK nicht notwendig. Konkret geht es dabei um die Auslegung des Kriteriums "Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe". Frauenspezifische Fluchtgründe werden jedoch im Vergleich zu den traditionellen Fluchtgründen seltener anerkannt.

In Deutschland ist die geschlechtsspezifische Verfolgung bereits seit 2005 ein anerkannter Asylgrund. In Österreich ist es so, dass Frauen zwar immer wieder in der gelebten Rechtspraxis aus frauenspezifischen Gründen Asyl bekommen. Die Auslegung ist aber extremen Schwankungen unterworfen.

Die Obfrau des Vereins "asylkoordination österreich", Anny Knapp, beobachtet aber auch Verbesserungen der Situation: "Früher konzentrierte man sich automatisch auf den Mann als politisches Subjekt und Wortführer für die Familie. Mittlerweile ist es fast selbstverständlich, dass jedes Familienmitglied ab 14



Jahren extra befragt wird. In der Praxis ist es aber noch häufig so, dass die Frau sagt, sie habe selbst nichts vorzubringen. Da bräuchte es vonseiten der Behörde mehr Sensibilität."

Schweigende Statistiken

Wissenswertes über die aktuell in Österreich lebenden Flüchtlingsfrauen in Erfahrung zu bringen ist schwierig. Im ersten Halbjahr 2015 wurden 6.067 Asylanträge von Frauen gestellt – das sind bereits fast genauso viele wie im gesamten letzten Jahr überhaupt. Die Statistiken des Innenministeriums geben darüber hinaus wenig Auskünfte: Es gibt aus den letzten Jahren keine Aufzeichnungen über die angeführten Fluchtgründe oder darüber, ob eine Frau alleine gereist ist, mit Kind(ern) oder mit Partner - eine Auswertung nach Herkunftsländern der heuer Angekommenen existiert ebenfalls nicht.

Derart geführte Statistiken stützen jedenfalls die These eines "genderblinden" Asylwesens, ebenso scheint es mit den organisatorischen Strukturen zu sein. Anders als im deutschen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wo seit 1996 Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifisch Verfolgte in Asylverfahren eingesetzt werden, die sowohl Anhörung als auch Entscheidung in sensiblen Fällen übernehmen, gibt es in Österreich keine SpezialistInnen. Im BFA muss man mit "speziell geschulten Bediensteten" das Auslangen finden: "Wenn im Verfahren Anhaltspunkte für geschlechtsspezifische Verfolgung auftreten, werden diese hinzugezogen", so Ministeriumssprecher Karl-Heinz Grundböck.

Vertrauen statt Verhören

Die Wiener "Initiative für Frauen auf der Flucht", die geflüchtete Frauen bei der Bewältigung des Alltags unterstützt und auch aktivistisch tätig ist, fordert die Aufnahme frauenspezifischer Fluchtgründe in die Genfer Flüchtlingskonvention. Dies würde die Asylverfahren fairer gestalten. "Wir wissen alle, wie schwer es ist, eine Vergewaltigung vor Gericht zu beweisen", verdeutlicht eine Aktivistin der Gruppe, die zum Schutz der Frauen anonym bleiben möchte. "In vielen Kriegsgebieten wird Vergewaltigung als Waffe eingesetzt. Wie soll eine geflüchtete Frau das vor den Behörden hier beweisen? Gerade dann, wenn sie vor Scham nicht sprechen kann?" Eine ihrer Kolleginnen ergänzt: "Frauen fallen bislang nur als soziale Gruppe unter den Flüchtlingsbegriff. Das ist zu allgemein gehalten. Wir müssen Dinge benennen, wenn wir sie ändern wollen." Wesentlich sei, dass in Asylverfahren ein Klima des Vertrauens hergestellt werde: "Momentan handelt es sich vielfach um Verhörsituationen." Rechtsanwältin Julia Ecker, die im Rahmen des Flüchtlingsrechtsberatungsprojekts "Netzwerk Asylanwalt" immer wieder schwierige Einzelfälle betreut, bestätigt diese Erfahrungen: "Ein Problem in der Praxis ist vor allem, dass die Ermittlungspflichten in Bezug auf frauenspezifische Fluchtgründe nicht immer ernst genommen werden und daher sehr starke Unterschiede in der Entscheidungspraxis bestehen."

Hinzu kommt, dass Frauen häufiger von Analphabetismus und niedriger Bildung betroffen sind. Auch das wirkt sich negativ auf Asylverfahren aus. Rechtsanwältlnnen bestätigen, dass Referentlnnen Zögern, Unsicherheit und Unwissenheit häufig als Unglaubwürdigkeit beim Vorbringen von Fluchtgründen werten.

Mangel an Länderwissen

Unterm Strich mangle es im Asylverfahren nicht nur an Sensibilität, sondern auch an Hintergrundwissen über die Herkunftsländer, sind sich Aktivistlnnen wie anwaltliche VertreterInnen einig. Die Herkunftslandrecherche sei wichtiger Bestandteil des Asylverfahrens, heißt es seitens des Innenministeriums (BMI). Dafür stellt die so genannte Staaten-Dokumentation wissenschaftlich aufbereitete Informationen bereit. Derzeit umfasst diese rund 170 Berichte und Analysen. Explizit mit der Situation

von Frauen befassen sich allerdings nur acht davon.

Aktiv für Frauen

Die "Initiative für Frauen auf der Flucht"² startete mit einer Demonstration zum Internationalen Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung im Februar 2015 eine Sensibilisierungskampagne für frauenspezifische Fluchtgründe. Im Rahmen von Workshops und Vorträgen stellte die Gruppe in Wien die einzelnen Fluchtursachen detaillierter vor.

"Es darf kein Glücksfall sein, an welche Beamtinnen oder Beamten ein Flüchtling gerät und wie sehr diese bereit sind, sich über die Situation im jeweiligen Heimatland zu informieren", betonen auch die LGTBIQ-Aktivistinnen³ Marty Huber und Cécile Balbous. Die beiden setzen sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Trans-, Bi-, Intersexuelle und Queer-Personen ein und sind Teil der Arbeitsgruppe "Queer Base. Welcome & Support for LGBTIQ Refugees", die sich im August 2015 formiert hat. Neben Hilfe im Asylverfahren steht dabei die Schaffung von sicheren Wohnplätzen für diese besonders gefährdeten Geflüchteten im Vordergrund.

Ein Glücksfall

Es ist und bleibt ein Mensch – und nicht das Gesetz –, der den Asylsuchenden gegenübersitzt. Das Wort Glück ist in den Gesprächen mit Aktivistinnen und Betroffenen mehrfach gefallen. Ein Glück für die Frauen, die eine gefährliche Flucht nach Europa schaffen. Ein Glück, wenn sie an sensibilisierte EntscheidungsträgerInnen geraten. Ein Glück, wenn sie die richtigen Worte fin-

"In vielen Kriegsgebieten wird Vergewaltigung als Waffe eingesetzt. Wie soll eine geflüchtete Frau das vor den Behörden hier beweisen?"

den. Auch die Somalierin Jamilah hat noch Glück erfahren und eine engagierte Anwältin zugeteilt bekommen. Diese hat beim Verwaltungsgerichtshof erfolgreich Beschwerde eingelegt, da die frauenspezifischen Fluchtgründe ihrer Mandantin nicht gehört wurden. Nun wird Jamilahs Fall erneut verhandelt.

Anmerkung

- ¹ Zu den aktuellen Zahlen über flüchtende Menschen s. die Kurzmeldungen über Aktuelles in diesem Heft. So viele Frauen suchten im ersten Halbjahr 2015 um Asyl in Österreich an: Asylanträge gesamt: 28.311; davon Frauen: 6.067. Quelle: Innenministerium (BMI)
- ² www.frauenaufderflucht.wordpress.com
- ³ LGBTIQ: Abkürzung für: lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex, queer.

Autorin

CORNELIA GROBNER ist freie Journalistin und lebt in Wien.

Dieser Beitrag ist in Südwind, Magazin für internationale Politik, Kultur und Entwicklung, Heft 10/2015 erschienen.

http://www.suedwind-magazin.at/alle-ausgaben.

Wir danken Cornelia Grobner und Südwind für die Abdruckgenehmigung.

Aktuelle Fluchtbewegungen – 1

Mehr Frauen und Kinder als Männer unterwegs nach Europa: Erstmals seit Beginn der Flüchtlingskrise sind mehr Frauen und Kinder auf dem Weg nach Europa als Männer. Die Grenze von Griechenland nach Mazedonien überquerten aktuell zu fast 60 Prozent Frauen und Kinder, teilte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) mit. Im Vergleich zur Situation vor einem halben Jahr habe sich der Anteil der Kinder verdreifacht. Im Juni 2015 waren noch zu 73 Prozent Männer unterwegs nach Europa. Die Entwicklung bedeute, "dass mehr Menschen auf dem Meer in Gefahr sind, besonders im Winter, und mehr Schutz am Land brauchen", sagte Marie-Pierre Poirier, die Unicef-Koordinatorin für die Flüchtlingskrise. (DerStandard.at, 02.02.2016)

Aktuelle Fluchtbewegungen – 2

Weil gerade wieder einmal davon die Rede ist, dass es ab dem Sommer 2015 aufgrund der Gesten Deutschlands zu einem massiven Anstieg der Flüchtlingszahlen gekommen ist: Der Anstieg der Flüchtlingszahlen nach Europa begann nicht erst im Sommer 2015, der Anstieg begann bereits deutlich früher. Bereits 2013 und dann noch stärker 2014 kamen deutlich mehr geflüchtete Menschen nach Europa als in den Jahren zuvor. Und 2015 begann der große Anstieg bereits im April/Mai und nicht erst im Sommer. Ich erinnere daran, dass sich das schreckliche Versagen der Innenministerin und der Bundesländer in Sachen Asylsuchendenunterbringung (Stichwort: Zeltlager und Traiskirchen) bereits ab Mai abgespielt hat! (Facebook-Posting von Alexander Pollak, 13.05.2016)

ALLEIN UND DER GEWALT AUSGESETZT

Elisabeth Grabner-Niel

Oumo ist eine junge Frau, die südlich der Sahara auf die Welt kam und dort aufgewachsen ist. Nun herrscht dort Krieg und sie entschloss sich wegzugehen. Sie floh aus ihrem Heimatland, um der politischen Verfolgung, der ihre Familie ausgesetzt ist, zu entkommen. Ihr Schwager wurde ermordet und ihre Schwester ist verschwunden. Aus Angst um ihr eigenes Leben machte sie sich alleine auf die Reise nach Deutschland. Auf ihrem Weg durch Griechenland sah sie sich zweimal gezwungen, Sex als Gegenleistung für existentielle Dinge zu erbringen: einmal, um an einen falschen Pass zu kommen, und ein zweites Mal, um einen Platz auf einem Boot von der Türkei nach Griechenland zu finden. "Ich hatte keine andere Wahl", sagte Oumo. Nach ihrer Ankunft in Griechenland nächtigte sie außerhalb des Hafens ohne jeden Schutz, ohne jede Privatheit. Auf diese Weise waren die notwendigen Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten außer Reichweite. Sie konnte nicht registriert werden. "Ich bin nahe daran, verrückt zu werden", sagt sie.

Neue Studie der Vereinten Nationen

Oumo ist eine jener Frauen, die ihre Geschichte einem Team der Vereinten Nationen (UN) erzählte, die im November 2015 eine Feldstudie über Frauen auf der Flucht durchführten. VertreterinnerInnen des UNHCR (United Nations Refugee Agency), des UNFPA (United Nations Population Fund) und des WRC (Women's Refugees Commission) bereisten eine Woche lang Griechenland und die Gebiete der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien. Ziel die-

ses Unternehmens war es, sich ein genaues Bild von den Risiken zu machen, denen Frauen und Mädchen auf dieser Flüchtlingsroute ausgesetzt sind. Ihr ausführlicher Bericht liegt nun vor und endet mit einem umfangreichen Katalog an Vorschlägen, wie die unterschiedlichen involvierten Organisationen den Schutz von Frauen und Mädchen auf dieser Fluchtroute besser gewährleisten könnten. Diese Empfehlungen richten sich an die Regierungen der EU Mitgliedstaaten, an die humanitären sowie an die zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen.

"Für Schwangere, stillende Mütter, allein reisende Frauen oder unbegleitet reisende Mädchen stehen auf ihrem Fluchtweg keine spezifischen Unterstützungsangebote zur Verfügung."

Das UN-Team bereiste Athen und die beiden Inseln Chios und Samos, wo die Flüchtlinge nach ihrer Fahrt über das Mittelmeer ankommen. Dann fuhren sie nach Skopje und Gevgelija, wo die Menschen die frühere Teilrepublik Mazedonien betreten, sowie nach Tabanovce, dem Grenzübertritt nach Serbien. Sie besuchten Anhaltezentren und jene Orte, an denen sich Flüchtlinge für längere Zeit aufhalten, z.B. Eleonas, den Siegesplatz oder das Galata-Stadium in Athen. Sie befragten Frauen und Mädchen, Männer und Buben, aber auch OrganisatorInnen vor Ort sowie Ver-

antwortliche in den Behörden aus den Bereichen Gesundheit und Sicherheit, vom Roten Kreuz, weiteren internationalen und lokalen Hilfsorganisationen sowie von UN-Verwaltungen. Sie beobachteten die Lage und führten insgesamt 67 Einzelinterviews und 17 Gruppengespräche (gemischtgeschlechtlich und auch ausschließlich mit Frauen und Mädchen).

Flucht: Gründe, Bedingungen, Risiken

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat es noch keine derartige Bewegung von Flüchtlingen und MigrantInnen aller Altersklassen gegeben. Im November 2015 wurde die Zahl von 950.000 Flüchtlingen und Migrantlnnen erreicht, die über das Mittelmeer nach Europa gelangt sind. Der Großteil (800.000 Menschen) reiste über Griechenland, darunter 24% Kinder und 16% Frauen. Die Zahlen sind im Steigen, insbesondere jene von allein reisenden Frauen und unbegleiteten Kindern und Jugendlichen. Auch ein Anstieg von Schwangeren, auch jener in einem fortgeschrittenen Stadium, wird verzeichnet. 3.700 Personen verloren ihr Leben oder gelten als vermisst.

Die Gründe, sich auf diese äußert unsichere und lebensgefährliche Reise zu machen, sind vielfältig, u.a. bewaffnete Konflikte, Massenmorde, systematische Verfolgung und umfassende sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt in den Heimatländern. Die Mehrheit dieser Menschen fallen unter die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und deren Folgedokumente und haben daher ein Recht auf Schutz in den europäischen Staaten, welche die Kon-

vention unterzeichnet haben. Aber auch auf ihrem Fluchtweg sind sie – zumeist ohne Schutz – oft einem hohen Grad an Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt, darunter vielfältigen Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt. Dies gilt vor allem für allein reisende Frauen und ihre Kinder, schwangere oder stillende Mütter, weibliche Teenager, unbegleitete Kinder sowie Menschen mit Behinderung und Ältere.

Das UN-Team traf auch z.B. auf Aziza aus Afghanistan, die mit ihrer 18jährigen mehrfach beeinträchtigten Tochter unterwegs ist. Auf ihrem Fluchtweg hatten sie schon einige Zeit im Iran verbracht, wo Aziza als Haushaltshilfe die Lebenskosten für beide verdienen konnte, jedoch keinen Zugang zu medizinischer Hilfe für ihre Tochter fand. Diesen erhofft sie sich nun von Europa. In Griechenland wurde ihr gesagt, dass bei entsprechender medizinischer Versorgung eine Verbesserung der Lebensumstände ihrer Tochter möglich wäre. Voller Verzweiflung erzählte sie im Interview, dass sie trotz ihrer kleinen Statur ihre Tochter immer wieder tragen müsste und nicht genügend Geld für die Reise nach Deutschland hätte.

"Ein Unterstützungsansatz, der von den Betroffenen selbst und ihrer Lebenssituation ausgeht, ist unbedingt erforderlich."

Oder Farah, eine andere Frau aus Afghanistan, die mit ihren sieben Töchtern – alle unter 17 Jahre alt – und ihrem klei-

nen Sohn alleine unterwegs ist. Ihr Ehemann und ihr älterer Sohn waren im Iran umgekommen. Dadurch hatten sie und ihre Töchter jeden Schutz verloren. Ihr Schwager drohte an, die Töchter als Bräute zu verkaufen, und so sah Farah keinen anderen Ausweg als sich mit ihnen auf die Flucht zu begeben.

Dringliche Maßnahmen sind erforderlich

Für Schwangere, stillende Mütter, allein reisende Frauen oder unbegleitet reisende Mädchen stehen auf ihrem Fluchtweg keine spezifischen Unterstützungsangebote zur Verfügung. Unter den Regierungsbehörden und den humanitären Organisationen besteht derzeit kaum ein Bewusstsein darüber, dass auch sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt ein zentrales Problem in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise darstellt. Ein Grund dafür liegt in der fehlenden entsprechenden Datenlage. Dies macht auf der politischen Ebene ein äußerst unvollständiges Verständnis der Sicherheitsrisiken sichtbar. Die weiblichen Flüchtlinge selbst sind sehr zögerlich, über ihre persönliche Lage zu sprechen, und verschweigen ihre traumatischen Erlebnisse; sie suchen oft keine Hilfe, außer ihre Verletzungen sind sehr gravierend oder nicht zu über-

Das Beobachtungsteam fordert in seinem Bericht die involvierten Akteurlnnen daher dazu auf, ihre Aufmerksamkeit auf diese versteckten Trauma, verborgenen Verletzungen und verschwiegenen Erfahrungen zu richten. Laut ihren Aktions-Richtlinien sollten Mitarbeiterlnnen explizit dazu angehalten

werden, diese Faktoren mitzuberücksichtigen. Dazu zählt z.B. frühe Zwangsverheiratung, Sex als Tauschmittel gegen essentiell notwendige Dinge, innerfamiliäre Gewalt, sexualisierte und physische Gewalt. Diese Erfahrungen wurden von Frauen und Mädchen einerseits als Fluchtgründe angeführt, aber auch während ihrer Flucht erlebt.

Es gibt jedoch weder in regierungsnahen noch in zivilen Hilfsorganisationen kaum Stellen, die diese Aspekte systematisch erheben und - noch weniger - in dieser Hinsicht Unterstützung anbieten. Es gibt keine dezidiert für Frauen und Mädchen angebotenen sicheren Orte, nicht einmal, um zumindest vertrauliche Gespräche mit Zuständigen führen zu können. Es gibt auch kaum Angebote für psychologische Unterstützung und nur sehr wenige DolmetscherInnen, insbesondere solche, die das weibliche Farsi oder Arabisch beherrschen. Dies macht es unmöglich, dass Frauen zu der für sie erforderlichen Unterstützung kommen. Auf den griechischen Inseln findet sich keine einzige Einrichtung, die Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt bietet. Etwas besser ist es im Athener Flüchtlingslager Eleonas und in den Ein- und Ausreiseorten Gevgelija und Tabanovce im ehemaligen Mazedonien. Hier werden getrennte Unterbringungsräumlichkeiten für Frauen und Kinder sowie eigene Wasser- und Sanitäranlagen zur Verfügung gestellt. Die in Chios geplanten Einrichtungen sehen diese bereits vor. Insgesamt fehlt es in den Zentren der griechischen Inseln an Mindeststandards, um die spezifischen Risiken für Frauen und Mädchen auf der Flucht berücksichtigen zu können. Auf Samos gibt



es z.B. zu wenige Betten, die Latrinen wie die Duschen sind in sehr schlechtem Zustand, nach Geschlechtern getrennte Bereiche sind nicht vorhanden.

Der Zugang zu medizinischer Hilfe für weibliche Flüchtlinge, die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt überlebt haben, sind völlig unzureichend, oft wissen sie nicht einmal, dass es solche überhaupt gibt. Wenn diese Orte einmal doch vorhanden sind, müssen sie gut erkennbar gemacht werden, damit Frauen und Mädchen sie in ihrer ohnehin schon schwierigen Lage leicht finden können. Ein Unterstützungsansatz, der von den Betroffenen selbst und ihrer Lebenssituation ausgeht, ist unbedingt erforderlich, damit die entsprechenden Angebote entwickelt und der Zugang zu diesen ermöglicht wird, sodass die Hilfe auch tatsächlich bei ihnen ankommen kann. Derzeit sind die Einsatzkräfte der Regierungen und der Hilfsorganisationen vor Ort nicht ausreichend geschult, um die Opfer dieser Formen von Gewalt zu erkennen. Sie sind zumeist überlastet und können nur ad hoc reagieren. Die Verantwortlichen sind dazu aufgerufen, hier strukturelle Veränderungen vorzunehmen und eine systematische Unterstützung für diese Opfer anzubieten. Diese Verpflichtung haben die EU-Staaten mit der Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention übernommen.

Anmerkung

Die Studie "Initial Assessment Report: Protection Risks for Women and Girls in the European Refugee and Migrant Crisis" kann auf der Webseite des UNHCR heruntergeladen werden (http://www.unhcr.org/).

Hilfe für Frauen auf der Flucht leider nur ein Vorschlag

Um weibliche Flüchtlinge zu unterstützen, will der Ausschuss für Frauenrechte im EU-Parlament nun Standards im Umgang mit weiblichen Asylwerbern in den Mitgliedsstaaten vorschlagen. Sie sollen etwa das Recht haben, von Frauen befragt zu werden, die speziell auf sexuelle Gewalt und Trauma geschult sind. Zudem sollen Migrantinnen psychotherapeutische Unterstützung bekommen. Während des Prozesses soll es Kinderbetreuung geben. Es wird auf die schwierigen Umstände, denen Frauen und Mädchen auf ihrer Flucht ausgesetzt sind, hingewiesen: "Viele waren in ihrer Heimat sexueller Gewalt ausgesetzt." Auf ihrer Flucht würden sie oft erneut zu Opfern. Denn für die Finanzierung der Reise würden sie, wenn ihnen das Geld fehlen würde, mit Prostitution bezahlen und von Schleppern und Mitreisenden missbraucht. "Wir brauchen einen sicheren Korridor, um Frauen zu schützen." Über sexuelle Gewalt würden nur wenige sprechen, die Angst vor männlichen Befragern wäre zu groß. Dazu kommt, dass viele Frauen nicht wüssten, dass sie

alleine ohne Männer Asyl beantragen können. (der Standard.at, 7.3.2016)

Hilfe für Frauen auf der Flucht – Antrag auch im Nationalrat

Im Rahmen der Nationalratsdebatte vom 18.3.2016 brachten die Frauensprecherinnen im Parlament gemeinsam einen Antrag ein, mit dem sie die Bundesregierung auffordern, verstärkt für flüchtende Frauen und Kinder aktiv zu werden. Viele Frauen haben sich in den letzten Monaten auf den Weg gemacht und fliehen aus Kriegsgebieten: "Diese Frauen sind auf ihrer Flucht mehrfach von Gewalt betroffen. Frauen und Kinder, die Opfer von Menschenhandel oder anderen Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt und Missbrauch geworden sind, müssen Zugang zu Schutz- und Hilfsmaßnahmen erhalten", betont SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. Österreich hat als eines der ersten Länder die Istanbul-Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ratifiziert, das Kapitel 7 nimmt besonders auf die Themen Migration und Asyl Rücksicht. (http://www. ots.at/presseaussendung/ 18.3.2016)

ASYL IN ÖSTERREICH

Informationen zu Begriffen und Rechten Monika Jarosch

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschreibt in Artikel 14 das politische Asylrecht: "Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen."
Die Europäische Menschenrechts-

konvention (EMRK) enthält einen Katalog von Grund- und Menschenrechten, über deren Einhaltung der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wacht. Die EMRK schützt alle Personen, die sich im Hoheitsgebiet ihrer 47 Mitgliedsstaaten aufhalten, unabhängig von deren Staatsangehörigkeit oder deren Aufenthaltsstatus. Darum können sich auch Asylsuchende und Flüchtlinge darauf berufen.

Die Charta der Grundrechte der EU umfasst die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der europäischen Bürgerlnnen und aller im Hoheitsgebiet der EU lebenden Menschen. In Art. 18 der Charta wird explizit das Recht auf Asyl erwähnt.

Die **Genfer Flüchtlingskonvention** (GFK) ist das zentrale Dokument des internationalen Flüchtlingsrechts. Sie trat 1954 in Kraft.

Die Genfer Flüchtlingskonvention war zunächst darauf beschränkt, hauptsächlich europäische Flüchtlinge direkt nach dem Zweiten Weltkrieg zu schützen. Um den geänderten Bedingungen von Flüchtlingen weltweit gerecht zu werden, wurde der Wirkungsbereich der Konvention mit dem Protokoll von 1967 sowohl zeitlich als auch geografisch erweitert. Insgesamt 147 Staaten sind bisher der Genfer Flüchtlingskonvention und/oder dem Protokoll von 1967 beigetreten, darunter Österreich. Die GFK ist Bestandteil des österreichischen Rechts.

Die GFK definiert die Rechte und Pflichten von Flüchtlingen und legt fest, wer ein Flüchtling ist.

Völkerrechtlicher Flüchtlingsbegriff

Österreich hat sich mit der Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) offiziell verpflichtet, Menschen, die auf der Flucht sind und um Asyl ansuchen, aufzunehmen. Die GFK bildet die Grundlage für den Schutz von Flüchtlingen.

"AsylwerberInnen erhalten niemals: Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Heizkostenzuschuss, bedarfsorientierte Mindestsicherung und Wohnbeihilfe. Es gilt ein Arbeitsverbot."

Es ergeben sich folgende fünf Elemente des völkerrechtlichen Flüchtlingsbegriffes:

- wohlbegründete Furcht
- Verfolgung
- Vorliegen einer der Konventionsgründe: "Rasse", Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, politische Gesinnung
- Aufenthalt außerhalb des Herkunftsstaates (oder Land des gewöhnlichen Aufenthalts)
- Fehlen der Möglichkeit oder der Zumutbarkeit der Inanspruchnahme von Schutz im Herkunftsstaat.

Asylrecht in Österreich

Wer, wann, wo, wie und warum Asyl in Österreich beantragen kann, wird im Asylgesetz mit seinen Regeln für das Asylverfahren festgelegt. Das Asylgesetz wird laufend geändert, mit immer strengeren Bedingungen, so dass auch schon von einer Aushöhlung des Asylrechts gesprochen wird. Soweit in Asylfällen in der Verfassung garantierte Menschenrechte eine Rolle spielen, prüft der Verfassungsgerichtshof deren Verletzung.

Unterschied Asyl – Migration

Folgt man der Definition der GFK, dann sind Asylwerberlnnen Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt und bedroht wurden und keine Migrantlnnen im klassischen Sinn sind. In aktuellen medialen Diskussionen und in der Bevölkerung wird die Trennlinie zwischen Migration und Asyl zumeist nicht so scharf gezogen, was immer zu Lasten der Asylwerberlnnen geht. Der Unterschied definiert sich wie folgt:

Migration ist jede Ortsveränderung von Personen, der Wechsel der Gruppenzugehörigkeit und der auf Dauer angelegte Wechsel in eine andere Gesellschaft oder eine andere Region von einzelnen oder mehreren Menschen. Es handelt sich um einen Wechsel des räumlichen und sozialen Bezugssystems verbunden mit Langfristigkeit und Dauerhaftigkeit. Werden dabei internationale Grenzen überschritten, erfolgt auch ein Wechsel des rechtlichen, institutionellen und politischen Bezugssystems.

Asyl ist der Wechsel des Wohnortes aufgrund einer Gefahr für Leib und Leben, "verfolgt" im Sinne der Genfer



"Wer kann noch in Österreich Asyl beantragen? Eigentlich niemand!"

Flüchtlingskonvention. Tatsache ist aber auch, dass es in der Realität noch viele andere Fluchtgründe gibt, die von der GFK nicht erfasst werden und die aber ebenso eine Gefahr für Leib und Leben darstellen. Flüchtlinge aufgrund von Umweltkatastrophen und Armut (Umwelt- und Wirtschaftsflüchtlinge) finden im Flüchtlingsbegriff der GFK keine Berücksichtigung!

Weitere Begriffe

Im alltäglichen Sprachgebrauch werden Menschen, die nach Österreich kommen, oft ohne Unterscheidung als "AusländerInnen", "AsylantenInnen", "MigrantInnen", "Flüchtlinge", "AsylwerberInnen", "ZuwandererInnen" usw. bezeichnet.

- Flüchtling: Nach internationalem Recht ist ein Flüchtling eine Person, die ihr Heimatland verlassen hat, weil sie eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung auf Grund von "Rasse", Religion, Nationalität, politischer Meinung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe hat.
- Illegalisierte Flüchtlinge: Für Menschen auf der Flucht ist die illegale Einreise häufig die einzige Möglichkeit, überhaupt in ein anderes Land zu kommen. Die Einreise ohne gültige Dokumente ist für Flüchtlinge auch nicht strafbar. In der Genfer Flüchtlingskonvention ist festgehalten, dass Flüchtlinge, die nicht auf legalem Weg in

ein Land eingereist sind, nicht bestraft werden dürfen, wenn sie sich unverzüglich bei den Behörden melden und die illegale Einreise rechtfertigen können. In Österreich bekommen Asylsuchende während des Asylverfahrens, also für die Zeit, in der von den Behörden geprüft wird, ob sie Schutz benötigen, eine vorläufige Aufenthaltsberechtigung. Sie sind somit legal in Österreich.

- AsylwerberInnen, Asylsuchende: Das sind jene Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. "Asylant" wird oft verwendet, hat aber eine abwertende Bedeutung.
- Asylberechtigte/r, Konventionsflüchtling oder anerkannter Flüchtling: Sie haben ein abgeschlossenes Asylverfahren hinter sich und wurden im Sinne des Flüchtlingsbegriffes der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt. Dieser Status beinhaltet ein dauerndes Einreise- und Aufenthaltsrecht in Österreich.
- subsidiär Schutzberechtigte/r: Es sind Personen, deren Asylantrag zwar abgewiesen wurde, aber deren Leben oder Gesundheit im Herkunftsland bedroht wird. Sie sind daher weder Asylwerberinnen/Asylwerber noch Asylberechtigte (Flüchtlinge im

Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention - GFK), benötigen aber Schutz vor Abschiebung aus beispielsweise folgenden Gründen: Folter, unmenschliche oder erniedrigende Strafe bzw. Behandlung, Todesstrafe, gravierende Verletzung eines Menschenrechts, Bedrohung des Lebens, der Sicherheit oder Freiheit infolge willkürlicher Gewalt aufgrund eines bewaffneten Konflikts (z.B. Bürgerkrieg), Bedrohung des Lebens, der Sicherheit oder Freiheit infolge systematischer oder allgemeiner Menschenrechtsverletzungen. Subsidiär Schutzberechtigten kommt ein Einreise- und Aufenthaltsrecht in Österreich zu. Insbesondere dürfen sie sich in Österreich aufhalten, haben vollen Zugang zum Arbeitsmarkt und die Möglichkeit einen Fremdenpass zu beantragen, wenn kein Reisepass des eigenen Herkunftsstaates erlangt werden kann.

Wie wenig bekommen Asylsuchende?

a) Bei Unterbringung in einem Selbstversorgerhaus, wie sie z.B. in Österreich von der Caritas im Auftrag eines Landes geführt werden, erhalten die AsylwerberInnen keinerlei Verpflegung. Die **finanzielle Unterstützung**

beträgt pro Erwachsenem (ab dem 18. Lebensjahr) € 5,50 täglich (monatlich also zwischen € 165 und €170,50), pro Kind 121 €/Monat. Einmal jährlich erhalten sie pro Person 150 € Bekleidungsgeld in Form von Gutscheinen und pro Schulkind 200 Euro Schulgeld im Jahr.

b) Bei Privatunterbringung erhalten AsylwerberInnen, wenn sie keine eigenen Mittel haben, pro Erwachsenem 200 €/Monat, pro Kind 90 €/Monat für die Lebenshaltungskosten. Als Mietzuschuss bekommen Einzelpersonen bis zu 120 €/Monat, Familien bis zu 240 €/Monat. Voraussetzung ist ein gültiger, vergebührter Mietvertrag. Zuzüglich erhalten sie Bekleidungsgeld und Schulgeld.

c) Bei Unterbringung in einem Betrieb mit Vollversorgung (= drei Mahlzeiten täglich) erhalten AsylwerberInnen im Monat 40 € Taschengeld pro Person. Zuzüglich erhalten sie Bekleidungsgeld und Schulgeld wie oben angeführt.

Alle AsylwerberInnen sind krankenversichert, wobei ihnen nur die notwendigsten Leistungen bezahlt werden.

AsylwerberInnen erhalten niemals: Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Heizkostenzuschuss, bedarfsorientierte Mindestsicherung und Wohnbeihilfe. Es gilt ein Arbeitsverbot.

Wie wenig bekommen Asylberechtigte?

Asylberechtigte und österreichische StaatsbürgerInnen müssen weitgehend, also auch was die Höhe der **Mindestsicherung** betrifft, gleich behandelt werden. Es sind jedoch derzeit vielfach kritisierte Bestrebungen im Gange, bei der Mindestsicherung zu kürzen oder

sie ganz zu streichen, bzw. die Fristen bis zur Inanspruchnahme zu verlängern. Bei "Integrationsunwilligkeit" kann sie gekürzt werden. Hier stellt sich gleich die Frage: Was heißt "Integrationsunwilligkeit"?

Asylverfahren

Bevor jedoch im Asylverfahren überprüft wird, ob die Asylwerberin oder der Asylwerber einen Anspruch auf diesen Schutz hat, versucht man herauszufinden, ob Österreich überhaupt für sie zuständig ist. Das ist in der so genannten "Drittstaaten-Klausel" geregelt. Viele sind nicht direkt von ihrem Heimatland nach Österreich eingereist, sondern waren in einem dritten Land als Zwischenstopp. Bei der "Drittstaaten-Klausel" wird überprüft, ob dieses dritte Land ein sicheres Land ist. Wenn dem so ist, dann ist dieser Staat für das Asylverfahren zuständig. Die Asylwerberlnnen werden dorthin zurück geschickt. Wenn geklärt ist, dass tatsächlich Österreich zuständig ist, dann beginnt das Asylverfahren. Dabei werden die Gründe für die Flucht überprüft und es wird entschieden, ob ein Recht auf Asyl besteht oder nicht.

Asylgründe – Verfolgung, Furcht vor Verfolgung

Politisch gilt eine Verfolgung dann, wenn sie einem Menschen gezielt Menschenrechtsverletzungen zufügt wegen seiner politischer Überzeugung, religiöser Grundentscheidung oder unverfügbarer Merkmale, die sein Anderssein prägen. Das Asylrecht dient dem Schutz der Menschenwürde in einem umfassenderen Sinne.

Frauenspezifische Fluchtgründe

Dazu zählen Vergewaltigung, Zwangssterilisation, restriktive geschlechtsspezifische Gesetze bzw. Sittenregeln (z.B. unverhältnismäßige Strafen für weiblichen Ehebruch), Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung. Strittig ist, ob die Verfolgung unmittelbar vom Staat ausgehen muss. Die Europäische Menschenrechtskonvention formuliert: "Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden." Hier wird nicht von staatlicher Verfolgung gesprochen.

Letzte Verschärfung des Asylgesetzes

Die umstrittene Verschärfung des österreichischen Asylrechts hat am 27.4.2016 den Nationalrat passiert.

Nachdem JuristInnen feststellten, dass Obergrenzen für die Einreise von Flüchtlingen rechtlich nicht zulässig sind, wurden im Schnellverfahren andere und neue Restriktionen eingeführt. Ob Kriterien für ein Asylverfahren vorliegen, soll demnach in einem Schnellverfahren direkt an der Grenze von der Polizei binnen 120 Stunden abgeklärt werden. Dabei soll festgestellt werden, ob die heimischen Behörden einen Asylantrag laut GFK annehmen müssen. Ist das nicht der Fall, werden die Flüchtlinge unverzüglich zurückgeschickt – und zwar in jene Nachbarländer, aus denen sie nach Österreich eingereist sind. Außerdem sollen die Grenzkontrollen ausgeweitet werden. So wird bei der Grenze am Brenner, vergleichbar mit der Grenze in Spielberg, ein "Grenzmanagement"

eingeführt. Zudem sollen bereits Pläne für einen Zaun zu Ungarn vorliegen.

Bereits beschlossen wurde "Asyl auf Zeit", eine Regelung, die für alle Flüchtlinge gilt, die seit dem 15.11. 2015 einen Asylantrag gestellt und Asyl bekommen haben. Kern von "Asyl auf Zeit" ist die neue Befristung des Asylstatus auf maximal drei Jahre. Die Behörden prüfen einmal im Jahr, ob sich die politische Situation in den wichtigsten Herkunftsländern von Flüchtlingen maßgeblich geändert hat. Zusätzlich muss nach drei Jahren jeder Einzelfall geprüft werden, ob die Fluchtgründe noch gegeben sind. Entweder wird der Flüchtling danach abgeschoben oder sein Asylstatus unbefristet verlängert. Das bedeutet, dass Flüchtlinge damit rechnen ,müssen, nur für kurze Zeit in Österreich zu sein, was wiederum ein Hindernis für die Integration ist. Verschärft wird auch der Familiennachzug, und zwar weniger bei Asylberechtigten, sondern vor allem bei subsidiär Schutzberechtigten. Flüchtlinge müssen trotz eines positiven Asylbescheids künftig drei Jahre (bisher ein Jahr) warten, bis sie ihre Familie nachholen dürfen.

Treten diese Bestimmungen in Kraft, dann dürfen Flüchtlinge österreichisches Bundesgebiet nicht mehr betreten beziehungsweise müssen es wieder verlassen. Ausgenommen wären nur Menschen, die enge Angehörige in Österreich haben oder denen außerhalb Österreichs Folter und andere unmenschliche Behandlung droht. Die Sonderbestimmungen werden durch das Ausrufen eines "Notstands" von der Regierung gerechtfertigt. Diese "Sonderbestimmungen zur Aufrechterhal-

tung der öffentlichen Ordnung und des Schutzes der inneren Sicherheit während der Durchführung von Grenzkontrollen" erlaubt es der Regierung etwa bei einem außerordentlichen Flüchtlingszustrom, AsylantragstellerInnen an der Grenze abzuweisen und in die Nachbarländer zurückzuschicken. Eine solche Sonderbestimmung kann für sechs Monate geltend gemacht und dreimal um jeweils weitere sechs Monate verlängert werden (derStandard.at 28.4.2016, Kurier.at 13.4.2016)

KritikerInnen sagen, damit werden österreichische, europäische und internationale Bestimmungen des Asylrechts komplett unanwendbar gemacht. Betroffen wären alle Flüchtlinge, die bis dahin noch nicht in Österreich Asyl beantragt hätten. Die UNO-Flüchtlingsorganisation UNHCR kritisiert einen "massiven Einschnitt in den Flüchtlingsschutz" und ortet eine "Entsolidarisierung innerhalb der EU". Zudem gebe es in Österreich keinen Notstand.

Wer kann dann noch in Österreich Asyl beantragen?

Eigentlich niemand! Ein Asylantrag kann nur im Inland und im Regelfall nur persönlich gestellt werden. Das heißt: Ein Flüchtling muss, um einen Asylantrag stellen zu können, erst einmal legal nach Österreich kommen. Er müsste in seinem Heimatland ein Visum beantragen, aber wer kann das, wenn er/sie auf der Flucht ist? Sie/er bekommt auch kein Visum, wenn er/sie angibt, nach der Einreise einen Asylantrag stellen zu wollen. Er/sie müsste dann über alle Grenzen und Zäune nach Österreich fliehen — die Grenzen sind jedoch derzeit alle

dicht. Eine Einreise nach Österreich ist somit nur mehr über Schlepper möglich. Die Frage stellt sich: Ist damit das Asylrecht in Österreich nicht schon abgeschafft?

Zusammengestellt von Monika Jarosch

Viele Fragen zu Asyl werden beispielsweise auf der Webseite der Diakonie beantwortet. https://fluechtlingsdienst. diakonie.at/kleines-asyl-lexikon

Neue Website sammelt Hasspostings auf Facebook-Seiten der FPÖ

Wörter wie "Schwuchtelwahn", "Bimbos" oder "Asylanten und Parasiten" sind nicht selten die Wortwahl von NutzernInnen auf Facebook-Seiten freiheitlicher PolitikerInnen und Organisationen und damit eindeutige Hinweise auf rechtsradikales Gedankengut. Ein Aktivist aus Wien will diese hetzerischen Nutzerkommentare nun dokumentieren und hat dafür das Projekt "Eau de Strache" gestartet. Dort sammelt er manuell einzelne Facebook-Postings, die auf Seiten von FPÖ-Bezirksorganisationen oder Abgeordneten zu finden sind. Dabei ist jede Wortmeldung mit einem Link versehen, durch den die Äußerung auf Facebook zurückverfolgt werden kann. Da heißt es etwa zum Thema Migration: "Ich sage es immer wieder - Torpedieren die Boote damit die alle absaufen". "Die wolln unsere weise Grosrasse zerstören!!!!!! (sic!)". Zum Thema Politiker_innen: "Vermutlich hat sie einen Neger als Lover - kann deshalb nicht genug davon kriegen - notgeile Schlampe!!!".

Zum Thema Gleichberechtigung: "Hirnlose "Steuergeldverschwendung' für diesen "Schwuchtelwahn"".

Der Projektbetreiber von "Eau de Strache" will, dass Menschen "mitbekommen, was diese Politik verursacht und wo sie hinführen könnte". Solche Postings wie die dokumentierten, seien "alltäglich und bereits Usus". (derstandard.at Web, fsc, 16.5.2015)

Hoaxmap entlarvt Gerüchte über Flüchtlinge

Eine interaktive "Gerüchtelandkarte", ist im Web unter "hoaxmap.org" zu finden. Spätestens seit Mitte des vergangenen Jahres ist zu beobachten, dass zunehmend Gerüchte über Asylsuchende* in die Welt gesetzt und verbreitet werden. Hier werden sie gesammelt. Aktuell (22.4.2016) sind 365 Falschmeldungen gelistet.

Haben sich Flüchtlinge vor Autos geworfen, um Geld von der Versicherung zu kassieren? Gibt es für deutsche Kinder keine Kinderbetreuungsplätze mehr, weil sie an Flüchtlingskinder vergeben werden? Haben Flüchtlinge ein Pferd gestohlen und geschlachtet? Das Gerüchtespektrum ist breit und lässt kaum ein Thema aus. Gerüchte über Einbrüche sind ebenso darunter wie solche über Plünderungen, Störung der Totenruhe, Tierquälerei oder versuchten Totschlag. Auf der Plattform sind auch Beispiele aus Österreich zu finden. Und ein Gerücht kann gar nicht absurd genug sein, als dass es nicht jemanden gibt, der es glaubt, sagte Karolin Schwarz aus Leipzig, die das Konzept zu "hoaxmap" entwickelt hat. Und die Vehemenz, mit der sie sich verbreiten, nehme weiter zu.

Ein Klick in die interaktive Google-Maps-Karte führt zu dem betreffenden Ort und dem Gerücht, das mit ihm in Verbindung steht. Ein Link leitet weiter zur Berichterstattung der regionalen Presse, die den Fall gecheckt hat oder zum Polizeibericht dazu. Dort lassen sich dann die Fakten nachlesen, die zeigen, dass an dem Gerücht nichts dran ist. Schließlich listet die Website ausdrücklich "hoaxes" auf, also Falschmeldungen. Sämtliche "Auflösungen" sind etablierten Medien entnommen und verlinkt. Und: Hoaxmap erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, betonen die OrganisatorenInnen. Ergänzungen können an mail@hoaxmap.org gesendet oder via Twitter (@hoaxmap) mitgeteilt werden.

Flüchtlingspolitik: Wir distanzieren uns – ein Aufruf

Fast 100 österreichische Kunstschaffende protestieren gegen die Politik des Hochziehens von Grenzzäunen, des Abschottens, sowie der Einführung willkürlicher numerischer Obergrenzen bei der Aufnahme von Asylsuchenden. Sie fordern eine endlich gemeinschaftliche, gesamteuropäische Lösung der Fluchtkrise durch konsequente Umsetzung oftmalig vorgeschlagener Maßnahmen: direkte Einreisemöglichkeiten ohne lebensgefährliche Überfahrten, rasche Überprüfung des Asylstatus, Aufteilung der Flüchtenden auf alle EU-Länder, schnelle und effiziente Integration. Sie setzen sich ein für eine solidarische, humanitären und rechtsstaatlichen Prinzipien folgende echte europäische Gemeinschaft, die alles dazu tut, Menschen, die vor Krieg und Vernichtung

fliehen, aufzunehmen und die in der sich zuspitzenden humanitären Krise alleingelassenen Erstaufnahmeländer wie Griechenland und Italien sofort und nachhaltig zu unterstützen. (Erschienen in der Standard vom 3.3.2016 in einem "Kommentar der Anderen". http://derstandard. at/2000032224084/Fluechtlingspolitik-Wir-distanzieren-uns)

Kirche: Asyl ist heiliges Recht für Verfolgte

Die Flüchtlingskrise ist derzeit beherrschendes Thema, auch in der Kirche. Diözesanadministrator Jakob Bürgler aus Innsbruck: "Die Bischofskonferenz hat dazu eine klare Ausrichtung vorgegeben: Asyl ist ein heiliges Recht. Alle Ängste, die mit diesem Thema verbunden sind, Ohnmacht und Bedrohung, die die Menschen empfinden, sollten auf das höhere Prinzip ausgerichtet sein, dass Menschen, die von Krieg und Gewalt traumatisiert sind, ein Recht auf Asyl haben."

Die Belastungen, die Österreich und Tirol bei der Unterbringung und Betreuung von Asylwerbern haben, sieht Bürgler als große Herausforderung. Derzeit stellt die Diözese rund 500 Quartiere zur Verfügung, Bürgler verhehlt nicht, dass es auch innerhalb der Kirche Diskussionen gibt. "Trotzdem ist es unsere Aufgabe, Menschen Obdach zu geben."

Die Diözese suche den Dialog mit allen Kräften, die sich positiv einbringen und entscheiden, die Integration fördern. Dass sich viele gewaltbereite Muslime unter dem Schutzmantel der Flüchtlingsströme niederlassen würden, diese Sorge teilt Bürgler nicht. (Tiroler Tageszeitung 19.03.2016)

WILLKOMMEN UM ZU BLEIBEN?¹

Humanitarismus und Abschiebungen in der aktuellen Flüchtlingspolitik Judith Welz

Jede Abschiebung ist ein Gewaltakt. Wenn uniformierte Polizist_innen mit Mandat zur Gewaltausübung Menschen abführen, inhaftieren und sie schließlich gegen ihren Willen aus dem Land transportieren, werden fundamentale Freiheiten und Menschenrechte verletzt. So gravierend, dass es für die Betroffenen den politischen, gesellschaftlichen, fallweise sogar den physischen Tod bedeuten kann. Und dennoch: Abschiebungen sind zu einem Standardinstrument von Migrationskontrollpolitik avanciert, das Tag für Tag angewendet wird. Sie haben sich normalisiert.

Angesichts des Spannungsverhältnisses zwischen dem liberalen Selbstverständnis europäischer Staaten und der Gewaltförmigkeit von Abschiebungen gehe ich hier der Frage nach, welche politischen und gesellschaftlichen Prozesse dazu beitragen, diese Widersprüche diskursiv einzuebnen. Die These lautet: Radikale Ausschlussforderungen liegen nicht quer zu liberalen Denktraditionen, sondern wohnen diesen inne. Das euphorische Feiern einer sogenannten Willkommenskultur und die gleichzeitige Verschärfung von Abschiebegesetzen, wie sie derzeit von Teilen der politischen Elite praktiziert wird, offenbaren folglich zwei Seiten derselben (liberalen) Medaille.

Abschiebungen: Von der Ausnahme zur Normalität

Bis in die 1990er Jahre wurden Abschiebungen in Österreich als Maßnahme gehandhabt, die fast ausnahmslos gegen einen kleinen Personenkreis schwer straffälliger Menschen durchgesetzt wurde. Dann fand europaweit ein Para-

digmenwechsel statt: Infolge der zunehmenden Verbindung von Diskursen über Migration und Flucht mit solchen über Sicherheitsrisiken (Stichwort "securitization") wurden die undokumentierte Einreise und der undokumentierte Aufenthalt unter Strafe gestellt. Nunmehr konnten Personen allein aufgrund einer fehlenden Aufenthaltserlaubnis ausgewiesen und abgeschoben werden. Der Personenkreis abschiebbarer Menschen erweiterte sich dadurch beachtlich, auch der Vollzug der Maßnahme nahm

"Das euphorische Feiern einer sogenannten Willkommenskultur und die gleichzeitige Verschärfung von Abschiebegesetzen offenbaren folglich zwei Seiten derselben (liberalen) Medaille."

zu. In der wissenschaftlichen Literatur ist die Explosion der Abschiebezahlen in den 1990er Jahren sehr gut belegt: Zwischen 1995 und 1999 wurden durchschnittlich 11.000 Personen pro Jahr aus Österreich deportiert.

"Migration Management"

Im selben Zeitraum wurde eine neuerliche Umgestaltung europäischer Migrationspolitik eingeleitet: Unter dem Eindruck, dass Migration nicht zu stoppen, sondern unabänderliche Realität ist, schwenkten viele Akteur_innen des Grenzregimes auf ein neues migrationspolitisches Programm ein, das heute unter dem Titel "Migration Management"

bekannt ist. Ziel ist seither nicht der Einwanderungsstopp, sondern die bestmögliche und effizienteste Steuerung und Verwaltung von Migration. Konkret bedeutet dies, dass Migrant_innen penibler selektiert und entlang zunehmend ausdifferenzierter Aufenthaltstitel klassifiziert werden.

Umfassende Kriterienkataloge bilden die Basis, aufgrund derer die Behörden die ökonomische (Weiter-)Verwertbarkeit, kulturelle Anpassungsleistung oder humanitäre Schutzbedürftigkeit von Migrant_innen und Flüchtlingen abwägen und sie infolge mit dem entsprechenden Bündel an (prekären) sozialen, wirtschaftlichen und aufenthaltsbezogenen Rechten ausstatten. Gilt eine Person als dieser Rechte nicht (mehr) würdig, drohen ihr Ausweisung und Abschiebung.

Der lange Sommer der Migration²

Der Sommer 2015 wird vielen als jener Sommer in Erinnerung bleiben, in dem die "Autonomie der Migration" und ihre Protagonist_innen einen Sieg gegen das europäische Grenzregime errungen haben, der so sichtbar und selbstbewusst daherkam, dass ihn auch die politische Klasse nicht mehr länger herunterzuspielen vermochte. Noch Monate zuvor, als sich bereits Tausende Menschen auf dem See- und Landweg von der Türkei über Griechenland und die sogenannte Balkanroute in Richtung Mittel- und Nordeuropa befanden, waren einige europäische Regierungen, darunter Deutschland und Österreich, darum bemüht, eine Unterbringungs- und Versorgungskrise für Asylsuchende zu produzieren, die in dramatischen Bildern

dürftig ausgestatteter Zeltlager, unter freiem Himmel schlafender Menschen und endloser Warteschlangen vor sanitären Anlagen und Essensausgabestellen festgehalten wurden. Die Botschaft war klar: Unsere Kapazitäten sind erschöpft, neu ankommende Flüchtlinge dürfen hier auf keinerlei staatliche Unterstützung hoffen.

Als Anfang September einige hundert Flüchtlinge beschlossen, ihrer Immobilisierung am Bahnhof Keleti in Budapest ein Ende zu setzen und ihren Marsch aller Dublin-Verordnungen zum Trotz fortzuführen, wurde schnell offensichtlich, dass die politisch Verantwortlichen zunächst kein Interesse hatten, auf dieses Szenario adäguat zu reagieren und die Aufnahmepolitik neu auszurichten. In Österreich wie andernorts übernahmen verschiedene (flüchtlings-)politische Initiativen, Religionsgemeinschaften, etablierte und weniger etablierte NGOs und Privatpersonen ab Ankunft der Flüchtlinge die Regie. Sie stemmten im herrschenden Versorgungsvakuum die Organisation von Lebensmitteln, Kleidung und Hygieneartikeln, die Weiterfahrt der Flüchtlinge in ihre Wunschländer, Schlafmöglichkeiten etc. Angesichts dieser Eigeninitiative und Hartnäckigkeit verstummten zunächst einige der lautesten Vorredner_innen verschärfter Zuwanderungs- und Asylpolitiken. Bald schon applaudierten Regierung und Boulevard den Helfer_innen. Erste Versuche der Vereinnahmung ihrer Leistungen folgten. Zu greifbar war die historische Chance für die Architekt_innen des europäischen Grenzregimes, Europa als Kontinent der Offenheit und der liberalen Werte - Grundthemen europäischer Selbstwahrnehmung – zu feiern. Zur selben Zeit wurde allerdings bereits auf verschiedenen politischen Ebenen eifrig an Plänen für mehr und effizientere Abschiebungen gebastelt. Am 7. Oktober leakten Beschlüsse der europäischen Kommission und des Rats an die Medien, Abschiebungen EU-weit künftig rigoroser durchzusetzen. Die Grenzschutzagentur Frontex soll demnach zu einer noch zentraleren Akteurin in der Organisation und Durchführung von Abschiebung werden und hierfür mehr Mittel erhalten. Darüber hinaus sehen die Pläne vor, Herkunftsländer, die sich weigern, ihre Staatsbürger_innen im Rahmen von Abschiebungen zurückzunehmen, durch "[a] fine balance of incentives and pressure"3 zur Kooperation zu drängen.

Daneben haben die deutsche und die österreichische Bundesregierung auf nationaler Ebene asylrechtliche Verschärfungen vorgenommen. So fanden beispielsweise in Deutschland die Länder Albanien, Kosovo und Montenegro Eingang in die Liste der "sicheren Herkunftsstaaten" (in Österreich stehen sie dort schon länger). Für Asylwerber_innen aus diesen Staaten gibt es damit kaum noch Chancen auf Asyl. Stattdessen sollen ihre Anträge in einem Schnellverfahren abgewiesen und die Betroffenen abgeschoben werden können. Eine weitere relevante Änderung stellt die Einstellung jeglicher Versorgungsleistungen bei negativ ausgehendem Asylverfahren dar. Der enorme Verelendungsdruck soll die Betroffenen dazu bewegen, das Land selbstständig zu verlassen und zukünftige Asylsuchende abschrecken.

In Österreich wird der Flüchtlingsstatus nunmehr mit einer zeitlichen Beschränkung verliehen. Ändert sich die Lage im Herkunftsland innerhalb von drei Jahren und liegen die Verfolgungsgründe nicht mehr vor, kann der Status aberkannt werden. Anstatt mit einer positiven Erledigung eines Asylverfahrens Sicherheit und Stabilität zu erlangen, bleiben die Menschen weiterhin abschiebbar.

Liberalismus und Abschiebungspolitik

Diese Reformen haben nicht nur gemein, dass sie allesamt eine schärfere Gangart einschlagen, sondern auch, dass zu ihrer Legitimation humanitäre Argumente bemüht werden. Das Räsonnement geht in etwa so: Will man das Asylrecht weiter gewähren, so muss gegen jene, denen es nicht zusteht, hart vorgegangen werden. Dies setze eine klare Unterteilung der ankommenden Menschen in "echte Flüchtlinge" und "heuchlerische Wirtschaftsflüchtlinge" voraus. Erstere verdienen Schutz, letztere würden das System des Internationalen Schutzes (gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951) ausnutzen, um sich materielle Vorteile zu verschaffen, und sein Weiterbestehen dadurch gefährden. Ihre Anträge sollen rasch abgewickelt und die Betreffenden außer Landes gebracht werden.

Der Diskurs über "Wirtschaftsflüchtlinge" produziert nicht nur deren moralische Delegitimierung, sondern konstruiert sie gleichsam als Bedrohung für das System des Flüchtlingsschutzes generell. Die "falschen Flüchtlinge" werden sowohl zu "den Anderen" der "wahren Schutzbedürftigen" als auch



zu "den Anderen" der Schutzgebenden (imaginiert als "liberale", die Menschenund Freiheitsrechte hoch haltende Gesellschaften). Es überrascht also nicht, dass diese Diskursposition nicht nur von Rechten, sondern auch von Liberalen artikuliert und vertreten wird.

"Anstatt mit einer positiven Erledigung eines Asylverfahrens Sicherheit und Stabilität zu erlangen, bleiben die Menschen weiterhin abschiebbar."

Abschieben um zu schützen?

Das liberale Selbstverständnis europäischer Gesellschaften gründet auf der Behauptung, Menschen- und Freiheitsrechte hochzuhalten und zu schützen. Der Flüchtlingsschutz gilt hierbei als besonders zentrales Moment. Abschiebungen dagegen bedeuten den radikalen Ausschluss unerwünschter Migrant_innen oder abgelehnter Asylsuchender aus einer Gesellschaft und einem Territorium gegen deren Willen - und stehen daher mit liberalen Prinzipien der Freiheit und Würde in einem Spannungsverhältnis. Dennoch zeigen aktuelle Diskussionen, dass das gleichzeitige Fordern von Ausschluss und Schutz nicht als Widerspruch begriffen wird. Mehr noch: Abschiebungen werden häufig als notwendige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des internationalen Flüchtlingsschutzsystems gerahmt.

Hier tritt zutage, was die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak und der

Medienwissenschaftler Michal Krzyzanowski als das Paradoxale an liberalen Denkweisen bezeichnet haben: nämlich dass dem moralischen Überlegenheitsanspruch bereits das Potenzial der Ausgrenzung innewohnt. Ausgegrenzt werden muss, wer eine Gefahr für die liberale Verfasstheit der Gesellschaft, für "die liberalen Werte" darstellt. Dadurch wird eine diskursive Abstützung von Abschiebungen vorgenommen, die sich über humanitäre Argumente legitimiert. "Heuchlerische Wirtschaftsflüchtlinge" werden dabei gleich zweifach als illiberal markiert: als unmoralisch handelnde Individuen und als Bedrohung für menschenrechtliche Abkommen. Der radikale Ausschluss derart markierter Personen ist in der Folge nicht nur unproblematisch, sondern sogar geboten.

Für Solidaritätsbewegungen gilt daher, jeder Versuchung abzuschwören, Einteilungen zwischen Flüchtlingen vorzunehmen. Initiativen, die allzu sehr auf einer fragwürdigen "Willkommenskultur" aufbauen, laufen Gefahr, zwischen jenen zu unterscheiden, die den Willkommensgesten würdig sind, und jenen, die ihrer unwürdig sind. Anzuerkennen dass Migrations- und Fluchtbewegungen vielfach mit politischen und wirtschaftlichen

Manövern des Westens im globalen Süden in Verbindung stehen und langfristige Folgen von etwa Sklaverei, Kolonialismus, Landraub oder der Einmischung in kriegerische Auseinandersetzungen sind, bedeutet auch anzuerkennen, dass unser aller Realitäten auf Grundlage einer durch Gewalt- und Machtverhältnisse strukturierten Geschichte und Gegenwart verbunden sind. Basierend auf dieser Einsicht könnten verschiedene Kämpfe gegen die vielen Facetten der herrschenden Verhältnisse verknüpft werden – in gegenseitiger Solidarität.

"Der Sommer 2015 wird vielen als jener Sommer in Erinnerung bleiben, in dem die "Autonomie der Migration" und ihre Protagonist_innen einen Sieg gegen das europäische Grenzregime errungen haben, der so sichtbar und selbstbewusst daherkam, dass ihn auch die politische Klasse nicht mehr länger herunterzuspielen vermochte."

Anmerkungen

- 1 "Willkommen um zu bleiben!" lautete der Titel einer Podiumsdiskussion, die im Rahmen einer Tagung des Netzwerks Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) im September 2015 in Hamburg stattfand. Das Fragezeichen wurde von der Autorin hinzugefügt.
- ² Siehe Bernd Kasparek/Marc Speer (2015): Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration. Online: http://bordermonitoring. eu/ ungarn/2015/09/of-hope
- ³ Council of the EU, Press Release 711/15. Online: www.consilium.europa.eu/en/press/ press-releases/2015/10/08-jha-return-policy

Autorin

JUDUTH WELZ studierte Cultural and Social Anthropology an der Université de Provence in Aix-en-Provence und Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Dieser Beitrag erschien im online
Magazin "Migrazine", Ausgabe
2015/1. http://migrazine.at/artikel/
willkommen-um-zu-bleiben
Dort finden sich auch ausführliche
Literaturangaben zum Text.
Wir danken Migrazine und Judith
Welz für die Abdruckgenehmigung.

Migration ist die Regel, nicht die Ausnahme

"Woher kommt der Mythos, dass wir alle sesshaft sind?" Dieser Frage widmete sich die historische Sozialwissenschafterin Sylvia Hahn bei der Enquete "Frauen. Flucht/Migration. Rassismus" am 1.4.2016 in Wien. Auf Einladung der Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) und der Plattform 20.000 Frauen wurden Aspekte weiblicher Flucht erörtert. Hahn, Professorin an der Universität Salzburg, wies auf die große Mobilität in Europa bereits vor mehr als 100 Jahren hin. Um 1860, zeigte sie, hatten alle österreichischen Städte an die 50 Prozent ZuwandererInnen. Besonders Wien sei ein Magnet gewesen. Wiener Neustadt zum Beispiel hatte 1890 sogar einen Zuwandereranteil von 75 Prozent. Um 1910 zählte Wien dann rund zwei Millionen Menschen und war neben London und Paris eine der Metropolen Europas. Zuwanderung, so folgert sie, sei "eine Signatur moderner Städte". Ab 1900 wurde das Heimatrecht reformiert. Dieses "ius sanguinis", also in männlicher Linie durch Blutsverwandtschaft bestimmt, führte in der Folge zur heutigen Idee der Staatsbürgerschaft. Für Frauen hatte die Reform des Heimatrechts zum Teil fatale Folgen: So konnte eine Frau durch ihren Vater zum Beispiel in Wiener Neustadt zuständig sein, durch Heirat aber irgendwo in Böhmen, in das sie, zur Witwe geworden, mit ihren Kindern auch ohne Sprachkenntnisse hätte gehen müssen, um wenigstens eine minimale Versorgung zu erhalten. Diese lag damals in Händen der Städte,

nicht der Staaten. Hahns Schlussfolgerung für heute: "Wir müssen unser Konzept von Staatsbürgerschaft einer mobilen Gesellschaft anpassen." Auf spezifisch weibliche Aspekte der Migration ging Hahn in einem weitgespannten historischen Überblick von der Antike bis zur Gegenwart ein: Sie betonte dabei die Rolle der Frauen als "kulturelle Vermittlerinnen zwischen Herkunfts- und Ankunftsgebiet", als Opfer von Prostitution, aber auch als Heiratsmigrantin oder selbstbewusste Familienernährerin.

Nikita Dhawan, Professorin für politische Theorie und Geschlechterforschung, definierte in ihrem Vortrag weibliche, "extralegale" Migration als globales Phänomen, das nicht durch Schlepper, sondern durch politische Entscheidungen verursacht werde. Sie bevorzuge den Terminus "extralegal", weil Menschen bewusst durch Gesetze die legale Einreise verweigert würde, die ihnen nach Genfer Konvention zustünde.

Frauen seien auf ihrer Flucht besonders durch sexualisierte Gewalt bedroht. Sexismus sei aber "nicht jetzt erst nach Europa eingewandert". Geschlechtergewalt sei leider oft nur Thema, wenn es, wie nach den Übergriffen von Köln, Rassismus legitimiere. Dhawan polemisierte mit der Aufforderung, "die Aufklärung vor den Europäern zu retten". Wir sollten uns mit unserer "zynischen Grenzpolitik selbst als Teil des Problems sehen", das Kants Idee vom Weltbürgertum verrate. "Aufgabe und Risiko der Politik" sei heute, an einer "postkolonialen Welt" zu arbeiten. (Tanja Paar, dieStandard.at 2.4.2016)

Wer erinnert sich noch an Traiskirchen – August 2015?

"Österreich verletzt fast alle Menschenrechtskonventionen" meinte Amnesty Internaitonal im August 2015 nach einem Lokalaugenschein im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen.

Kranke und Verletzte würden unversorgt bleiben, weil es viel zu wenige Ärzte vor Ort gebe. Frauen und Männer würden in den gemischten Duschen einer "unfreiwilligen Peepshow" ausgesetzt, weil man keine Duschvorhänge aufhänge. Menschen müssten oft ohne Essen auskommen, weil sie sich für ihre Registrierung stundenlang anstellen müssten und sich deswegen nicht in die – ebenfalls lange – Warteschlange für die zeitgleich stattfindende Essensausgabe einreihen könnten.

Allein in der Betreuungsstelle müssten 1.500 Asylsuchende im Freien schlafen, heißt es. Laut Innenministerium sind auch 449 unbegleitete Kinder und Jugendliche obdachlos.

Es gebe keinen ausreichenden Schutz für besonders hilfsbedürftige Gruppen wie Minderjährige ohne Eltern, Neugeborene, Schwangere und Kranke. Was der Staat in Traiskirchen unternehme, komme einer erniedrigenden Behandlung gleich. "Es macht mich unfassbar zornig, was hier passiert", sagte Al-Generalsekretär Heinz Patzelt.

Dass die Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) von Notstand spricht, sei "lächerlich": Die Situation war monatelang vorhersehbar, sie hätte aufgefangen werden können.

Unerträglich sei, dass es zahlreiche



Hilfsangebote von Privaten gebe, die abgewehrt würden. 20 Medizin-NGOs, darunter Ärzte ohne Grenzen, hätten sich bereit erklärt, gratis ärztliche Hilfe im Lager anzubieten – doch die Lagerleitung habe dies abgelehnt. "Wenn Private anrufen und sagen, sie haben ein leer stehendes Haus anzubieten und man sagt ihnen: "Ja wollen Sie sich das

denn wirklich antun?', anstatt sich zu bedanken, dann ist das Barbarei", sagte Patzelt. Eine Traiskirchnerin, die Flüchtlingen ein Zelt durchs Zaungitter reichen wollte, damit sie nicht unter freiem Himmle schlafen müssten, sei vom Sicherheitspersonal des Lagers weggeschickt und sogar mit Anzeige bedroht worden. (dieStandard.at, 14.8.2015)

DAS FRAUENCAFE DER FREEDOMSEEKERS

Ein Ort des Austauschs, Kennenlernens und Durchbrechens von stereotypen Wahrnehmungen Gespräch mit Chirin Hamdoche

"DIE Flüchtlinge", "DIE Flüchtlingsfrauen" - die Menschen, die den Entschluss gefasst haben, sich und ihre Lieben nicht länger der ständigen Bedrohung durch die Kriegslage in ihrem Heimatland auszusetzen und sich auf den Weg nach Europa gemacht haben. um dort in größerer Sicherheit ihr Leben führen zu können, werden zumeist als anonyme und gesichtslose Menschenmenge dargestellt, als Getriebene, die wir EuropäerInnen abweisen oder aber unterstützen müssen. Auch für jene, die bereit sind, sie aufzunehmen steht zumeist der Ansatz "Was glauben wir, was Frauen auf der Flucht brauchen" im Vordergrund von gutwilligen Aktionen. Menschen auf der Flucht werden als Objekte, mit denen wir etwas tun müssen, gesehen.

"Für die Frauen in den Flüchtlingsheimen ist es wichtig, von österreichischen Frauen zu erfahren, wie sie leben, wie ihre Alltagssituation ist."

Aus feministischer Haltung ist hier ein Perspektivwechsel angebracht: Es sind Menschen, die als Subjekte mit ihren Wünschen und Bedürfnissen wahrgenommen werden möchten.

Dafür ist jedoch der direkte Kontakt und unmittelbare persönliche Austausch nötig. Die Freedomseekers haben diesen Weg eingeschlagen. Seit ungefähr eineinhalb Jahren gibt es diese Initiative in Innsbruck, die sich vor etwa einem halben Jahr als Verein verfestigt hat.

Er wird etwa zur Hälfte von Menschen mit Fluchtgeschichten und zur Hälfte von Menschen ohne Fluchterfahrungen getragen. In gemeinsamen Aktivitäten wird der Austausch, das gegenseitige Kennenlernen und so eine gegenseitige Wahrnehmung jenseits von Stereotypien gelebt. Konkret findet diese Kontaktaufnahme auch im FREEDOMseekers Frauencafe & Lunch statt.

AEP-Redakteurinnen sprachen mit Chirin Hamdoche, die sich in dieser Initiative engagiert. Sie kommt aus Syrien, das sie vor 5 Jahren verlassen hat, ist eine Frauen- und Menschenrechtsaktivistin und lebt nun mit ihren zwei Kindern, eine Tochter mit 9 Jahren und einem Sohn mit 5 Jahren, in Flauerling, sie ist verheiratet und hat den Status einer Asylberechtigten aus Syrien. Ihr bisheriges Engagement umfasst Arabischund Französisch-Unterricht für syrische Kinder in der Türkei, Mitwirkung bei Gesundheitsmaßnahmen in Kooperation mit dem Roten Halbmond und bei Aktionen der irakischen Hilfsorganisation "Al Amel".

Das Gespräch wurde auf Englisch geführt und wird hier in den zentralen Aussagen zusammengefasst.

Was passiert konkret im Freedomseeker-Frauencafe? Wie gelingt es hier, mehr von den Frauen in den Flüchtlingsheimen über ihre Bedürfnisse zu erfahren? Was könnten nächste Schritte sein?

CH: Bis jetzt hat dieses Café zwei Mal stattgefunden. Es waren an die 14 Frauen da, wir haben gemeinsam Kaffee getrunken und etwas gegessen. Die At-

mosphäre war entspannt. Es geht darum, sich gegenseitig als Individuen kennen zu lernen. Für die Frauen in den Flüchtlingsheimen ist es wichtig, von österreichischen Frauen zu erfahren, wie sie leben, wie ihre Alltagssituation ist. So sehen beide Gruppen, was in ihren Lebenssituationen gleich ist und was sie unterscheidet. Es werden gemeinsame Aktivitäten überlegt wie zB Musikgruppen, wo arabische und syrische Musik gemacht wird, wo die Kinder etwas spielen können, was ihnen Spaß macht. Gegenseitige stereotype Vorstellungen werden so aufgelöst. Die konkrete Lebenssituation ist derzeit für die Frauen in den Heimen nicht so sehr das Problem, vielmehr belastet sie die große Unsicherheit in ihrer derzeitigen Lebensphase.

Als nächstes soll die Einladung zu diesen Frauencafes weiter verbreitet werden, sowohl unter den Flüchtlingsfrauen als auch unter den Österreicherinnen. Gut wäre, wenn wir in den Heimen konkrete Kontaktpersonen hätten, die die Ankündigung von geplanten Aktivitäten den Frauen gut zugänglich machen. Dann wäre es auch gut, wenn Geld für Kaffee, Kuchen oder auch Bus- oder Zugtickets vorhanden wäre. Der Aufbau einer Struktur zur Erleichterung der Organisation für das Freedomseeker Frauencafe steht jetzt an. Mit einer gewissen Kontinuität kann auch eine stärkere Vertrauensbasis geschaffen werden - diese entsteht auch...

Was haben die Frauen in den Flüchtlingsheimen bisher gesagt, das sie brauchen? Was erscheint dir selbst aus deiner eigenen Erfahrung heraus als wichtia?



CH: Die Möglichkeit, die traumatischen Ereignisse verarbeiten zu können. Diese Belastung bringt die Frauen oft zum Schweigen, eine psychologische Beratung wäre für sie ein wichtiges Angebot. Dazu ist es auch wichtig, dass sie die Möglichkeit deutsch zu lernen bekommen. Manche haben allerdings hier psychologische Probleme, denn die Bewältigung des Alltags steht für sie in ihren Gedanken oft im Vordergrund, die allgemeine Unsicherheit und Ungewissheit, sodass sie sich nicht richtig auf das Erlernen der Sprache einlassen möchten. Es ist jedoch wichtig, dass dieses ständige Denken an Zuhause und wie sich die Lage dort wohl darstellt, zumindest zeitweise unterbrochen wird.

Eine Einladung zu unterschiedlichen Aktivitäten würde sie von ihren Alltagssorgen etwas ablenken, ihren Geist und ihre Gedanken mit etwas anderem beschäftigen und ihnen vielleicht etwas Entspannung bringen. Dies wäre ein wichtiger Einstieg. Der Mangel an Plätzen in Sprachkursen stellt hier ein Problem dar. Auch die Möglichkeit, die jüngeren Kinder zeitweise von jemand anderen betreuen zu lassen, ist ein weiterer Bedarf. Dann könnten die Mütter mehr zu ihren eigenen Gedanken und Wünschen nachgehen. Es ist jedoch ganz wichtig, hier auf das zu achten, was und wie die Mütter das möchten, das kann sehr unterschiedlich sein.

Willst du etwas von deinem eigenen Erleben erzählen?

CH: Mir ist aufgefallen, dass meine 9jährige Tochter in der Schule "Nina re-

fugee" gerufen wird. Sie hat mich gefragt, was das heißt und sie sieht sich nun selbst als Fremde in dieser Schule. Ich möchte so gerne, dass sie dieses Gefühl nicht mehr hat. Ich habe mit dem Direktor gesprochen und dabei habe ich die Erfahrung gemacht, dass das gegenseitige Kennenlernen so wichtig ist, um diese Bilder von Fremdheit abbauen zu können. Es muss doch im Vordergrund stehen, die anderen als Individuum zu sehen, mit Aspekten die gleich sind und andere, die eben unterschiedlich sind, aber nicht in den vorgefassten Stereotypien stecken bleiben.

Was wünscht du dir?

CH: Mein ganz großer Wunsch ist, dass die Regierung etwas unternimmt, dass dieser Krieg aufhört und dass sich das Alltagsleben der Menschen in Syrien wieder normalisieren kann. Die gegenwärtige Kriegssituation macht ein Leben, wie wir es führen wollen, ganz un-

möglich und wir sehen uns gezwungen, weg zu gehen. Dann ist es auch wichtig, dass jene, die für diesen Krieg verantwortlich sind, zur Verantwortung gezogen werden. So kann es uns später und mit der Zeit besser gelingen, diese schwierigen Jahre psychologisch für uns einzuordnen. In diesem Sinn sehe ich auch meinen Einsatz für ein neues Syrien, diese Aussicht verleiht mir Kräfte. Ich möchte auch im neuen Syrien für die Frauen und für die Menschenrechte arbeiten.

Das Gespräch mit CHIRIN HAMDOCHE führten LISA GENSLUCKNER und ELISA-BETH GRABNER-NIEL

Übersetzung: ELISABETH GRABNER-NIEL

Freedomseekers
http://freedomseekers.at/
Kontakt E-Mail:
freedomseekers2014@gmx.at
Sie sind auch auf Facebook zu
finden.

"WIR WERDEN ALS RADIKAL ABGESTEMPELT"

Interview mit Rex Osa über die Selbstorganisierung von Refugees

Was bedeutet Selbstorganisation für Dich?

Rex Osa: Praktischer Ausdruck von Selbstorganisation war die Dynamik der Flüchtlingsbewegung 2012. Iranische Flüchtlinge stellten sich entschlossen gegen die Isolation, die zum Tod einer ihrer Freundinnn geführt hatte, und prangerten sie durch ihre Protestzeltaktion an, die sich dann zu einem Marsch nach Berlin entwickelte. Dabei mussten sie einsehen, dass die Selbstbestimmung der Betroffenen mit der antirassistischen Bewegung in Deutschland kollidierte. The Voice Refugee Forum fordert die antirassistische Solidarität seit zwei Jahrzehnten dazu heraus, paternalistische Solidaritätskultur kritisch zu reflektieren, anstatt irreführenderweise zu unterstellen, man werde unterminiert.

Wie erfolgreich sind die Refugee-Proteste der letzten Jahre?

R0: Bezüglich der Unterkünfte fordern wir seit vielen Jahren würdige Bedingungen, setzen uns ein für die Abschaffung von Lagern und gegen die Isolation, die mit Residenzpflicht und Sachleistungen einhergeht. Es mag vielleicht so aussehen, als hätte sich bei den Bedin-

"The Voice Refugee Forum fordert die antirassistische Solidarität seit zwei Jahrzehnten dazu heraus, paternalistische Solidaritätskultur kritisch zu reflektieren." gungen von Refugees einiges getan, tatsächlich besteht der einzige praktische Erfolg darin, unsere Situation sichtbar gemacht zu haben. Die Situation wird von Tag zu Tag schlechter. Zurzeit leben wir unter unmenschlichen Wohnbedingungen, in Zelten und Containern. Residenzpflicht und Sachleistungen wurden nie ganz abgeschafft. Struktureller Rassismus und Hass nehmen in der Gesellschaft weiterhin zu.

Wie gut läuft die Mobilisierung durch die Selbstorganisationen?

RO: Mit der Räumung des Camps am Oranienplatz¹ ging eine große Demotivation einher. Viele Refugee-AktivistInnen sind zu EinzelkämpferInnen geworden, was verschiedenen Gruppen entgegen kam, die sich "ihre" eigenen Flüchtlinge ausgesucht haben, um ihre regierungskonformen Projekte zu schmücken. Wir werden instrumentalisiert. Deswegen konzentrieren wir uns jetzt darauf, die Flüchtlingscommunity weiter aufzubauen.

Für was genau werden Flüchtlinge "gekauft"?

RO: Die Situation von Flüchtlingen wird als Geschäft benutzt. Derzeit entstehen überall Projekte, zum Beispiel im Kunstbereich, als Teil des so genannten Integrationspakets, für die unter dem Vorwand der Solidarität einfach nur eine kurze Erfahrung mit Flüchtlingen gebraucht wird, um sich anschließend damit rühmen zu können, etwas im Asylbereich zu tun. Dort arbeiten nun die Leute, die zuvor mit uns gegen das Grenzregime gekämpft hatten, nach den

"Ehrenamtliche Hilfe ist notwendig! Wenn damit aber keine politische Veränderung angestrebt wird, ist sie einfach nur staatskonform, denn ohne sie könnte der Status Quo gar nicht aufrechterhalten werden."

Gesetzen, die sie vorher selbst kritisiert hatten. Wir dürfen nicht nur über die staatliche Unterdrückung sprechen, wir müssen auch über die Spannungen in unseren eigenen Reihen als antirassistische AktivistInnen reden. So lange wir uns nicht selbst kritisieren können und die antirassistischen AktivistInnen nicht bereit sind, ihr Engagement und ihre Privilegien zu reflektieren, haben wir keine Legitimation, den Staat und die Gesetze in Frage zu stellen.

Wie steht es um die ehrenamtliche Hilfe, die im Gegensatz zur staatlichen Sozialarbeit unabhängig ist?

RO: Ehrenamtliche Hilfe ist notwendig! Wenn damit aber keine politische Veränderung angestrebt wird, ist sie einfach nur staatskonform, denn ohne sie könnte der Status Quo gar nicht aufrechterhalten werden. Sie dient als Instrument, um Geflüchtete zu isolieren, damit diese die vorherrschende Situation akzeptieren. Geflüchtete werden in die Position von Opfern gedrängt und ehrenamtliche Hilfe beschäftigt sich mehr damit, Einzellösungen zu suchen, statt eine kollektive Konfrontation mit der staatlichen Unterdrückung als notwendig anzusehen.

Wie sollte ehrenamtliche Unterstützung verstanden werden?

R0: Es muss um Empowerment mit dem Ziel eines gemeinsamen Kampfes gehen. Die Flüchtlinge sind keine Kleinkinder. Wir haben unsere Leben auch schon mal selbst gestemmt.

Wer Unterstützung leistet, muss politisch denken. Wie können wir die weltweiten Verhältnisse verändern? Wie können wir mit unseren Privilegien eine bessere Zukunft aufbauen? Diese Solidarität sollte sich auch auf die globalen Zusammenhänge beziehen. Schließlich sind die Geflüchteten hier, weil sie keine Möglichkeiten mehr sehen, in ihren Herkunftsländern zu leben. Die Konflikte gehen auch von unserem Boden aus! Durch Waffenexporte, durch die Agrarpolitik und durch bilaterale Vereinbarungen, die auf den Profit westlicher Länder ausgerichtet sind und die Herkunftsländer der Flüchtlinge kaputt machen. Angesichts des Status Quo in Deutschland ist es offensichtlich. dass die Forderung "gleiches Recht für alle" hier nicht möglich ist. Solidarität bedeutet für uns, uns mit den Gründen auseinanderzusetzen, die uns gezwungen haben zu fliehen, und sie zu bekämpfen. Ich sehe es als unsere Herausforderung, die Bevölkerung für ihre Verantwortung für die Fluchtursachen zu sensibilisieren. Dafür brauchen wir autonom verwaltete Freiräume, wo wir uns als Flüchtlinge treffen können. Die Ehrenamtlichen könnten den Flüchtlingen Räume zur Vernetzung stellen, wo wir uns austauschen und gegenseitig unterstützen können und zwar ohne Einfluss von außen.

Der deutsche Bundesinnenminister De

Maizière urteilte, im Sommer seien die Flüchtlinge noch dankbar gewesen, inzwischen fingen sie an zu protestieren. Macht es die zunehmende Feindseligkeit für Flüchtlinge schwieriger, sich zu organisieren?

RO: Als Flüchtling wird man per se kriminalisiert, das erleben wir jeden Tag. Als Aktivistln ist es noch schlimmer, wenn wir sogar von Unterstützlnnengruppen und NGOs als "radikal" abgestempelt werden. Aber was heißt "radikal"? Dass wir die Ursachen angehen. Daran halten wir fest, denn da gibt es nichts zu beschönigen. Wenn wir Rassismus begegnen, benennen wir ihn. Wenn wir mit Apartheid zu tun haben, nennen wir es Apartheid. Wir versuchen nicht, Bezeichnungen zu finden, die sich für die Leute gut anhören. Wir nennen die Repressionen beim Namen.

Wie wichtig ist es, die Mehrheitsgesellschaft zu politisieren?

RO: Viele Menschen würden sagen, ich helfe Flüchtlingen gerne, als Nachbarlnnen will ich sie aber lieber nicht. Die gleichen Leute demonstrieren dann gegen Pegida. Spenden für Flüchtlinge kommen auch von Menschen mit rassistischen Einstellungen, Angestellten der Waffenindustrie oder korrupten multinationalen Konzernen. Die Politisierung der Gesellschaft hört nicht bei Großdemonstrationen auf. Es müssen dringend Strategien und Kampagnen für eine praktische Reflexion über Verantwortlichkeiten entwickelt werden. Nur wenn wir den Leuten klar machen, worin ihre Mitverantwortung für die Fluchtgründe liegt, kommen wir voran. Und

nur so können wir in dieser Gesellschaft mehr Toleranz und eine Mobilisierung für kollektive Kämpfe gegen globale, imperialistische Politik erreichen.

Anmerkungen

¹ Anderthalb Jahre lang hatten am Oranienplatz in Berlin mehr als hundert vorwiegend afrikanische Flüchtlinge campiert und für eine Zukunft in Deutschland gekämpft. Am 8.4.2014 wurde das Lager schließlich geräumt.

Interview

REX OSA ist Aktivistin von The Voice Refugee Forum und dem Netzwerk Refugees for Refugees aus Stuttgart. Interessierte an der Solidaritätsarbeit für autonome Zentren können sich über refugees4refugees@gmx.de melden.

Das Interview mit Rex Osa haben JOHANNA WINTERMANTEL und LENA DANNER von iz3w geführt.

Dieses Interview erschien zuerst in der Zeitschrift iz3w – Zeitschrift zwischen Nord und Süd. Nr. 352 ffl Refugees & Selbstermächtigung, Januar / Februar 2016, Freiburg. https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/352_refugees/osa. Bestellungen der Zeitschrift an info@iz3w.org

Wir danken Rex Osa und iz3w für die Abdruckgenehmigung.

Das Kürzel iz3w steht für das Informationszentrum 3. Welt in Freiburg. Der Trägerverein Aktion Dritte Welt e.V. ist unabhängig von Parteien, Kirchen oder Stiftungen. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Herausgabe der Zeitschrift iz3w – Zeitschrift zwischen Nord und Süd. Die "iz3w" ist eine der wichtigsten unabhängigen Zeitschriften zu Nord-Süd-Themen im deutschsprachigen Raum.

Waffenexporte trotz Waffenembargo? — Deutschland

Die Bundesregierung in Deutschland hat weitere Waffenexporte in den Nahen Osten genehmigt. Airbus Helicopter erhielt grünes Licht für die Ausfuhr von 23 zivilen Hubschraubern mit militärischen Einbauten nach Saudi-Arabien. Der baden-württembergische Waffenhersteller Heckler & Koch darf unter anderem 1.210 Maschinengewehre und -pistolen in den Oman liefern. Der Oman erhält zusätzlich 660 Rohre für Maschinengewehre, außerdem darf die Firma Oberland Defence 711 Rohre für vollautomatische Gewehre und 50 Verschlüsse für solche Waffen dorthin verkaufen. Insgesamt hat der Auftrag des Oman an die deutschen Waffenfirmen ein Volumen von 7.1 Millionen Euro. 130 weitere Gewehre und Maschinenpistolen gehen an die Vereinigten Arabischen Emirate. Airbus bekam zudem die Genehmigung zur Lieferung von fünf militärischen Mehrzweckhubschraubern nach Thailand. Weitere 183 vollautomatische Gewehre sowie acht Maschinenpistolen von Heckler & Koch gehen für rund 300.000 Euro an den Kosovo sowie 400 Maschinenpistolen an Trinidad und Tobago.

Waffenlieferungen besonders an Saudi-Arabien stehen seit Längerem in der Kritik: Ende Februar beschloss das Europäische Parlament ein Waffenembargo gegen das Land. Hintergrund ist der blutige Konflikt im Jemen, an dem Riad beteiligt ist. Eine Mehrheit der Abgeordneten sprach sich dafür aus, keine Waffen aus der EU mehr an das Königreich zu liefern. Die Entscheidung ist für die

nationalen Regierungen allerdings nicht bindend.

Laut Stockholmer Friedensforschungs-Instituts Sipri ist Saudi-Arabien weltweit der zweitgrößte Waffenimporteur. Der Großteil der Waffen stammt demnach aus den USA und aus Europa. Allein Großbritannien genehmigte nach Angaben von EU-Abgeordneten seit Beginn des Jemen-Krieges Rüstungsexporte im Wert von rund drei Milliarden Euro in das Königreich. (http://www. spiegel.de/politik/ 14.3.2016)

Waffenexporte trotz Waffenembargo? — Österreich

2010 wurden Waffenexporte im Volumen von fast 1,8 Milliarden Euro durch heimische Ministerien genehmigt. Österreichische Waffenfirmen liefern aber keineswegs nur an unumstrittene Handelspartner, wie eine Aufstellung des Außenministeriums zeigt. Im Jahr 2010 - aktuellere Zahlen gibt es noch nicht - wurden beispielsweise Geschäfte im Wert von 175.000 Euro mit Libyen abgeschlossen. Zahlreiche andere afrikanische Länder gehören ebenfalls zu den Empfängerländern. Wesentlich mehr Geld setzt man aber im Mittleren Osten um. Zuletzt sorgten, wie berichtet, internationale Medienberichte für Aufregung, wonach im Bürgerkriegsland Syrien Rebellen mit Waffen der oberösterreichischen Firma Steyr Mannlicher gesichtet wurden.

Unter welchen Umständen sind aber überhaupt Waffenexporte erlaubt? Unterschieden wird im Gesetz zwischen klassischem Kriegsmaterial und sogenannten "dual-use"-Gütern, also Waren, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. Erstere müssen vom Innen-. Letztere vom Wirtschaftsministerium genehmigt werden. Möchte eine Firma exportieren, muss der Käufer bestätigen, die Waffen in seinem Land zu behalten (Endverbrauchererklärung). Die Gesetze wurden erst 2011 etwas verschärft, wenn auch viel zu wenig weitgehend, wie KritikerInnen meinen. Heinz Patzelt von Amnesty Österreich: "Ein gutes Geschäft für österreichische Firmen hat noch immer Vorrang vor der Einhaltung der Menschenrechte." Die Endverbrauchererklärungen "kann man als Klopapier verwenden", sie würden nicht weiter kontrolliert und seien leicht zu fälschen, so Patzelt. Es gebe auch keine allgemeingültige Liste an verbotenen Ländern, kritisiert Patzelt. (Der Standard, 26.2.2013)

Österreichische Waffenexporte in Kriegsgebiete stoppen!

In den letzten Monaten gab es immer wieder Fotos und Berichte, wonach Waffen von österreichischen Herstellern in unterschiedlichen Kriegs- und Krisengebieten aufgetaucht sind — obwohl Waffenlieferungen an kriegsführende Staaten eigentlich per Gesetz verboten sind. Jetzt ist ein brisanter Fall an die Öffentlichkeit geraten: Die österreichische Bundesregierung steht unter Verdacht, Waffenexporte an ein kriegsführendes Land genehmigt zu haben.

Konkret handelt es sich in dem von dem Nationalratsabgeordneten Peter



Pilz aufgedeckten Fall um Waffenlieferungen an Abu Dhabi, das in den letzten Jahren als Teil der Arabischen Emirate immer wieder in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt war und aktuell in den Konflikt im Jemen involviert ist. Dennoch wurden im Sommer 2015, so der Vorwurf, der Export von Splittergranaten und Granatenwerfern nach Prüfung der Situation durch das Außenministerium vom Innenministerium genehmigt.

Es ist ein Skandal, dass die österreichische Waffenindustrie ihre Exportinteressen ungeachtet der dramatischen Situation, die in vielen Krisenländern Millionen Menschen zur Flucht zwingt, durchsetzen kann!

Ausfuhren von Waffen müssen vom Innenministerium in Absprache mit dem Außen- und dem Verteidigungsministerium genehmigt werden. Wir fordern daher von Innenminister Wolfgang Sobotka, Außenminister Sebastian Kurz und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil die jüngsten Vorfälle unverzüglich öffentlich aufzuklären. Außerdem fordern wir, alle Waffenlieferungen in Krisengebiete zu stoppen und keine weiteren Deals mehr mit Staaten abzuschließen, die in Konflikte involviert sind oder die Menschenrechte missachten. Aktuelle Online-Petition: www.actions. aufstehn.at/waffenexporte-stoppen.

Ute-Bock-Preis

Am 14. April 2016 verlieh SOS Mitmensch zum 13. Mal den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage. Der Preis wurde 1999 von SOS Mitmensch ins Leben geru-

fen. Ausgezeichnet wurden diesmal die Bürgermeisterin Angelika Schwarzmann und die Initiative "Refugee Convoy". Christine Nöstlinger und Eva Blimlinger hielten eindrückliche und bewegende Preisreden.

Angelika Schwarzmann setzte sich als Bürgermeisterin der Vorarlberger Gemeinde Alberschwende gegen die Abschiebung von syrischen Flüchtlingen nach Ungarn ein, wo ihnen menschenunwürdige Behandlung drohte. Schwarzmann verfasste gemeinsam mit Mitgliedern ihrer Gemeinde ein "Manifest der Menschlichkeit". Das Manifest richtete sich gegen die Unzulänglichkeiten im europäischen Asylsystem und gegen die Dublin-Abschiebungen. berüchtigten Die UnterzeichnerInnen sprachen sich für gerechte Asylverfahren in einem sicheren Land aus. Der Einsatz von Bürgermeisterin Angelika Schwarzmann und ihren MitstreiterInnen war von Erfolg gekrönt. Den betroffenen Flüchtlingen wurde schließlich das Recht auf ein Asylverfahren in Österreich zuerkannt. Wie mutig und brisant das Handeln der Bürgermeisterin war, zeigt sich daran,

dass es im April 2015 zu einem Übergriff auf die Asylunterkunft in Alberschwende kam.

Die Initiative "Refugee Convoy -Schienenersatzverkehr für Flüchtlinge" half geflüchteten Menschen in Ungarn und brachte Flüchtlinge nach Österreich. Die Initiative startete zu einem Zeitpunkt als zigtausende Flüchtlinge aufgrund des eingestellten Zugverkehrs in Ungarn festsaßen. Als die österreichische und deutsche Regierung noch in Unschlüssigkeit verharrten, ob sie den Geflüchteten die legale und sichere Einund Durchreise gewähren sollen, schritt die Initiative voran und nahm in einer unklaren Situation das Risiko auf sich, von der ungarischen und österreichischen Justiz belangt zu werden. Dem ersten Convoy folgten weitere. Insgesamt wurden mehrere hundert geflüchtete Menschen nach Österreich und Deutschland gebracht. Die Staatsanwaltschaft nahm gegen einige Teilnehmende wegen des Verdachts der Schlepperei Ermittlungen auf. Es kam jedoch zu keinen Verfahren. (http://www.sosmitmensch.at/site/ home/article/1204.html)

WEITERSPIELEN

Die schweigende Mehrheit sagt JA Bernhard Dechant und Tina Leisch

"Wir ergriffen das Wort im Namen der schweigenden Mehrheit der Menschen in Österreich, die sehr wohl solidarisch ist mit Menschen in Not."

Seit Juli 2015 ergreifen KünstlerInnen im Namen der Schweigenden Mehrheit das Wort, heißen Schutzsuchende in Österreich willkommen und protestieren gegen die beleidigende Unterstellung, wir, die Menschen in Österreich, wären alle rassistisch.

Ab Ende August 2015 haben wir begonnen, zusammen mit Flüchtlingen aus dem Lager in Traiskirchen und mit AktivistInnen ein Theaterstück zu erarbeiten. "Schutzbefohlene performen Jelineks Schutzbefohlene" ist der Titel eines Theaterabends, den die schweigende Mehrheit mit Freund_innen gemeinsam erarbeitet, die wir in Traiskirchen kennengelernt haben. Ein Theaterabend, der sich laufend weiter entwickelt, so wie sich die Geschehnisse in Österreich entwickeln, die unsere Rahmenhandlung bilden. Weil wir Freund_innen durch Abschiebungen verlieren, neu gewinnen, manche ein neues Zuhause anderswo finden. Weil wir in den Proben immer wieder am Text arbeiten, so wie auch Elfriede Jelinek weiterhin an ihrem Text "Die Schutzbefohlenen" fortschreibt.

Wir sind überzeugt: die Schweigende Mehrheit der Menschen hat viel mehr Herz und viel weniger Angst, als man uns vormachen möchte. Die Schweigende Mehrheit sagt JA! JA zur Solidarität mit Menschen in Not! JA zu einem Dach überm Kopf für alle! JA zu einer humanen Flüchtlingspolitik!" (www. schweigendemehrheit.at)

Eines unserer Hauptanliegen war es, die Bilder vom angsteinflößenden, gesichtslosen Flüchtlingsstrom aufzulösen in Gesichter von Menschen, die man kennenlernen und deren Geschichten man sich nicht so einfach entziehen kann. Wir wollten in einer Zeit, in der unsere Innenministerin nur von den zu vielen Fremden sprach, die da kommen, das Fremde beleuchten und uns ein Stückerl vertrauter machen. Wir suchten Begrifflichkeiten, die den Schutzsuchenden, Schutzbefohlenen und ihren Anliegen gerecht werden. Wir ergriffen das Wort im Namen der schweigenden Mehrheit der Menschen in Österreich, die sehr wohl solidarisch ist mit Menschen in Not, nicht nur vor den Lagertoren und an den Grenzen und Bahnhöfen.

Wir organisierten Ende Juli in Wien die erste öffentliche Pressekonferenz mit Flüchtlingen aus Traiskirchen, die eigentlich den Bezirk Baden nicht hätten verlassen dürfen. Sie vertrauten uns und wollten unbedingt über die Menschenrechtsverletzungen im Erstaufnahmezentrum berichten. Wir begleiteten Flüchtlinge zur Innenministerin, wo sie ihr einen Forderungskatalog überreichten. Wir wollten eine Plattform sein, die die Stimmen der Menschen auf der Flucht verstärkt, übersetzt, verbreitet, ihnen Gehör verschafft mit unseren theatralen, medialen und filmischen Mitteln.

Wir versuchten den medial geschürten Ängsten entgegenzutreten, sie zu relativieren, zu entkräften und zu widerlegen. Wir beschicken die Öffentlichkeit und all unsere Freundlnnen und Kollegen immer wieder mit sehr persönlichen Berichten. Wir haben versucht herauszufinden, warum diese Inszenierung der Humanitären Katastrophe im Lager Traiskirchen stattgefunden hat, wo monatelang 4600 Kinder, Frauen, Männer unter unerträglichen hygienischen Bedingungen zusammengepfercht wurden und teilweise im Freien schlafen mussten. Wir glauben nicht an Überforderung oder monatelange Unfähigkeit des Innenministeriums. Um so weniger, als auch die Angebote von Hilfsorganisationen, der desaströs desorganisierten Betreiberfirma ORS auszuhelfen, abgelehnt wurden. Wir spielten die Lagersituation nach im öffentlichen Raum in Wien, auf der Mariahilferstrasse, am Viktor-Adler-Markt.

Wir haben unsere MitspielerInnen benutzt, als wir Jelineks Sätze heraussuchten und sie sie nachsprechen ließen. Benutzt, um das Bild von denen, die da zu uns kommen, zu beeinflussen. Benutzt um den rechten Phantasmen des katastrophengeilen Teils der Medien etwas entgegenzusetzen. Die Schutzbefohlenen haben uns vertraut und sich benutzen lassen.

Manche haben mitgemacht wegen der Abwechslung, um ÖsterreicherInnen kennen zu lernen, aus Spass am Spielen. Manche haben am Stück mitgearbeitet, die politischen Botschaften mit uns diskutiert, Sätze und Szenen beigetragen. Für uns sind die Schutzsuchenden, mit denen wir zusammenarbeiten, zu KollegInnen geworden, manche zu Freundlnnen, manche zu Nervensägen, wie in fast jeder Theaterproduktion.

Wir sind in diesem Ensemble weiterhin



diejenigen, die mehr zu sagen, mehr zu entscheiden haben.

Wir entscheiden, wem als erstes geholfen wird, für wen wir ganz schnell eine Wohnung suchen, wer im Rampenlicht glänzt. Wer als nächstes Aufmerksamkeit und öffentlichen Fokus bekommt. Wir überlegen, wann es besser ist, einen gut ausgebildeten Englisch sprechenden Syrer vor die Kamera zu bitten, der eine differenzierte politische Analyse liefert, und wann lieber den 16jährigen Afghanen, der sein Leben als Kindersklave im Iran verbracht hat und dort keine Schule besuchen durfte.

Manchmal ist uns die Arbeit an Stück und Text wichtiger als die Suche nach den verlorengegangenen Wünschen. Manchmal benehmen wir uns wie die Wirtschaft, die die gut ausgebildeten Flüchtlinge aus Syrien haben will, aber die Träume der unterwegs vergewaltigten somalischen Frauen und der analphabetischen afghanischen Jugendlichen, eines Tages ihre Familien nachzuholen, von vornherein von der Integrationstafel wischt. (Es lernen diese jungen Afghanen extrem schnell Deutsch. Sie müssen. Wer Englisch spricht, braucht das Deutsch lange nicht so dringend.)

Wir verstehen uns schneller mit den weniger religiösen Kollegen. Wir beäugen die Strenggläubigen mit Argwohn, wir EinwohnerInnen dieses Landes der omnipräsenten Kreuze. Wir brauchen lange, um zu spüren, wer so traumatisiert ist, dass er/sie eine Therapie braucht. Von manchen Konflikten sprechen wir nicht. Wir wissen doch selbst nicht, welche Menschen und welche Herausforderungen auf uns zu kommen.

Wir staunen über die Videos, die unsere Mitwirkenden auf ihren Facebookprofilen posten: Brutale Hass- und Mordphantasien. Wer wen umbringen will, verstehen wir nicht. Wir erschrecken: Haben wir da Daesh- und Talibanleute unter uns? Die Übersetzerinnen klären uns auf: Nein. Im Gegenteil. Sie sind vor Daesh und den Taliban geflohen und hassen sie mit aller möglichen Inbrunst. Und möchten sich rächen, es ihnen heimzahlen, die Welt von allen Daesh- und Talibananhängern gründlich säubern. Das Gegenteil sieht seinem Gegenteil sehr ähnlich. Wir predigen Gewaltlosigkeit und Liebe, aber verstehen, wieso diese wirklich gut gemachten, fetzigen, eindringlich choreographierten Rachephantasien einschlagen, bei jemandem, dessen Cousin, dessen Vater ermordet wurde, unsere Liebespredigten dahingegen eher nicht so.

Wir sehen, wie die Ankommenden in Traiskirchen zu Tieren degradiert werden, entmündigt, ihre Rechte werden mit Füssen getreten. Manche sind Muslime, aber haben ihre Religion nie besonders ernst genommen. Und jetzt werden sie hier dafür degradiert, dass sie Muslime sind? Sie sind vor Männern geflohen, die ihnen sagten, der Westen sei schlecht

und wolle den Islam vernichten. Hier sind die ersten, die zu ihnen freundlich sind, wo sie medizinische Versorgung und anständiges Essen bekommen, die Leute in der türkischen Moschee von Traiskirchen: Erdogan-Islamisten.

Wir fragen uns, wo stehen unsere Mitwirkenden, wenn der nächste Anschlag passiert in Europa, wenn es den PegidafaschistenInnen einerseits und den IslamofaschistenInnen andererseits wirklich gelingen sollte, den Keil zwischen MuslimInnen und NichtmuslimInnen zu treiben? Und während wir es uns fragen, überfallen uns die Bilder aus Paris, als hätten wir auf sie gewartet. Unsere syrischen Freunde gehen auf die Knie und sagen: "Now pray for Syria!" bevor Hollande noch die Bombardierung von Ragga anordnet: Sie wissen, dass die französischen Bomben nicht nur Daeshleute töten werden, und jedes tote Kind Wasser auf die Mühlen von Daesh sein wird

Ja, der Krieg kommt näher, aber wir werden nicht mitspielen, sagen wir. Und wenn, dann verläuft die Front zwischen denen, die den Krieg brauchen, wollen, betreiben, weil in seinem Schatten die Geschäfte so gut laufen wie sonst nie, und uns, die wir Frieden wollen. Uns allen. Oder nicht?

"Wir beäugen die Strenggläubigen mit Argwohn, wir EinwohnerInnen dieses Landes der omnipräsenten Kreuze."

Wir suchen Verbündete, die mit uns fordern, dass die Fluchtursachen bekämpft werden. Dass Landgrabbing, Nahrungsmittelspekulationen und Waffenexporte geächtet und unterbunden werden. Dass Rohstoffkriege so genannt und beendet werden. Dass unsere lächerliche Entwicklungshilfe vervielfacht wird. Wir suchen Verbündete, die sich gerne mit den Profiteuren der Kriege anlegen würden, wenn sie nur wüssten, wie. Leute, die nicht nach unten treten und sich nicht im Namen der Religion, der Nation, der Kultur gegen andere Arme aufhetzen lassen, auch wenn es einfacher wäre, als sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen.

Wir erkennen Sturmgewehre von Steyr Mannlicher auf den Videos von DAESH, dem "islamischen Staat". 150 Arbeitsplätze! Heißt es. Niemand zählt die Arbeitsplätze, die durch Umrüstung der Produktion auf friedliche Geräte geschaffen werden könnten.

Wir lassen uns als Vorzeigeprojekt gebrauchen. Wir stellen Vorzeigeflüchtlinge aus. Wir lassen uns für
unsere Zivilcourage loben von Leuten,
die gerade keine zeigen. Wir feiern am
Heldenplatz. Wir haben Angst vor der
Macht der politischen Engstirnigkeit,
die nun verstärkt wieder Flüchtlinge
bekämpfen wird, statt endlich Fluchtursachen. Die seit Jahren nur von Zäunen

redet. Eingezäuntes Europa. Eingezäunte Flüchtlingszeltstädte in der Türkei. Eingezäunte österreichische Herzen. Muttergottesherz mit Stacheldrahtzaun.

Wie gut sind unsere Übersetzungen? Was verstehen wir sowieso ohne Worte, was unterstellt die kulturelle Übersetzung? Wir sagen den Flüchtlingen nicht, was sie zu sagen haben, wenn wir ihnen das Mikrofon überreichen. "Sagt, was ihr wollt, fordert, was ihr wollt! Aber vielleicht solltet ihr doch bedenken, dass in es in Österreich besser ankommt, wenn...."

Wann sind WIR das Ensemble und DIE das Publikum? Wann sind WIR die ÖsterreicherInnen und DIE die Refugees? Bernhard schreit sie an, die Flüchtlinge, macht sich über sie lustig, demütigt sie. Das ist seine Rolle. Auf der Bühne darf er das, es denunziert die Entwürdigung. Aber backstage? Wenn WIR das Ensemble sind, schreien wir uns eben an, wenn das Chaos zu groß wird.

Und dann bekommen wir einen Extra-Nestroypreis. Zwei von uns sollen auf die Bühne gehen und ihn entgegennehmen. Wir kämpfen darum, dass die Schutzbefohlenen auch eingeladen werden, zur Verleihung, zur Party. Dass sie selber Danke sagen dürfen. Wir schreiben die Dankesrede gemeinsam. Bernhard spricht sie vor. Sie sprechen sie nach aus dem Zuschauerraum. "Was fällt Euch ein, die Flüchtlinge als Verstärker Eurer Worte zu benutzen!" kriegen wir zu hören. So sieht es aus. Aber es ist komplizierter.

Im Hin und Her zwischen den Sprachen, im Fluss der Übersetzungen und Rückübersetzungen verlieren die Sätze ihre Besitzer, ihre Urheberlnnen. Auch Jelineks Sätze sind längst enteignet. Die Schutzbefohlenen haben sie ihr entwendet. Was ein Beweis dafür ist, dass es oft nicht darauf ankommt, wer den treffendsten Satz formuliert hat, sondern ob

Wir haben die Vorzeigeflüchtlinge der sich selbst feiernden Theaterwelt vorgeführt. Ohne ein bisschen Flucht und Verzweiflung wäre der Abend wohl nicht so gut da gestanden. Zum Dank wurden knapp 3000 Euro gespendet. Das war unser Preis. Recht billig in Anbetracht der anwesenden Geldbörsen. Die schweigende Mehrheit hat den Nestroypreis nicht gewonnen, sie hat ihn verloren. Sie hat sich verraten, ist verkauft worden und hat sich kaufen lassen.

Wie heißt eigentlich der Extra-Nestroypreis? Preis für politische Theaterarbeit? Preis für geschickte Verwendung des Theaters in gesellschaftlichen Konfliktzonen? Nein. "Herz-und Nieren-Nestroy".

"Manche sind Muslime, aber haben ihre Religion nie besonders ernst genommen. Und jetzt werden sie hier dafür degradiert, dass sie Muslime sind?"

Klingt nach Organraub in der Wüste. Klingt nach Muttergottesniere mit Stacheldraht. Hat die Conny verdient, die wochenlang vor dem Lagertor von Traiskirchen die Leute behandelt hat, bis endlich eine ärztliche Notversorgung eingerichtet wurde.

[...]

Auf der Wunschliste für 2016 steht: Kampagne gegen den ORS. Flüchtlingslager in die Hände von NGOs. Lehren und Jobs finden für die Schutzbefohlenen. Liebesoffensive gegen die Kronenzeitungshetze. Erotische Unterwanderung der islamistischen Verblödung. Erdogan entmachten. Waffenhandel verbieten. Basimas Tochter aus dem Irak holen. Frieden schaffen in Syrien, Kurdistan, Afghanistan, Somalia, überhaupt die afrikanischen Flüchtlinge zweiter Klasse dürfen wir nicht vergessen. Traiskirchen, das Musical. Solidarität und Klassenzugehörigkeit begreifen und neu definieren. FluchtPunsch, neue Verbindungen schaffen, mutiger und lauter werden, unsere Kräfte besser einteilen, aber weiterspielen.

Egal was passiert, weiterspielen.

Autorinnen

TINA LEISCH und BERNHARD DECHANT haben den Verein "Die schweigende Mehrheit" gegründet.

Dieser Beitrag wurde auf http:// www.schweigendemehrheit.at/ weiterspielen/veröffentlicht. Wir danken Tina Leisch und Bernhard Dechant für die Abdruckgenehmigung.

30 rechte Aktivisten stürmten die Aufführung von Elfriede Jelineks "Schutzbefohlenen" an der Uni Wien

Während der Aufführung hatten 20 bis 30 Männer die Bühne gestürmt. Laut Augenzeugen entrollten sie auf der Bühne eine Fahne der rechtsextremen "Identitären". Das Stück wurde für sieben Minuten unterbrochen. Anschließend kehrten die DarstellerInnen auf die Bühne zurück. Die Polizei bestätigte, dass sie an die Uni gerufen wurde. Bei ihrem Eintreffen war die Störaktion allerdings schon vorüber, jetzt suchen die Ermittler nach den Teilnehmern der Aktion. Das etwa 700 Personen fassende Audimax war voll besetzt. Laut Polizei wurden bei der Störaktion Flugblätter mit dem Text "Multikulti tötet" in das Publikum geworfen und Kunstblut verspritzt. Nach einem Handgemenge und Gerangel gelang es Teilen des Publikums, die Rechtsextremen hinauszudrängen, acht Personen klagten danach über Schmerzen im Bauchbereich. Die DarstellerInnen der Aufführung des mit dem Nestroy-Preis ausgezeichneten Stücks waren Schutzsuchende aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Das Drama ging nach einem Konzept und in der Regie von Tina Leisch und Bernhard Dechant unter dem Titel "Schutzbefohlene performen Jelineks Schutzbefohlene" über die Bühne. Die Identitären selbst bestreiten in einer Aussendung Gewalt ausgeübt zu haben. Sie bestätigen aber, Kunstblut verschüttet zu haben. Die Aktion habe sich nicht gegen die AslywerberInnen auf der Bühne, sondern gegen

die österreichische Asylpolitik gerichtet. (dieStandard.at 15.4.2016)

Eine Handvoll Rädelsführer wurde laut Polizei zwar identifiziert. Die ursprünglichen Anzeigen wegen Störung einer Versammlung würden aber nicht weiterverfolgt, weil es sich bei der Theateraufführung nicht um eine Versammlung im Sinne des Versammlungsgesetzes gehandelt habe. Wegen Hausfriedensbruchs wird ebenfalls nicht ermittelt. weil die Aktion selbst nicht mit einer Gewaltabsicht verbunden gewesen sei, hieß es bei der Wiener Polizei. Damit könnten die rechtsradikalen Aktivisten mit Geldstrafen wegen Störung der öffentlichen Ordnung davonkommen - einer bloßen Verwaltungsübertretung. Im Raum steht allerdings noch der Vorwurf der Körperverletzung, weil nach einem Handgemenge zwischen Aktivisten und dem Publikum beide Seiten entsprechende Anzeigen gegen unbekannte Täter eingebracht haben. Hier ermittelt das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. (http:// wien.orf.at/news/stories/2769715/, 20.4.2016)

DEBATTE ZUR "SILVESTERNACHT IN KÖLN"

Am 2. März 2016 fand im ÖGB-Saal in Innsbruck ein Diskussionsabend über die politische und mediale Debatte zur "Silvesternacht in Köln" statt. Es referierten **Gabi Plattner** (Frauenhaus Tirol), **Alexandra Weiss** (Politikwissenschafterin, Innsbruck), **Paul Scheibelhofer** (Sozialwissenschafter, Wien) und **Oscar Thomas-Olalde** (Diakonie Flüchtlingsdienst). Es moderierte **Derya Kurtoglu.** Danach gab es eine rege Diskussion mit dem zahlreich erschienenen Publikum. Die Veranstaltung wurde organisiert von der **Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch** in Kooperation mit dem Sozialpolitischen Arbeitskreis Tirol (SPAK). Im folgenden Schwerpunkt zur Debatte über die "Silvesternacht in Köln" können die Beiträge der ReferentInnen nachgelesen werden, ebenso zwei wichtige politische Statements zum Thema und ein "Gedankenexperiment" von **Lisa Gensluckner.**



Flüchtlinge lösten keine Welle der Kriminalität aus

Die Ergebnisse der Kriminalstatistik 2015 zeigen, dass die mediale Berichterstattung einen ungerechtfertigten Zusammenhang zwischen Kriminalität und Flüchtlingen herstellt. Zwar ist die Zahl an Strafanzeigen gegen Asylwerber von rund 10.000 im Jahr 2014 auf 14.000 im Jahr 2015 angestiegen, allerdings verdreifachte sich die Zahl der Asylanträge in diesem Zeitraum auf rund 100.000. Die befürchtete große Kriminalitätswelle durch die ankommenden und weiterreisenden Flüchtlinge sei damit ausgeblieben: "In Relation gesetzt ist das also eine Verringerung. Auch geht es nicht um Verurteilungen, sondern um Anzeigen. Die Bilanz spiegelt die Berichterstattung der vergangenen Monate nicht wider", sagt Norbert Leonhardmair vom Zentrum für sozialwissenschaftliche Sicherheitsforschung (VICESSE).

Das derzeit herrschende "Unsicherheitsgefühl habe nichts mit konkreten Zahlen zu tun, sondern das kommt durch die Jobsituation, das Gefühl in der Wohnumgebung oder sogar durch Beziehungsprobleme", sagt Leonhardmair. "Das bedeutet de facto: Die wirtschaftliche Krise heizt die Angst vor Kriminalität an und wird auf Asylwerber projiziert."

Vor allem die Medien – klassische, wie soziale – prägen das Sicherheitsgefühl. Dazu Hofinger vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS): "Derzeit kursieren viele Gerüchte über Kriminalität von Asylwerbern, etwa auf Facebook. Und seit den Vorfällen in Köln muss sich die Polizei rechtfertigen, wenn sie nicht offensiv über Sexualdelikte berichtet. Dabei schadet die ausführliche Berichterstattung über solche Delikte den Opfern und erzeugt nur Angst." Viele Vorwürfe, die in sozialen Medien gegen Asylwerber erhoben werden, sind zudem nachweislich falsch. "Eigentlich ist es absurd", sagt auch ein hochrangiger Mitarbeiter des Innenministeriums: "Während Bürgerwehren gebildet werden und sich immer mehr Menschen bewaffnen, haben wir gleichzeitig die niedrigste Kriminalitätsrate seit Jahrzehnten." (kurier. at/chronik/oesterreich/fluechtlinge-loesten-keine-kriminalitaetswelle-aus/, 17.02.2016)

SOS-Mitmensch: Recherche zu Sexualstrafdelikten

Derzeit sind die Medienberichte voll von sexuellen Übergriffen bis hin zu Vergewaltigungen. Man gewinnt unweigerlich den Eindruck, Österreich sei unsicherer geworden, insbesondere für Frauen. Daher hat es uns sehr überrascht als wir kürzlich die Aussage des Wiener Polizeisprechers Roman Hahslinger hörten, der meinte, es gebe in Wien im Vergleich zum Vorjahr bisher keinen Anstieg an Sexualstraftaten. Dieser Aussage wollten wir nachgehen und haben bei der Wiener Polizei um genauere Informationen gebeten.

Inspektor Mag. Paul Eidenberger hat

auf unsere Anfrage reagiert. Er betont, dass derzeit "eine signifikante Änderung bei Sexualstrafdelikten gegenüber den Vorjahren nicht absehbar ist". Er sagt auch, dass es "immer schon sexuelle Übergriffe, auch im öffentlichen Raum, gegeben hat, aber die mediale Aufmerksamkeit dafür nicht gegeben war." In Summe seien die Sexualdelikte in Wien im Jahr 2014 um 13 Prozent gesunken und im Jahr 2015 wieder um 7 Prozent angestiegen. Beim Delikt Vergewaltigung gab es im Jahr 2013 noch 332 angezeigte Fälle. 2014 ging die Fallzahl auf 317 zurück. 2015 sank die Anzahl der Fälle weiter auf 316.

Beim Delikt sexuelle Belästigung gab es im Jahr 2013 noch 459 angezeigte Fälle. Im Jahr 2014 ging die Fallzahl auf 443 zurück. 2015 sank die Anzahl der Fälle weiter auf 421.

Das heißt, sowohl bei angezeigten Vergewaltigungen als auch bei sexuellen Belästigungen gab es in den vergangenen zwei Jahren einen leichten Abwärtstrend. Für das Jahr 2016 liegen noch keine Detailzahlen vor, nur die Einschätzung der Wiener Polizei, dass derzeit keine signifikante Änderung zu den Vorjahren absehbar sei.

Der derzeit von Medien transportierte Eindruck einer gestiegenen Fallzahl deckt sich somit nicht mit den Daten der Wiener Polizei. Inspektor Eidenberger betont auch, dass nach wie vor "die weitaus meisten Sexualdelikte im häuslichen und nicht im öffentlichen Bereich stattfinden". (SOS-Mitmensch, www.sosmitmensch.at, 04.05.2016)

#AUSNAHMSLOS

Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall.

In der Silvesternacht auf 2016 waren in Köln und anderen deutschen Städten viele Frauen sexualisierter Gewalt an öffentlichen Plätzen ausgesetzt. Diese Taten müssen zügig und umfassend aufgeklärt werden. Die Schutzlücken im Straftatbestand der sexuellen Nötigung/Vergewaltigung müssen endlich geschlossen werden.¹

Wir fordern, dass den Betroffenen jetzt alle Unterstützung und Hilfe zukommt, die sie benötigen. Wir stehen solidarisch mit all denjenigen, die sexualisierte Gewalt und Belästigung erfahren und erfahren haben.

Wer wir sind

Als Feminist_innen² aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen setzen wir uns seit vielen Jahren für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und für eine offene und faire Gesellschaft ein, engagieren uns gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt. Dabei haben wir gelernt, wie wichtig es ist, auch gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung zu stehen.

Dafür setzen wir uns ein

Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist_innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird.

Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich "Anderen" sind: die muslimischen, arabischen, Schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist_innen als "nicht deutsch" verstehen. Sie darf auch nicht nur dann Aufmerksamkeit finden, wenn die Opfer (vermeintlich) weiße Cis³-Frauen sind. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos po-

litische Priorität haben, denn sie ist ein fortwährendes Problem, das uns alle betrifft. 2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. **Die polizei-**

Für diese politischen Lösungen setzen wir uns ein:

- 1. **Die Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden,** einschließlich Therapiemöglichkeiten und besserem, schnelleren Zugang zu Therapieplätzen. Auch die Arbeit von Frauenhäusern muss gestärkt und vor allem finanziell ausreichend abgesichert werden. Alle Beratungsstellen und -angebote müssen barrierefrei sein.
- 2. Die Gesetzeslage muss angepasst werden: **Sexuelle Belästigung ist in Deutschland immer noch keine eigenständige Straftat.** Und ob eine Vergewaltigung als strafbar gilt, wird zum Beispiel auch daran festgemacht, ob sich die betroffene Person ausreichend zur Wehr setzte.¹
- 3. Mehr öffentliche Aufklärungsarbeit hilft, Gewalt zu vermeiden, und signalisiert den Betroffenen, dass sie sich Hilfe holen und mit gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Wir möchten dafür sensibilisieren, dass die Gefahr, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu erleben, im engen sozialen Umfeld besonders groß ist und in allen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.
- 4. Auch eine **geschlechtersensible Pädagogik kann (sexualisierter) Gewalt vorbeugen.** Dazu zählt nicht zuletzt die Aufklärung über Geschlechterstereotype und die Bedeutung von Sprache.
- 5. **Polizei und Justiz müssen geschult werden,** damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird.

Für diese gesellschaftlichen Lösungen setzen wir uns ein:

- 6. **Die Debatte über sexualisierte Gewalt muss offen, kritisch und differenziert geführt werden.** Dazu gehört die Analyse, Aufarbeitung und Bekämpfung von soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt. Dringend muss auch über Auswirkungen gesellschaftlicher Stigmatisierung von Betroffenen sexualisierter Gewalt gesprochen werden.
- 7. Betroffene sexualisierter Gewalt müssen ernst genommen werden. Es darf **keine Täter_innen-Opfer-Umkehrung,** wie in Form von Verhaltensregeln für Betroffene, und keine Verharmlosung geben.

liche Kriminalstatistik weist jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus⁴, das sind zwanzig jeden Tag. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Alle Menschen sollen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, se-

xuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder Lebensweise,
sicher fühlen und vor verbalen und
körperlichen Übergriffen geschützt
sein: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet.
Ausnahmslos. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft.

- 8. Sexismus und Rassismus sind nicht Probleme "der Anderen": Wir alle sind von struktureller Diskriminierung geprägt und müssen erlernte Vorurteile erst einmal reflektieren, um sie abzulegen.
- 9. Wer Zeug_in von sexualisierter Gewalt und Sexismus wird, sollte nicht wegschauen, sondern eingreifen von Hilfe und Beistand bei sexualisierten Übergriffen bis zum Einspruch gegen sexistische Sprüche, "Witze" oder Werbung.

Für diese medialen Ansätze setzen wir uns ein:

- 10. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnen und die Taten nicht verschleiern. Täter sollten nicht als "Sex-Gangster" oder "Sex-Mob" beschrieben da sexualisierte Gewalt nichts mit Sex zu tun hat und häusliche Gewalt nicht als "Familien-" oder "Beziehungsdrama" verharmlost werden.
- 11. Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssen als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale und bestehende Probleme anerkannt werden. Es muss ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u. a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt verknüpft ist. Sexismus darf weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.
- 12. Das Problem des Sexismus und der sexualisierten Gewalt darf nicht "islamisiert" und damit pauschal einer Religion und ihren häufig vermeintlichen
- Angehörigen zugeschrieben werden. Damit werden mindestens 5 Millionen Menschen in Deutschland unter Generalverdacht gestellt. Redaktionen sollen reißerische und stigmatisierende Deutungen vermeiden, denn diese ziehen konkrete negative Folgen für Mitglieder unserer Gesellschaft nach sich.
- 13. Die Bildsprache ist frei von rassistischen und sexistischen Klischees zu halten. Bilder wirken unterbewusst und können selbst eine differenzierte Berichterstattung torpedieren.
- 14. **Redaktionen müssen vielfältiger werden.** Nach wie vor sind nur ein Bruchteil der Journalist_innen in Deutschland nicht-deutscher Herkunft und Berufswege stehen vor allem Menschen mit formal hoher Bildung offen. Männlich, heterosexuell und weiß dominierte Chefredaktionen tragen dazu bei, dass Themen, die andere Geschlechter, Ethnien und Minderheiten betreffen, nicht mit ausreichend Raum und Kompetenz behandelt werden.

Anmerkungen

- ¹ Ergänzende Anmerkung der Redaktion: Einen Straftatbestand namens "sexuelle Belästigung" gibt es in Deutschland nicht — anders als etwa in Österreich. Das Recht gegen sexuelle Belästigung ist in Deutschland nur am Arbeitsplatz geschützt. Die sexuelle Selbstbestimmung ist im deutschen Recht nur unter sehr engen Voraussetzungen strafrechtlich geschützt. So gibt es für Rechtsgüter wie die körperliche Unversehrtheit (einfache, gefährliche und schwere Körperverletzung) oder das Eigentum (Diebstahl, schwerer Diebstahl und Raub) einen Grundtatbestand und Strafschärfungsgründe, während bei der sexuellen Selbstbestimmung nur besondere Verletzungen erfasst sind (Vergewaltigung, sexuelle Nötigung), ein Grundtatbestand fehlt. Das ist auch der wesentliche Grund dafür, dass es bspw. keinen Rechtsschutz gegen sexuelle Belästigung in der Öffentlichkeit gibt. Wer sich jedoch einem Menschen in ungebührlicher Weise nähert, kann sich der sexuellen Nötigung oder der Beleidigung schuldig machen. Sexuelle Über-griffe werden nur dann als Sexualdelikte strafrechtlich erfolgt, wenn sie die nach § 184h Nummer 1 Strafgesetzbuch erforderliche "Erheblichkeit" aufweisen. Das soll aber geändert werden.
- ² Das sogenannte Gender Gap, signalisiert durch den Unterstrich, bietet Platz für Menschen, die sich außerhalb der binären Geschlechterkategorien Mann-Frau einordnen.
- ³ Mit der Vorsilbe Cis werden Personen be-zeichnet, die sich mit ihrem bei der Geburt zugeordneten Geschlecht identifizieren.
- ⁴ Bundesministerium des Inneren: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014, S. 4.

Verfasser innen:

Kübra Gümüşay, Anne Wizorek, Emine Aslan, Stefanie Lohaus, Teresa Bücker, Keshia Fredua-Mensah, Gizem Adıyaman, Dudu Küçükgöl, Helga Hansen, Kristina Lunz, Nicole von Horst, Antje Schrupp, Sookee, Gesine Agena, Jasna Strick, Yasmina Banaszczuk, Lavinia Steiner, Katrin Gottschalk, Ninia LaGrande, Hengameh Yaghoobifarah, Makda Isak, Melahat Kisi

Das Manifest aus dem Blog #ausnahmslos ist zu finden unter: http://ausnahmslos.org/. Wir danken für die Abdruckgenehmigung.

Heft 2/16

KAMPAGNE "NICHT MIT MIR"

Männer gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus

Eine Gruppe von Männern, darunter Männlichkeitsforscher, Sozialpädagogen, Psychologen, Männerberater hat eine Kampagne gestartet, die sich gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus einsetzt.

Wir möchten den Frauen, die in der Silvesternacht in Köln und anderswo zu Opfern sexualisierter Gewalt gemacht wurden, unser Mitgefühl und unsere Solidarität aussprechen. Diese Vorfälle haben uns tief erschreckt und wütend gemacht.

- Sexualisierte Gewalt gegen Menschen egal welchen Geschlechts ist ein Angriff auf die sexuelle Selbstbestimmung. Sexualisierte Gewalt darf nirgendwo auf der Welt Platz haben.
- Wir fordern bestmögliche Unterstützung für alle von (sexualisierter) Gewalt Betroffenen. Wir unterstützen die Forderungen von frauenpolitischen Organisationen, dass gesetzliche Schutzlücken (Nötigung, Vergewaltigung, Beleidigung) schnellstens beseitigt werden. Der Grundgedanke der Istanbul-Konvention "Nein heißt Nein" muss auch in deutsches Recht umgesetzt werden. Er muss ausnahmslos für alle Menschen, an jedem Ort und unter allen Bedingungen gelten.
- Wir wenden uns dagegen, dass die "Silvestervorfälle" für rassistische Zuschreibungen und rechtspopulistische Hetze genutzt sowie für die Verschärfung von Flüchtlings- und Asylregelungen in Deutschland instrumentalisiert werden. Dadurch wird das Stereotyp des orientalischen, männlichen Triebtäters bedient und sexualisierte Gewalt zu einem Problem "der anderen" gemacht, der "Nordafrikaner", der "Marokkaner".
- Ebenso wenden wir uns gegen die stereotype Zuschreibung, alle Männer seien ob potenziell oder faktisch Sexualstraftäter.
- Sexualisierte Gewalt nicht nur gegen Frauen ist nicht neu und auch in Deutschland ein großes Problem. Sie geht uns alle an, denn sie findet überall statt: in der Familie, in Partnerschaften, am Arbeitsplatz, in der Ausbildung, in Schulen, in Kinderheimen, auf offener Straße, in der eigenen Wohnung, in Flüchtlingsunterkünften und in den Gefängnissen. Sexualisierte Gewalt kann jeden Menschen treffen. Mit Taten und Worten.
- Es gibt keine Rechtfertigung und keine Legitimität von sexualisierter Gewalt. Sie verstößt gegen die universellen Rechte der sexuellen Selbstbestimmung, die alle Menschen nach unserer Auffassung unveräußerlich teilen.
- Wir wenden uns gegen eine Flüchtlingsdebatte, in der geflüchtete Jungen und Männer als Bedrohung und (potentielle) Täter wahrgenommen werden und nicht als Schutzbedürftige, die vor Unterdrückung, Terror, Gewalt und Armut fliehen. Geflüchtete Männer haben ebenso einen Anspruch auf Sicherheit, Privatheit und Zuwendung wie geflüchtete Frauen und Kinder. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass der sich verstärkende Rassismus und die Gewalt gegen Geflüchtete sich gegenüber Frauen und Männern in unterschiedlicher Form äußern.

Mehr Infos: www.nichtmitmir.eu

Kontakt: info@nichtmitmir.eu, Stand 4.3.2016

"SILVESTERNACHT IN KÖLN" ODER: WANN REDEN "WIR" ÜBER "UNS"?

Ein Gedankenexperiment Lisa Gensluckner

Die Ereignisse zum Jahreswechsel in Köln hätten ein Anlass dafür sein können, um die unterschiedlichen Formen, das Ausmaß und die Ursachen sexueller Gewalt gegen Frauen in den Blick zu nehmen. Einer von vielen Anlässen.

Die Fakten, die in diesem Fall zur Sprache gekommen wären, sind nicht neu: Einer aktuellen, EU-weiten Studie zufolge hat z.B. jede dritte Frau seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt - das sind EUweit ca. 62 Millionen Frauen. Die Botschaft ist erschütternd: "Gewalt gegen Frauen: sie passiert täglich und in allen Kontexten". Mit dieser Alltäglichkeit sexueller Gewalt sind Frauen an unterschiedlichen Orten konfrontiert: am Arbeitsplatz, in der Disco, beim Zeltfest, in der Fahrschule, an der Universität, auf der Straße und ganz besonders im privat-familiären Bereich, denn die statistisch betrachtet größere Bedrohung für Frauen geht weniger vom "fremden Mann auf der Straße" denn vom eigenen Lebensgefährten oder Ehemann aus.

Die ganze Bandbreite der Gewalt gegen Frauen wäre nach der "Silvesternacht in Köln" um eine neu ins Bewusstsein gerückte Form erweitert worden, bei der sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum durch eine Gruppe von Männern (auch) in Zusammenhang mit Eigentumsdelikten bzw. Diebstahl stehen. Und nicht zuletzt hätten Zusammenhänge zwischen dem ganz normalen – weil selbstverständlichen - Sexismus und sexueller Gewalt mit jenen Strukturen, die Gewalt befördern und Frauen z.B. in ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse bringen, thematisiert werden können.

In den öffentlichen Debatten hätte darüber nachgedacht werden können, was es bedeutet, wenn inmitten einer großen Menschenansammlung so viele Frauen attackiert werden können, ohne dass jemand einschreitet oder die Polizei überhaupt erfasst, was hier vor sich geht. Es hätte darüber nachgedacht werden können, was nun verstärkt zu tun wäre, v.a. im Bereich der gewaltpräventiven Maßnahmen und des Opferschutzes: geschlechterkritische Mädchen- und Bubenarbeit, Selbstverteidigungskurse, eine ausreichende finanzielle Absicherung von Frauenhäusern, Notrufen und Beratungsstellen, Schulungen der Polizei, eine Reform des Sexualstrafrechts in Deutschland und nicht zuletzt Maßnahmen, die - aufgrund von gesellschaftlichen Machtverhältnissen – besonders verwundbare soziale Gruppen adressiert, z.B. Frauen, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder in Flüchtlingsunterkünften.

Das zugewanderte Frauenbild und "unsere Werte" ...

Die Ereignisse zum Jahreswechsel in Köln dienten offensichtlich nicht als Anlass, um die Problematik der sexuellen Gewalt gegen Frauen ernsthaft zu thematisieren. Sogar das klingt für manche plötzlich ganz plausibel: "Männer und Frauen sind hier gleichberechtigt" (Necla Kelek). In den öffentlichen Debatten geht es bis heute nicht um Frauen und ihre Rechte. Wer – im Schatten der "Silvesternacht" – davon spricht, ist marginalisierter denn je und wird schnell der "Verharmlosung" und "Relativierung" bezichtigt. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtet sich stattdessen auf Natio-

nalität, Religion oder den "Kulturkreis" der Täter. Diesem Phänomen gilt das "blanke Entsetzen", die Wut und Empörung. Die Betonung der Einzigartigkeit – sogar von einem "Pogrom" war schon die Rede – entnennt das alltägliche Ausmaß von Sexismus und sexueller Gewalt in allen ihren unterschiedlichen Ausprägungen, hier, bei "uns". Sexuelle Gewalt verschwindet von der Bildfläche in dem Moment, wo sie zum Mittel für einen anderen Zweck wird.

Aber auch das ist nicht neu: Der "Fremde" als Figur, dem angelastet wird, was aus der "eigenen Gesellschaft" ausgelagert wird – der "Fremde", der "unsere" Frauen belästigt und bedroht und von "unseren europäischen Werten" der Gleichberechtigung keine Ahnung hat. Die Zeit für den "blauäugigen Import von Männergewalt, Sexismus und Antisemitismus" (Alice Schwarzer) scheint jetzt für manche endgültig vorbei zu sein.

Rassistische Zuschreibungen im Namen der Verteidigung von Würde und Gleichheit der Frauen funktionieren besonders gut, um Gleichstellungsdefizite aus der sogenannten "eigenen" Gesellschaft auszulagern. Selbst Antifeministen können sich dann zu Kämpfern für Frauenrechte aufschwingen, z.B. besonders beliebt, wenn es um kopftuchtragende Musliminnen geht. Und diejenigen, die sich am meisten über den österreichischen "Grapschparagrafen" aufgeregt haben, melden sich auch jetzt wieder lautstark zu Wort. In Österreich sind erst seit diesem Jahr sexuelle Übergriffe, wie sie in Köln stattfanden, strafbar, in Deutschland wird zum jetzigen Zeitpunkt ein guter Teil davon von Rechts wegen gar kein Straftatbestand

sein. Aber wie war das nochmal gleich? "Unsere" Werte und "unsere" Gesetze respektieren – "unsere" Werte, die sich in "unseren" Gesetzen nicht einmal wiederfinden? (…)

In der (internationalen) Presse wurde das eigentliche Thema, das mit der "Silvesternacht in Köln" auf die Agenda gesetzt wurde, gleich unmittelbar nach den Ereignissen in Szene gesetzt: Merkels "Willkommenskultur" hat nun endgültig abgedankt, einer breiten Akzeptanz für die "Obergrenze" wurde der Weg gebahnt. DAS schaffen wir nicht mehr. Es klingt jetzt ganz plausibel: Es sind zu viele. Und: Wer sich nicht an "unsere" Werte hält, hat spätestens jetzt alle Rechte verwirkt. Jetzt muss gehandelt werden - auf allen Ebenen! Verschärfung der Asylgesetze, Erleichterung von Abschiebungen, Zutrittsverbote in öffentlichen Hallenbädern oder Nachtklubs... Und auch auf der Straße wird gehandelt: Die einen fühlen sich ermächtigt zu tätlichen Übergriffen auf "Ausländer", die anderen gründen "Bürgerwehren", um ihre angekratzte Männlichkeit im Dienste des Schutzes "unserer" Frauen wieder aufzurichten.

...und die Naivität der "Gutmenschen"

Diese Deutungsmuster über die Ereignisse zum Jahreswechsel in Köln konnten möglicherweise nicht nur deshalb so wirkmächtig werden, weil sie an eine jahrzehntelange Tradition der Hetze gegen Menschen mit Migrationsoder Fluchtgeschichten andocken. Sie treffen auch auf ein Feld politischer Gegnerschaft, das einst von den (extremen) Rechten abgesteckt und nun aber

längst schon in der Mitte der Gesellschaft verankert wurde. "Gutmensch" wurde, in Zusammenhang mit aktuellen Fluchtbewegungen, nicht umsonst zum Unwort des Jahres 2015 erklärt. Erfolgreich wurde ein "Gutmenschentum" als politischer Gegner erzeugt, dem zu jeder Gelegenheit "Blauäugigkeit" oder "falsch verstandene Toleranz" an den Kopf geworfen wird. Die "Silvesternacht in Köln" bietet eine besonders günstige Gelegenheit: "Wer bis jetzt noch immer nicht verstanden hat, dass

"Die öffentliche Aufmerksamkeit richtet sich stattdessen auf Nationalität, Religion oder den "Kulturkreis" der Täter. Diesem Phänomen gilt das "blanke Entsetzen", die Wut und Empörung."

es keine gute Idee war, zehntausende junge Männer aus den arabischen Staaten unkontrolliert einreisen zu lassen, dem ist hoffentlich jetzt ein Licht aufgegangen" (Herbert Kickl). Und angesichts des "großen Schweigens der Feministinnen" noch eine Klarstellung: "Wer jetzt dazu schweigt, hat jede Legimitation verloren für sich in Anspruch zu nehmen, Frauenrechte zu vertreten." Dieser Logik folgend bricht die andere Seite schon seit langem das Schweigen, spricht unbequeme Wahrheiten aus, erduldet dafür sogar geächtet und RassistIn genannt zu werden. Selbst den "Rechtsextremismusvorwurf" müssen sich diejenigen gefallen lassen, die "die Sorge äußern, dass ein Frauenbild zuwandert in unserem Land, das wir nicht dulden können" (Birgit Kelle). Aber sie kämpfen weiterhin um die Freiheit, ihre Meinung doch noch sagen zu dürfen, trotz aller political correctness, während die politischen Gegnerlnnen alles schönzureden scheinen. Hat jemals irgendwer ernsthaft z.B. behauptet, männliche Flüchtlinge stünden per se jenseits patriarchaler Männlichkeitskonstruktionen und wären per se gefeit vor Sexismus und Gewalt gegen Frauen? Der "Gutmensch" ist eine Konstruktion, aber sie funktioniert aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse. Nicht nur Flüchtlinge stehen am Rand, sondern auch - in ganz anderer Form - diejenigen, die sich für ihre Rechte einsetzen. Hilal Sezgin hat die damit ausgelöste Dynamik beschrieben, schärft aber auch mit Humor den Blick für das Wesentliche: "Wir 'Linken' oder 'Kosmopoliten' oder .Multikulturalisten' wurden so oft des ,Gutmenschentums' und der Naivität gescholten, dass wir schon seit Monaten ständig Angst haben, es könnte sich herausstellen: Die, deren Menschenrechte wir proklamieren, sind keine Engel. Doch wir brauchen keine Angst zu haben. Denn natürlich sind sie keine Engel! Deswegen heißt es ja Menschenrechte und nicht Rechte für Engel."

Über das Ringen um Worte

Es ist diese Sprachgewalt der jahrzehntelangen rassistischen Hetze und die Schaffung eines abgegrenzten "Wir", die es so schwierig machen, in solche Debatten wie diejenige über die

"Silvesternacht in Köln" noch sinnvoll zu intervenieren. Die etablierte Unterteilung in "wir" und "sie" hat sich auch in kritische Positionierungen hineingefressen. Auch "wir" ringen um Worte. Bis zum Begriff der "Willkommenskultur" zieht sich diese Trennlinie durch: "wir" heißen "sie" willkommen, "wir" denken nach der "Silvesternacht in Köln" dann aber auch darüber nach, ob nicht doch "ihre" Frauenbilder patriarchaler sind als "unsere", ob "ihre" Übergriffe in der Silvesternacht nicht doch anders und schlimmer sind als diejenigen in "unserer" Gesellschaft, ob der Unterschied zwischen "uns" und "ihnen" nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ festzumachen wäre, ob "sie" vielleicht aufgrund ihrer traumatischen Erfahrungen oder aufgrund ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung "brutalisiert" worden sind oder einfach nur in "ihrer" Kultur nie einen respektvollen Umgang mit Frauen erlernen konnten. "Wir" denken darüber nach, wie "wir" "sie" dabei unterstützen könnten, "ihre" Geschlechterrollen zu reflektieren und welche gewaltpräventiven Maßnahmen speziell für "sie" gut wären. Und jede Stellungnahme zur "Silvesternacht in Köln" sollten "wir" am besten mit der unmissverständlichen Feststellung einleiten, dass "wir" jede Gewalt gegen Frauen verurteilen, auch dann, wenn "sie" die Täter sind.

Es ist nur ein kleiner Schritt bis zu dem Punkt, an dem "wir" "uns" dann erlauben zu sagen, dass — wenn "sie" sich nicht an "unsere" Werte halten und "unsere" Gesetze nicht respektieren — "wir" "sie" in solchen Fällen lieber doch nicht hier bei "uns" wissen wollen. Aber die Problematik der sexuellen Gewalt lässt sich nicht abschieben, sie wird "uns" bleiben. Wann reden "wir" über "uns"? Oder besser: über das "Uns" — auch in linken, feministischen,

"Rassistische Zuschreibungen im Namen der Verteidigung von Würde und Gleichheit der Frauen funktionieren besonders gut, um Gleichstellungsdefizite aus der sogenannten 'eigenen' Gesellschaft auszulagern."

alternativen Kontexten. Quer über die Grenzen von Nationalstaaten und Kontinenten hinweg wären zahlreiche Verbündete, Frauen und Männer, zu finden.

Dieser Text ist zuerst erschienen in: IM BLOG. Der politische Weblog der Initiative Minderheiten, **www.imblog.at** (3. Februar 2016). Dort finden sich auch einige Links, auf die sich dieser Text bezieht.

Konservatives Frauenbild macht empfänglich für rassistische Stereotype

Wer Männer für das starke und Frauen für das zu beschützende Geschlecht hält, ist besonders empfänglich für rechte Propaganda über angeblich sexuell bedrohliche Fremde. Bei BetrachternInnen mit progressiveren Einstellungen zum Verhältnis von Mann und Frau hingegen können entsprechende Plakate zu entgegengesetzten Reaktionen führen: Sie nehmen Migranten vor der Unterstellung in Schutz. Menschen mit traditionellem Frauenbild also nehmen Männer mit Mi-

grationshintergrund viel mehr als sexuelle Bedrohung wahr — das zeigt eine Studie. Nicht erst seit den Übergriffen in der Kölner Silvesternacht nehmen sich politische Kampagnen des Themas sexuelle Gewalt gegen Frauen an. Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und der Universitäten Lausanne und Lissabon handelt es sich hier weniger um einen Einsatz für weibliche Selbstbestimmung, vielmehr geht es darum, Männer mit Migrationshintergrund als Bedrohung für einheimische Frauen darzustellen.

Ob eine rechtspopulistische Kampagne

Erfolg hat oder nicht, liegt nicht zuletzt am Frauenbild des Zielpublikums. Diejenigen, die Frauen als zu Beschützende und Männer als ihre Beschützer ansehen, nehmen Migranten als sexuelle Bedrohung wahr.

Die Erhebung hat aber auch gezeigt, dass Kampagnen dieser Art unbeabsichtigte gegenteilige Reaktionen hervorrufen können. Wenn die Darstellung als absurd und unbegründet empfunden wird, können Haltungen gegenüber Migrantlnnen dadurch auch umschlagen und längerfristig positiver werden. (dieStandard.at, 23.3.2016)

FORMEN, AUSMASS UND URSACHEN SEXUELLER/ SEXUALISIERTER GEWALT GEGEN FRAUEN

Gabi Plattner

"Silvesternacht in Köln" oder: Wann reden "wir" über "uns"? so betitelte Lisa Gensluckner, Mitarbeiterin im AEP (Arbeitskreis für Emanzipation und Partnerschaft) und Leiterin der Einrichtung "Initiative Minderheiten Tirol", ihren heuer im Februar 2016 verfassten - wie ich finde inhaltlich und sprachlich großartigen - Text und reagiert damit auf die Produktion von Auslassungen, Bagatellisierungen und Pauschalisierungen am Beispiel der Berichterstattung über die "Silvesternacht in Köln". Und hier geht es, das sei ganz am Anfang klar betont, nicht darum, den Opfern nicht jegliche Empathie, den bestmöglichen Schutz, umfassende Hilfe und Gerechtigkeit auch in Form von Rechtsstaatlichkeit zukommen zu lassen; die Verfolgung und Bestrafung der Täter zu fordern

"Die Legitimation und
Legitimierung männlicher
Gewalt ist Teil auch
"unserer Gesellschaft',
denn warum wurde in der
Silvesternacht so lange
"zugeschaut', "so wenig oder
spät eingegriffen', so wenig
Haltung und Standpunkt
bezogen, so wenig Zivilcourage gelebt. Auch dafür
ist "Köln' trauriges Beispiel.
Hier bei uns.
Mitten unter uns."

und umzusetzen, unabhängig davon nämlich, welchem Kulturkreis die Täter sich selbst zuordnen oder zugeordnet werden; hier geht es um den zugegebenermaßen sehr schwierigen, weil hochkomplexen Versuch, zu analysieren, welche Machtkonstellationen sich zeigen, wenn über sexualisierte Gewalt in dieser Weise gesprochen wird. Ein Versuch, der nach Meinung mancher, bei der Diskussionsveranstaltung am 2. März, nur mangelhaft geglückt sei. Aber dieser Versuch war es wert, denke ich, war es doch der Beginn einer öffentlichen Debatte in Tirol, deren Fortsetzung bestimmt folgt.

Ein Diskussionsabend

Um also wieder die Vergangenheit, Gegenwart, und Zukunft miteinander zu verknüpfen – hier ein kurzer Einblick in eine Veranstaltung, die mich während des Schreibens dieses Berichts sehr geprägt hat.

Am 2. März 2016 fand – organisiert von der Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch in Zusammenarbeit mit dem SPAK Tirol (Sozialpolitischer Arbeitskreis) im ÖGB Saal – ein Diskussionsabend über die politische und mediale Debatte zur Silvesternacht in Köln statt. Den Organisator*innen war es wichtig aufzuzeigen, dass die Ereignisse in Köln eben nicht zum Anlass genommen wurden, um die Problematik der sexuellen/sexualisierten Gewalt gegen Frauen in all ihrer Komplexität zu thematisieren. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich stattdessen vielmehr auf Nationalität. Religion oder den "Kulturkreis" der Täter.

Diskutiert wurde u.a. über die Zusammenhänge von Männlichkeit und Gewalt (Paul Scheibelhofer), über das Frauenbild der (extremen) Rechten (Alexandra

Weiss), sowie über die Verknüpfungen mit Fragen der Integration und Asylpolitik (Oscar Thomas-Olalde). Ich war eine der vier Referent*innen und meine Aufgabe war es, über Formen, Ausmaß und Ursachen sexueller/sexualisierter Gewalt gegen Frauen zu sprechen.

Intersektionaler Gewaltbegriff

Ein Einblick in diesen Diskussionsabend kann Auskunft geben darüber, wie die Auseinandersetzung mit einem "intersektionalen Gewaltbegriff" praktisch funktionieren könnte, auch wenn es einige Besucher*innen gab, die einen intersektionalen Zugang keinesfalls bestätigen würden bzw. die uns mindestens so viel Auslassung wie Intersektionalität zuschreiben würden.

Eine intersektionale Betrachtungsweise ist, denke ich, gerade dann hilfreich, wenn es darum geht, der möglichen Argumentationsfalle sogenannter "kulturbedingter" oder "traditionsbedingter" Gewalt entgegenzuwirken. Und gerade das ist nicht nur, aber auch seit den sexuellen Übergriffen in Köln und auch anderen Städten mehr als angebracht. Besser formuliert: Es ist immer dann angebracht, wenn wir uns mit Gewalt im Geschlechter- und Generationenverhältnis auseinandersetzen. "Ein intersektionaler Gewaltbegriff verschränkt Ungleichheits- und Gewaltstrukturen einerseits und berücksichtigt und dekonstruiert andererseits Kategorisierungen durch Kultur/Ethnie, Nationalität, Religion, sexuelle Orientierung, Klasse."1 Um Intersektionalität noch vielschichtiger denken zu können, wurden für Menschen mit Hörbehinderung für die öffentliche Diskussion zwei

Schriftdolmetscher*innen aus München zugeschaltet, die die Diskussion via Großleinwand übersetzten.

Formen, Ausmaß, Ursachen sexualisierter Gewalt

Ich habe mein Statement am Veranstaltungsabend mit der Erinnerung an eine in Innsbruck kürzlich stattgefundene Aktion im öffentlichen Raum begonnen. Auch um den öffentlichen Raum und das Thema der (sexualisierten) Gewalt an Frauen wieder anders zu besetzen bzw. um die derzeitige Diskussion um eine Dimension zu erweitern oder auch an eine Dimension zu erinnern, die ich bedeutend finde: Am 14. Februar, dem Valentinstag, wurde auch heuer wieder im Rahmen von One Billion Rising gemeinsam gegen Gewalt an Frauen getanzt. One Billion Rising ist eine von der New Yorker Künstlerin Eve Ensler 2012 ins Leben gerufene weltweite Kampagne für ein Ende der Gewalt gegen Frauen und Mädchen und für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Zwei wesentliche Dimensionen möchte ich in diesem Zusammenhang hervorheben. Einmal die internationale Dimension, da Gewalt an Frauen überall auf der Welt vorkommt; und dann v.a. auch die Dimension und wesentliche Bedeutung der Geschlechtergerechtigkeit, wollen wir Gewaltfreiheit erreichen.

Eine "Milliarde" (One Billion) verweist auf eine UN-Statistik, nach der eine von drei Frauen in ihrem Leben zumindest einmal körperliche, psychische und oder sexualisierte Gewalt erleben. Die jüngste europaweite Studie kommt zum selben Ergebnis. Einer der Auslöser für Enslers Aufruf waren die Äußerungen des US-amerikanischen Politikers der Republikanischen Partei Todd Akin über Abtreibungen. Er behauptete, "dass Schwangerschaften, die durch Vergewaltigung entstehen, nicht beendet werden dürften". Seiner Auffassung nach "könne der weibliche Körper von sich aus eine Schwangerschaft verhindern, wenn es sich tatsächlich um eine Vergewaltigung gehandelt habe". Diese frauenverachtende, sexistische Aussage war der Ausgangspunkt der Kampagne, die uns im Folgenden beispielhaft mehrere Dinge klar vor Augen führen soll:

Mangelnde und fehlende Geschlechtergerechtigkeit ist - allen Bagatellisierungsversuchen und Etikettenschwindeleien zum Trotz – nach wie vor die zentralste Ursache für Gewalt an Frauen. Gewalt an Frauen ist weltweit noch immer eines der häufig eingesetzten Machtmittel, um Frauen in untergeordneten Positionen zu halten, sie zu diskriminieren und damit zu schwächen. Die Familie ist nicht immer – wie so oft so gerne behauptet - "heile Welt". Oft ist sie nachweislich der gefährlichste Ort für Frauen und Kinder. Genaugenommen dann, wenn Familiensysteme oder Partnerschaften auf patriarchalen, nicht geschlechtergerechten und sehr traditionellen Grundwerten basieren. An die 30 Mordfälle an Frauen und Kindern, die auf Partnergewalt oder Gewalt im sozialen Nahraum zurückzuführen sind, gibt es jährlich in Österreich.

Geschlechtsbasierte Gewalt. Gewalt also, die aufgrund der Geschlechtlichkeit passiert, gehört zu den häufigsten Gewaltformen weltweit. Gerade bei sexueller/sexualisierter Gewalt wird das

sehr deutlich. Der Prozentsatz an männlichen Tätern liegt hier bei über 97% und 99,1% der Opfer von Vergewaltigungen sind Frauen.

"Geschlechtsbasierte Gewalt. Gewalt also, die aufgrund der Geschlechtlichkeit passiert, gehört zu den häufigsten Gewaltformen weltweit."

Wenn wir von sexueller/sexualisierter Gewalt sprechen, gilt es sowohl mitzudenken, dass andere Gewaltformen meist damit in Zusammenhang stehen (körperliche und psychische Gewalt) und es gilt auch mitzudenken, dass es viele Formen der sexuellen/sexualisierten Gewalt gibt. Es gilt genau zu definieren, wovon wir sprechen, wenn wir von Gewalt sprechen. Sprechen wir also von sexueller Belästigung durch anzügliche Blicke, sexistische Bemerkungen, nicht gewollte Berührungen nicht nur der primären oder sekundären Geschlechtsmerkmale, sprechen wir von der Androhung sexualisierter Gewalt, von sexueller Nötigung, sexualisierter Gewalt in der Kindheit, Vergewaltigung, Vergewaltigung in der Ehe, Frauenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung,...?

Einige Thesen

Lassen Sie mich also vorläufig einige Thesen formulieren, die mir in der medialen Debatte rund um Köln viel zu sehr in den Hintergrund gedrängt wurden. Allein die mehrheitliche Konzentration

auf Köln – ohne den Betroffenen nicht genügend Raum lassen zu wollen und den nötigen Respekt zu zollen – ist eine Festschreibung, die so nicht stimmt, da es auch in anderen Städten zur sexualisierten Gewalt in Form von sexueller Belästigung und anderen Formen sexualisierter Gewalt gekommen ist.

- Gewalt ist nicht geschlechtsneutral.
 Die Täter waren Männer; die Betroffenen waren Frauen.
- Kulturspezifisch und kulturunabhängig schließen sich nicht aus. Wir dürfen nicht immer so tun, als wäre mit "kulturspezifisch" etwas gemeint, das in jeweils anderen Kulturen nicht vorkomme. Kulturalisierungen als Schubladisierungen sind immer zu vermeiden, da die Gefahr der Bagatellisierung der kulturunabhängigen Ursachen von Gewalt viel zu groß ist. Am Beispiel des Redens über Köln hieße das dann, dass, folgen wir den mehrheitlich medial transportierten Ausführungen, wir meinen könnten, sexuelle/sexualisierte Gewalt wäre erst mit der vielbenannten und damit auch schon wieder schubladisierten so benannten "Flüchtlings.Krise" ins Land gekommen. Ob dieses Land nun Deutschland oder Österreich oder anders heißt; der Tenor, der durchsickert bzw. stark mitschwingt in den Debatten, lautet unüberhörbar: "Flüchtlinge erzeugen Krisen und bringen Schwierigkeiten und Gewalt mit und werden so in gewisser Weise zur Krise selbst". Und dieser Grundtenor ist niemals geeignet, um grundsätzlich zu debattieren.
- Die Legitimation und Legitimierung männlicher Gewalt ist Teil auch "unserer Gesellschaft", denn warum wurde in der Silvesternacht so lange "zuge-

schaut", "so wenig oder spät eingegriffen", so wenig Haltung und Standpunkt bezogen, so wenig Zivilcourage gelebt. Auch dafür ist "Köln" trauriges Beispiel. Hier bei uns. Mitten unter uns. Als ein Beispiel des Nicht- oder Zuwenig-Handelns von "den Unsrigen. Und das sind eben nicht nur "die Einen", die so gerne als "die Anderen" bezeichnet werden. Auch in Österreich gab es in der Silvesternacht sexuelle Übergriffe, insgesamt wurden 24 Fälle angezeigt. "Die Polizei spreche täglich mehr als 20 Wegweisungen aus, diese Zahl ist seit mehreren Jahren konstant. Diese Fakten sollten die Straftaten der Silvesternacht nicht verharmlosen. Vielmehr sollten sie aufzeigen, dass Gewalt an Frauen ein gesamtgesellschaftliches Problem ist."(Pressemitteilung der AÖF, Verein Autorome Frauenhäuser Österreich, zum 8. März 2016).

- "Gewalt hat viele Gesichter und gehört für viele Frauen noch immer zur täglichen Realität ob im eigenen Zuhause, innerhalb einer Partnerschaft, in der Arbeitsstelle oder im öffentlichen Raum."² Auf die Mehrdimensionalität der Orte der Gewalt muss deutlich mehr geachtet werden, denn sexuelle Gewalt findet am häufigsten durch bekannte Personen und nicht in der Öffentlichkeit statt.
- Es gibt keine Gewaltfreiheit ohne Geschlechtergerechtigkeit! Um Geschlechtergerechtigkeit muss auch heute noch und heute wieder mehr und weltweit gekämpft werden. GLOBAL UND LOKAL. Frauenverachtende Tendenzen finden wir in allen Gesellschaften auf diesem Globus.
- "Gewalt aufgrund des Geschlechts

kann jede Frau treffen, unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion. Sie betrifft Frauen, die in Österreich geboren und aufgewachsen sind ebenso wie Frauen, die geflüchtet sind. Die Täter sind Männer, die in Österreich geboren und aufgewachsen sind ebenso wie Männer. die geflüchtet sind. Es ist nicht die Herkunft, die Gewalt an Frauen legitimiert, sondern es sind die traditionellen Wertvorstellungen, die mit traditionellen Geschlechterrollen einhergehen", informierte der Verein AÖF. "Die Grundlage für die Verhinderung von Gewalt an Frauen ist die Gleichstellung von Männern und Frauen", so die Frauenhäuser. (APA, 9.3.2016)

Dass es ohne Geschlechtergerechtigkeit keine Gewaltfreiheit gibt, wird erschreckend klar deutlich, wenn wir uns die unsäglich frauenverachtenden Aussagen des US-Amerikaners Daryush Valizadeh alias "Roosh V" herholen. Viele andere Beispiele würden leider die Seiten dieses Berichts problemlos füllen. "Roosh V" ist selbsternannter Maskulinist, Antifeminist und Pick-Up-Artist und rief kürzlich dazu auf, "Vergewaltigungen in Privat-Räumen zu legalisieren". Forderungen, die ebenso - u.a. auch in Wien und Graz - mit Anhängern frauenfeindlicher Positionen am Samstag, den 6. Februar propagiert werden sollten. In Wien hat das Museumsquartier den Auftritt vorerst durch ein Platzverbot verhindert. Ein Lob dem Museumsquartier. Dass dieser Mann aber die Legalisierung von Vergewaltigung wieder "einfach so" fordern kann, dass Vergewaltigung in der Ehe - ein Straftatbestand, der nicht einmal in ganz Europa bereits Straftatbestand ist - seiner

Meinung nach wieder abgeschafft werden sollte; dass dieser Mann Auftritte in 43 Ländern geplant hat und Bücher darüber schreibt, "wie man Frauen in unterschiedlichen Ländern und Kulturen sexuell ausbeuten kann", sagt wohl sehr viel darüber aus, dass wir es — auch in Bezug auf die Geschehnisse in Köln — mit einem grundsätzlichen Problem der Misogynie, der Frauenverachtung zu tun haben. Und diese findet sich — wie das Beispiel zeigt — leider überall.

Ich kann auch die beleidigenden, voll von Frauenhass gespickten Reaktionen (Shitstorm) auf die Aussagen von Frau Bundesministerin Heinisch-Hosek auf die empfohlene "Unterrichtseinheit in gendergerechter Sprache" dem Herrn Gabalier gegenüber als Beispiel hernehmen; oder auch die zahlreichen diffamierenden Bemerkungen und Diskussionen rund um die Einführung des soge-"Po-Grapsch-Paragraphen" nannten in Österreich. Alleine die abwertende Bezeichnung einer so grundlegenden Forderung spricht Bände; der Forderung nämlich, dass sexuelle Belästigung im öffentlichen und privaten Raum Straftatbestand werden soll, also ins StGB aufgenommen werden soll. Eine Forderung, die seit "Köln" in aller Munde ist - und auffälligerweise jene jetzt so oft diesbezüglich den Mund auftun, die sonst immer bestenfalls schweigen oder schlimmstenfalls verleugnen, umkehren, falsch reden, wenn es um Gewalt an Frauen geht. Und noch ein "Debattenphänomen", das die Reden über die massenhaften Übergriffe in Köln zum Vorschein brachte: "Plötzlich war ienen die Stimme von Feministinnen zu leise, die sie ansonsten stets als zu laut,

als zu übertrieben empfanden. Jetzt wäre doch der richtige Zeitpunkt für Empörung, hieß es nun".3 Warum wäre erst jetzt der richtige Zeitpunkt? Warum erst in Köln? Genau das sollte allen zu denken geben.

Jetzt gehen so viele hierzulande mit der sogenannten "Fortschrittlichkeit Österreichs" hausieren, ob des großartigen Sexualstrafrechts, an dem sich nun auch Deutschland ein Beispiel nehmen sollte. Doch drehen wir das Rad der Zeit nur ein klein wenig zurück. Wenn wir uns die Diskussionen vor der Einführung der Gesetzesnovelle in Österreich in Erinnerung rufen (Neueinführung des §205a StGB und Ausweitung des §218 StGB) können wir nicht im Ernst glauben und auch nicht so tun, als ob sexuelle, sexualisierte Gewalt, sexuelle Belästigung ein Problem wäre, das Migranten und Flüchtlinge sozusagen mitgebracht hätten, weil DIE "angeblich so ein Problem mit Frauen haben". weil DIE - und das habe ich kürzlich bei einem Regionaltreffen mit der Polizei Schwaz hören müssen – "offensichtlich andere Vorstellungen der Sexualbedürfnisse mitbringen." Übrigens: es gibt bei der Polizei neuerdings eine "Einheit zur Migrationsprävention". Bei dieser Wortkonstellation ist der Hinweis auf die Notwendigkeit sprachlicher Genauigkeit wohl mehr als nur angebracht; womit ich nicht sagen möchte, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei, die erfreulichen Entwicklungen, die die Polizei im Zusammenhang mit dem Erkennen von Gewaltdynamik zu verzeichnen hat, nicht auch sehr positiv sind. Genau dieses Entwicklungspotenzial stimmt mich zuversichtlich, dass auch die Fallen der Kulturalisierung von Gewalt künftig früher erkannt werden.

Weltweites Problem

Gewalt an Frauen stellt ein weltweites Problem dar und zwar ein sehr großes, das in allen Kulturen vorkommt und zu den häufigsten Menschenrechtsverletzungen an Frauen gehört, das also insgesamt nicht kulturspezifisch zu deuten ist, wenngleich es immer auch darum geht, Unterschiede in den Formen, den Auswirkungen der Gewalt an Frauen sehr genau wahrzunehmen und diese sind sehr wohl auch kulturspezifisch, aber nicht aufgrund der Kultur selbst, sondern aufgrund der Verhinderungen zum Ressourcenzugang qua Kultur. Diese Unterschiede können also kulturspezifisch sein, müssen es aber nicht, verweisen sie doch vielmehr auf die unterschiedlichen Möglichkeiten – und Unmöglichkeiten, sich Hilfe zu holen, sich zu wehren, den Gewaltkreislauf zu unterbrechen. Je weniger Ressourcen nämlich Frauen zur Verfügung stehen, umso größer, fataler, lang anhaltender, gefährlicher, und traumatisierender sind die Auswirkungen. Je größer die Abhängigkeit, umso größer auch die Gefahr, dass diese Abhängigkeiten ausgenutzt werden. "Geschlechterverhältnisse sind ökonomische, soziale, bildungspolitische oder sexuelle, sexualisierte Verhältnisse. Doch spätestens seit der Silvesternacht 2015/2016 scheinen sie vor allem eines zu sein: kulturelle Verhältnisse".4

Wie wichtig ein vielschichtiger, komplexer Blick auf Gewalt an Frauen ist, der nicht schubladisiert, zeigt auch der Blick auf die jüngste europäische Stu-

die. Die meines Erachtens vorgeschriebene Notwendigkeit eines komplexen Blicks macht es nicht immer einfach, Veränderungen klar, deutlich und verständlich in die Gesellschaft zu tragen, macht es auch nicht immer einfach, dass das, was auf gesetzlicher Ebene, auf dem Papier an Gewaltschutz existiert, auch tatsächlich in einer Gesellschaft ankommt. Der im März 2014 erschienene Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA: Fundamental Rights Agency), der die Ergebnisse der weltweit größten Erhebung über Gewalt gegen Frauen vorstellt und Einblick in die Situation von 28 EU-Mitgliedstaaten gewährt (42.000 Frauen wurden per Zufallsprinzip ausgewählt/1.500 pro Land), zeigt eines ganz deutlich: Wie dringend der Handlungsbedarf nach wie vor ist.

Weltweit größte Erhebung über Gewalt gegen Frauen

Einige Ergebnisse aus der Studie zur Erinnerung:

33 % der Frauen haben seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Dies entspricht etwa 62 Millionen Frauen. Europaweit jede dritte Frau.

43 % der Frauen waren entweder durch den/die aktuelle/n oder eine/n frühere/n Partner*in psychischer Gewalt ausgesetzt.

18 % der Frauen haben seit dem 15. Lebensjahr Stalking erlebt; bei 5 % der Frauen war dies innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung der Fall. Dies bedeutet, dass etwa 9 Millionen Frauen in der EU von Stalking betroffen sind. 55 % der Frauen haben irgendeine Form der sexuellen Belästigung erlebt = JEDE ZWEITE FRAU. 32 % der Opfer sexueller Belästigung nannten als Täter*innen Vorgesetzte, Kolleg*innen oder Kund*innen. Erschreckend ist v.a. auch, dass 67 % der Befragten angaben, sich keine Hilfe bei Polizei oder Unterstützungseinrichtungen wie Frauenhäusern oder Gewaltschutzzentren geholt zu haben.

Auch wenn Österreich im Vergleich besser abschneidet, zeigt sich doch, dass auch hierzulande noch vieles für einen besseren Schutz von Frauen vor Gewalt getan werden muss:

20 % der Frauen haben seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. JEDE 5. FRAU

Jede 7. Frau ist von Stalking betroffen. 35 % der Frauen haben in Österreich seit ihrem 15. Lebensjahr eine Form der sexuellen Belästigung erlebt. = JEDE 3. FRAU.

Und das ist nicht erst seit den sexuellen Übergriffen in Köln so!

Holen wir uns also die Ergebnisse der Erhebung noch einmal her, wissend, dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. Wissend, dass über achtzig Prozent aller Fälle von sexualisierter Gewalt in der Familie und im näheren Bekanntenkreis passieren. Wissend auch, dass sexualisierte Gewalt die häufigste Form der Gewalt innerhalb einer Familie ist und zwei Drittel aller Vergewaltigungen im nahen sozialen Umkreis, in der Familie, durch Bekannte und Verwandte stattfindet. D.h. die meisten Täter bekannt und nicht sogenannte Unbekannte sind. Wenn wir uns dann noch herholen, dass 32 % der Opfer sexueller Belästigung als

Täter*innen Vorgesetzte, Kolleg*innen oder Kund*innen angegeben haben ... dann steht wohl außer Frage, dass die Diskussionen rund um die Gewalt-übergriffe in Köln zu einseitig sind. Die Täter gehören bestraft, egal woher sie kommen. Das jedenfalls gilt es klar und deutlich zu sagen und entsprechend danach zu handeln.

"Sexualisierte Gewalt darf jedoch nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich "Anderen" sind. In der Frauen- und Geschlechterforschung gibt es für diesen Mechanismus — wir, die modernen, aufgeklärten, emanzipierten, "Guten" vs. die vormodernen, unaufgeklärten, patriarchalen, "bösen" Anderen — schon des längerem einen Begriff: "Femonationalismus". Und die Antwort darauf lautet: Sexismus und Rassismus müssen gleichermaßen in den Blick genommen werden. Ausnahmslos."

Anmerkungen

- ¹ Sauer Birgit (2011). Migration, Geschlecht, Gewalt. Überlegungen zu einem intersektio-nalen Gewaltbegriff. Gender, Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, 3(2), S. 44-60.
- ² Vgl. FRA Studie: EUROPEAN UNION AGEN-CY FOR FUNDAMENTAL RIGHTS. Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Erhebung
- ³ Hausbichler, Beate (5./6. März 2016). Essay im Standard; Kultur als Nebelmaschine für Geschlechterdebatten.
- ⁴ s. Anm. 3
- ⁵ www.ausnahmslos.org

Autorin

GABI PLATTNER arbeitet seit 20 Jahren im Tiroler Frauenhaus, seit 2006 in der Geschäftsführung und inhaltlichen Leitung. Sie ist leidenschaftliche Netzwerkerin und Gern-Springerin zwischen den Bereichen und Genres (Feminismus/Kunst/Kultur/Sozial-Politik).

GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE IM RECHTEN DISKURS

Alexandra Weiss

Die sexuellen Übergriffe gegen Frauen in der Kölner Silvesternacht wurden sehr rasch von der populistischen und extremen Rechten instrumentalisiert. FPÖ-Generalsekretär Kickl meinte etwa in einer Presseaussendung¹ vom 5. Jänner: die Vorkommnisse sollten "ein Lichtermeer in den Köpfen der Willkommensklatscher auslösen (...) in der Form, dass ihnen ein Licht aufgeht". Weiter geht es mit dem "großen Schweigen", das Feministinnen und linken PolitikerInnen vorgeworfen wird, obwohl die "dauerbetroffene" "Genderund Feministenecke" ansonsten bei jeder Kleinigkeit aufheule. Die Argumentation gipfelte in dem Satz: "Wer jetzt dazu schweigt, hat jede Legitimation verloren für sich in Anspruch zu nehmen Frauenrechte zu vertreten."

Dies umreißt die Diskurs-Strategie der Rechten – nicht nur hierzulande – zu den Vorkommnissen in Köln recht deutlich. Zur Erläuterung: Das Lichtermeer -1993 von NGOs gegen das "Österreich zuerst"-Volksbegehren der FPÖ (auch "Anti-Ausländer-Volksbegehren" bezeichnet) - steht für einen massenhaften und wirkungsvollen zivilgesellschaftlichen Protest gegen die rassistische, ausländerInnenfeindliche Politik der FPÖ. In der Argumentation Kickls soll sich aber das vor über 20 Jahren initiierte FPÖ-Volksbegehren im Nachhinein als richtig und vorausschauend erweisen.

Solidarisches Handeln und das Eintreten für Menschenrechte wird als "naive Willkommensklatscherei" diskreditiert, der Sprach-Stil ist polemisch, aggressiv und von offener Häme geprägt und zu guter Letzt wird – einmal mehr – Fe-

ministinnen abgesprochen, die Interessen von Frauen zu vertreten. Diese Argumentationsfigur ist altbekannt; von Eva Herman bis hin zu rechtsradikalen und -populistischen Parteien und Gruppierungen wird sie häufig eingesetzt. Damit wird angedeutet, dass Frau- und Feministin-Sein ein Widerspruch sei; Feministinnen nicht verstünden, was Frauen wirklich wollen, weil sie ein Problem mit ihrer eigenen "Weiblichkeit" hätten und insofern für eine "Vermännlichung" von Frauen stehen würden. Weiblichkeit wird hier - wie Männlichkeit - essentialistisch als fixe, unveränderliche Kategorie oder als "anthropologische Konstante" verstanden.

Frauen-/Männerbilder der politischen Rechten und ihre Wirkmächtigkeit

Wie lässt sich das Frauen- und Männerbild im politischen Diskurs der Rechten kurz umreißen? Geschlecht, (Hetero-) Sexualität und Familie stellen zentrale Kategorien im rechten Diskurs dar. Die als "Volksgemeinschaft" vorgestellte Gruppe oder Nation gilt als bedroht, die gegenwärtige Lage wird als tiefe Krise aufgefasst.

Hauptpunkt der Kritik ist die "Negation biologischer Dispositionen" sowie die zunehmende gesellschaftliche Benachteiligung von Männern bzw. die Bedrohung einer "ursprünglichen" männlichen Identität. Wie gesagt: Geschlechterverhältnisse, Männlichkeit und Weiblichkeit werden als etwas Naturhaftes verstanden. Die Dominanz von Männern in der öffentlichen Sphäre und die Zuweisung der privaten Sphäre an Frauen wird dementsprechend als "artgerechte Rollen-

"Geschlechterverhältnisse, Männlichkeit und Weiblichkeit werden als etwas Naturhaftes verstanden."

aufteilung" beschrieben, die allerdings durch Feminismus und Frauenemanzipation zunehmend in Frage gestellt wird. In dieser Logik ist Gleichstellungspolitik Politik "wider die Natur", da sie das Wesen von Frauen und Männern verkenne. Die Zerstörung der sogenannten "natürlichen" Geschlechterordnung – nicht nur durch Feminismus und Gleichstellungspolitik, sondern auch durch Homosexualität – bedroht dann auch die Familie, die in ihrer traditionellen Form als Ausdruck dieser "natürlichen" Geschlechterordnung betrachtet wird. Der zunehmende Einfluss des Feminismus (innerhalb einer nationalen aber auch der EU-Bürokratie) würde Männer nun also mehr und mehr benachteiligen, v.a. bei Scheidung bzw. als Väter und aufgrund von Quotenregelungen im Beruf. Insgesamt würden Männer in der Öffentlichkeit hauptsächlich negativ dargestellt (z.B. als gewalttätig). Aufgrund der zunehmenden Stärke der Rechten in Österreich und in Europa kann dies nicht mehr als abgegrenzter Diskurs einer (gar nicht mehr so kleinen) politischen Gruppierung betrachtet werden. Spätestens mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ (später des BZÖ) wurde diese Sichtweise auf Geschlechterverhältnisse zumindest für einige Jahre auf Regierungsebene verankert und in Form einer damals neu geschaffenen "Männerpolitischen Grundsatzabteilung" institutionalisiert. Auch wenn dem mit 2007

wieder eine andere politische Richtung gegeben wurde, konnte diese Institutionalisierung doch den Boden bereiten für einen erstarkenden antifeministischen Diskurs, der inzwischen auf relativ breite Zustimmung stößt. Wesentliche Folge davon ist die Delegitimierung einer als "überzogen" dargestellten Gleichstellungspolitik.

Ethnisierung von Sexismus und Frauen als "Volkskörper"

Der rechte Diskurs zeigt - anhand der Ethnisierung von Sexismus und sexueller Gewalt - aber auch deutlich die Überschneidung von Sexismus und Rassismus: das Bild vom "fremden, dunkelhäutigen Mann", der die "weiße, deutsche Frau" verführt oder vergewaltigt, ist kaum neu, aber immer noch präsent. Er wird dabei als besonders triebhaft und als potentieller Vergewaltiger dargestellt. Die einzelne Frau als Opfer eines Übergriffes verschwindet in diesem Diskurs hinter dem, was als Angriff auf die "Volksgemeinschaft" verstanden wird. Weibliche Sexualität wird in erster Linie als Pflicht an der "Volksgemeinschaft" konstruiert (Feminismus und Emanzipation sind dem entsprechend egoistisch und zerstören die Grundlage des "Volkes"), die letztlich auch einer männlichen Kontrolle unterliegen soll. "Schicksal" und Interessen von Männern und Nation bzw. "Volksgemeinschaft" sind demnach identisch. Dass das Empfinden und die Erfah-

Dass das Empfinden und die Erfahrungen von Frauen kaum eine Rolle spielen, wurde meines Erachtens an den Reaktionen der Rechten auf die Kölner Silvesternacht besonders deutlich. Empathie mit den Opfern wurde in den Tex-

"Neben der Polemik gegen den (linken) Feminismus ging es darum, die Gefährlichkeit der Männer aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum unter Beweis zu stellen und die Notwendigkeit einer rigorosen Asylpolitik deutlich zu machen."

ten - sei es Kickls Presseaussendung oder z.B. Birgit Kelles Artikel im "online Focus"² - nicht vermittelt. Beide Texte, die beispielhaft für viele andere stehen können, sind in erster Linie hämisch gegenüber Feministinnen, denen unterstellt wird, nur bei bestimmten Tätergruppen "aufzuschreien" (eine Anspielung auf die "Brüderle-Affäre" und die Aktion "#aufschrei" von Anne Wizorek von 2013). Die wesentlichen Botschaften der Texte sind nicht die Erlebnisse der Frauen, Sexismus und sexuelle Gewalt als Ausdruck von Machtverhältnissen und wie Sicherheitsbedürfnisse von Frauen gewährleistet werden können. Neben der Polemik gegen den (linken)

"Dass das Empfinden und die Erfahrungen von Frauen kaum eine Rolle spielten, wurde an den Reaktionen der Rechten auf die Kölner Silvesternacht besonders deutlich." Feminismus ging es darum, die Gefährlichkeit der Männer aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum unter Beweis zu stellen und die Notwendigkeit einer rigorosen Asylpolitik deutlich zu machen.

Auch wenn die Vorstellungen der Rechten zu Geschlechterverhältnissen mitunter anachronistisch anmuten, so erhalten sie doch vor dem Hintergrund von Wirtschafts- und Finanzkrise, Arbeitslosigkeit und der sogenannten Flüchtlingskrise eine eigene Dynamik und können z.T. erfolgreich vermittelt werden – nicht zuletzt, weil sie "Vereinfachung" und scheinbar klare Lösungsangebote für krisenhafte Entwicklungen und Verhältnisse versprechen.

Anmerkungen

- https://www.fpoe.at/artikel/fpoe-kicklkoeln-sollte-lichtermeer-in-den-koepfenverursachen/
- http://www.focus.de/politik/experten/ bkelle/schreckliche-taten-in-koeln-sexuellegewalt-gegen-frauen-warum-deraufschrei-gegen-die-taeter-nichtausblieben-darf_id_5189307.html

Autorin

ALEXANDRA WEISS ist Politikwissenschafterin, freie Wissenschafterin, Lektorin und arbeitet im Büro für Gleichstellung und Gender Studies, Universität Innsbruck.

Aktuelle Publikationen: Ein anderes Europa – konkrete Utopien und gesellschaftliche Praxen, Wien: ÖGB-Verlag 2016; Vielfalt oder Ungleichheit? Plädoyer für die Synthese von Umverteilung und Anerkennung. In: Karin Schnebel (Hg.): Europäische Minderheiten im Dilemma zwischen Selbstbestimmung und Integration, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2015. 25-47.

KONSTRUKTIONEN VON MÄNNLICHKEIT UND GEWALT IN DEBATTEN UM "KÖLN"

Paul Scheibelhofer

In den medialen und politischen Debatten rund um die "Silvesternacht in Köln" wurden alte und neue Konstruktionen gefährlich fremder Männlichkeit heraufbeschworen. Diese Männlichkeitskonstruktionen wurden dazu genutzt, Angst zu schüren und Stimmung für restriktive Maßnahmen gegen Geflüchtete zu machen. Tatsächliche Zusammenhänge zwischen Männlichkeit und Gewalt wurden dabei verdeckt.

"Ein kurzer Blick in die Vergangenheit zeigt, dass dies nicht zum ersten Mal passiert. Seit den 1970er Jahren wurden Bilder über gefährlich fremde Männer politisch genutzt, um Restriktionen in der Migrationspolitik durchzusetzen."

Mit "Köln" wird Politik gemacht

Während Frauen, die Männergewalt anklagen, üblicherweise mit Argwohn begegnet wird, haben die Übergriffe von Köln eine beispiellose Welle an Reaktionen hervorgerufen. Kurz nach Silvester war in Köln Tränengas ausverkauft, aus Deutschland und Österreich kamen Berichte über Bars und Schwimmbäder, die Asylwerbern und Männern "nordafrikanischen Aussehens" den Zutritt verweigerten. Bürgerwehren wurden ins Leben gerufen, Polizeipräsenz verstärkt und schließlich wurden politische Maßnahmen wie die weitere Errichtung von Zäunen, erleichterte Abschiebeverfah-

ren und Obergrenzen auch mit Verweis auf den notwendigen Schutz vor einer Welle gefährlich fremder Männer argumentiert. Die Politik hätte diese Verschärfungen wohl auch ohne "Köln" forciert. Denn nach dem "langen Sommer der Migration" 2015, in dem Flüchtlinge das Grenzregime Europas in eine tiefe Krise gestürzt haben und eine Welle der Solidarität entstand, machten sich weite Teile der Politik händeringend daran, wieder Kontrolle über Territorium und Grenzen zu erlangen. Heute sind diese politischen Kräfte wieder im Aufwind und dabei haben ihnen die Debatten um Köln geholfen. Denn sie haben den Boden geschaffen, um die Solidarität mit Geflüchteten und die sogenannte "Willkommenskultur" zu delegitimieren und in der Bevölkerung Zustimmung für restriktive Maßnahmen zu erhalten. Ein kurzer Blick in die Vergangenheit

zeigt, dass dies nicht zum ersten Mal passiert. Seit den 1970er Jahren wurden Bilder über gefährlich fremde Männer politisch genutzt, um Restriktionen in der Migrationspolitik durchzusetzen: von Konstruktionen über rückständige Gastarbeiter über gewalttätige Flüchtlinge aus dem Osten und gefährliche Drogendealer aus Afrika bis hin zu neueren Debatten über fundamentalistische muslimische Männer.² Diese Bilder werden nun wieder aufgegriffen und genutzt, um politische Handlungsmacht zu erlangen.

Die aktuellen Debatten verschleiern die Realität männlicher Gewalt

Die aufgeregten medialen und politischen Debatten nach Köln kreisen rund "Männergewalt gegen Frauen ist nicht erst durch Migration und Flucht zu uns gekommen, sondern ist alltäglich und kommt in allen Bevölkerungsschichten vor"

um die Annahme, es gäbe eine spezifische "arabische Männlichkeit" oder "muslimische Männlichkeit" und dass diese grundsätzlich zur Gewalt neige. Dieses eindimensionale Bild entspricht freilich in keinster Weise der vielfältigen gelebten Realität von Männlichkeit und ihren Widersprüchlichkeiten. Männlichkeit wird nicht durch einen einzigen Aspekt, wie etwa regionale Herkunft oder Religionszugehörigkeit, definiert. Das Bild des gefährlich fremden Mannes verschleiert dabei auch vieles, was wir über die Realität männlicher Gewalt wissen. Männergewalt gegen Frauen ist nicht erst durch Migration und Flucht zu uns gekommen, sondern ist alltäglich und kommt in allen Bevölkerungsschichten vor.3 Obwohl der Großteil der Gewalt von Männern ausgeht, ist es dabei wichtig zu betonen, dass der Großteil der Männer nicht gewalttätig ist. Männer sind also nicht "von Natur aus" gewalttätig und es stellt sich die Frage, welche Bedingungen dazu führen, dass Männlichkeit und Gewalt so eng miteinander verknüpft sind. Die Gewaltforschung zeigt, dass es nicht den einen Faktor gibt, der allein dazu führt, dass Männer gewalttätig werden, sondern, dass die Gründe dafür vielschichtig sind. Doch so unterschiedlich der konkrete

Fall sein mag, muss männliche Gewalt gegenüber Frauen grundsätzlich als eingebettet in ungleiche Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen verstanden werden. Männergewalt ist kein trauriges "Einzelschicksal" oder Ausdruck von "Abnormalität", sondern

"Der Zusammenhang zwischen Männlichkeit und Gewalt ist kompliziert, vielschichtig und sagt viel über weiterhin bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft aus. All das läuft Gefahr, [...] außer Acht gelassen zu werden, wenn ein Bild des "arabischen Mannes" entworfen wird, der aufgrund seiner Herkunft als per se gewalttätig gilt."

eine Facette männlicher Herrschaft. Diese Gewalt wird befördert durch Rollenbilder und Ideologien, die Frauen abwerten, und durch Männlichkeitsbilder, die auf Dominanz und Durchsetzungsfähigkeit abzielen, sowie durch ökonomische, politische und rechtliche Ungleichheiten, die Frauen in Abhängigkeit von Männern bringen.

Der Zusammenhang zwischen Männlichkeit und Gewalt ist kompliziert, vielschichtig und sagt viel über weiterhin bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft aus. All das läuft Gefahr, in der Debatte über Köln außer Acht gelassen zu werden, wenn ein

Bild des "arabischen Mannes" entworfen wird, der aufgrund seiner Herkunft als per se gewalttätig gilt. Bei diesen Männern scheint jede Handlung durch eine übermächtige Kultur oder Religion vorbestimmt, die gleichsam zwingend zu gewalttätiger Männlichkeit führt. In Berichten über "testosterongeladene junge Männer" werden darüber hinaus schon lang überwunden gedachte Bilder von Männern als sexuellen "Druckkochtöpfen" heraufbeschworen, die stets kurz vor der Explosion stünden und dementsprechend gezähmt werden müssen. Viele Erkenntnisse über Männlichkeit und Gewalt werden in diesem Diskurs über Bord geworfen. Eine tatsächliche Auseinandersetzung mit Gewaltdynamiken wird dadurch eher verhindert als befördert.

Nach Köln. Was tun?

Die hier geäußerte Kritik an aktuellen Debatten will nicht das reale Leid von Frauen infrage stellen, die in Köln oder anderswo Gewalt erfahren haben. Genauso wie andere gewalttätige und sexuelle Übergriffe gilt es, diese zu verurteilen und weitere zu verhindern.

Doch in einem großen Teil der Debatten nach Köln wurden Berichte über Gewalt vor allem dazu genutzt, um ein Bild gefährlich fremder Männlichkeit zu kreieren und daraufhin verlockende Lösungsvorschläge zu präsentieren, um sich dieser Gefahr zu entledigen: einsperren, abschieben, ausgrenzen. Auf einmal erscheint es ganz einfach, gewalttätigen Männern mit voller Härte entgegen zu treten und Männergewalt tatsächlich aus unserer Mitte zu entfernen. Aber die propagierten Lösungen erzeugen

selbst vor allem Eines: Gewalt. Gegen geflüchtete Männer, Frauen und Kinder. Sei es durch staatliche Organe an den Grenzen, wie entlang der Balkanroute, oder durch besorgte "Wutbürger", die Flüchtlinge und ihre Unterkünfte attackieren.

In der Auseinandersetzung mit Gewalt und Männlichkeit im Kontext von Flucht und Migration gilt es, den verlockend einfachen Erklärungsmodellen entgegenzutreten und solidarische Alternativen zu erarbeiten. Und so machten etwa Aktivistinnen des Kollektivs #Ausnahmslos nach Köln klar, dass Rassismus keine Lösungen für ein gewaltfreies Miteinander aller hier lebenden Menschen bietet und dass der Kampf gegen Gewalt an Frauen sowohl feministisch als auch antirassistisch sein muss, um tatsächlich emanzipatorisch zu sein. #Ausnahmslos (s. hier im Heft) widersprach den dominanten Konstruktionen gefährlich fremder Männlichkeit und forderte ein, Männergewalt gegen Frauen als gesellschaftliches Problem zu erkennen, das nicht nur einzelne Personengruppen betrifft. Maßnahmen gegen Männergewalt sollten dementsprechend auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen ansetzen und dabei auch die verschiedenen soziokulturellen und institutionellen Ursachen für Männergewalt mit in den Blick nehmen. Dieser Perspektive folgend ist etwas später eine weitere Kampagne unter dem Titel "Nicht mit mir – Männer gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus" (s. hier im Heft) an die Öffentlichkeit getreten. Dort sprechen sich Männer gegen die dominanten Fremdbilder in Köln-Debatten aus und positionieren sich gleich-

zeitig klar solidarisch im Kampf gegen Gewalt an Frauen, was sie auch mit der Forderung nach mehr Täterarbeit sowie Gewaltprävention und geschlechtersensibler Jungenarbeit verbinden.

"Auf einmal erscheint es ganz einfach, gewalttätigen Männern mit voller Härte entgegen zu treten und Männergewalt tatsächlich aus unserer Mitte zu entfernen. Aber die propagierten Lösungen erzeugen selbst vor allem Eines: Gewalt. Gegen geflüchtete Männer, Frauen und Kinder."

Es zeigt sich: Alternativen zu herrschenden Diskursen über die Gewalt fremder Männer zu entwickeln bedeutet auch, die propagierten Trennlinien zwischen "wir" und "sie", zwischen "Verbündeten" und "Gegnern" im Kampf gegen Männergewalt zu überwinden und neue Allianzen zu bilden. Diese Allianzen sollten breit angelegt sein und sie sollten nicht gegen Flüchtlinge sondern mit Flüchtlingen geknüpft werden.

Anmerkungen

- ¹ Bernd Kasparek, Marc Speer: "Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration", Onlineartikel erschienen am 07.09.2015 auf: http://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope
- ² Vgl. Paul Scheibelhofer (2012): "Arbeiter, Kriminelle, Patriarchen. Migrationspolitik und die Konstruktion 'fremder' Männlichkeit", in: Ulrike Brandl, Eva Hausbacher, Elisabeth

Klaus, Ralph Poole, Ingrid Schmutzhart (Hg.): Kann die Migrantin sprechen? Migration und Geschlechterverhältnisse, Wiesbaden: VS Verlag, 61-82.

³ Vgl. "Männer, Gewalt, Geschlechtergleichstellung", in: Nadja Bergmann, Christian Scambor und Elli Scambor (2014): Bewegung im Geschlechterverhältnis? Zur Rolle der Männer in Österreich im europäischen Vergleich, Wien: Lit Verlag, 138-167.

Autor

PAUL SCHEIBELHOFER ist Sozialwissenschaftler und Geschlechterforscher mit Fokus auf kritische Männlichkeitsforschung, Migration und Rassismus. Er lehrt an mehreren Universitäten und war zuletzt Gastprofessor für kritische Männlichkeitsforschung am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck.

Zahl rechtsextremer Handlungen 2015 um 54 Prozent gestiegen

Rechtsextremistisch motivierte Straftaten haben in Österreich im Vorjahr stark zugenommen. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht 2015 des Innenministeriums hervor. "Auffallend" sei nach Angaben des Direktors des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) der "dramatische Anstieg" der Tathandlungen

mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem bzw. rassistischem oder antisemitischem Hintergrund. Diese gingen gegenüber 2014 um 54,1 Prozent von 750 auf 1.156 nach oben. Die Aufklärungsquote stieg von 59,7 auf 65,1 Prozent. Die Asyl- und Flüchtlingsthematik habe im Vorjahr "zu einer deutlichen Entfesselung von fremdenfeindlichen Aggressionen und Ressentiments geführt", heißt es im diesjährigen Verfassungsschutzbericht weiter. "Das betrifft auch

noch kaum bis schwach ideologisierte Personenkreise." Als Tatbeispiele werden Softgun-Attacken, KZ-Drohungen und Schmieraktionen gegen Asylwerberlnnen und ihre Unterkünfte genannt. Das Justizministerium sieht in den Zahlen eine "besorgniserregende und beschämende Entwicklung". Sie zeigen "die kriminelle Spitze des gesellschaftlichen Rechtsrucks, ausgelöst durch die Flüchtlingsdebatte." (orf.at/stories/02.05.2016)

DIE KULTURALISIERUNG VON SEXISMUS UND IHRE KONSEQUENZEN

Oscar Thomas-Olaide

Im Zusammenhang mit der Debatte über die Silvesternacht in Köln ist es zentral aufzudecken, wie die legitime und notwendige Kritik an männlicher sexualisierter Gewalt rassistisch oder mindestens ethnonationalistisch missbraucht und instrumentalisiert wird. Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln müssen wir ohne Nebenbemerkungen und ohne abschwächende Kommentare als brutale, niederträchtige und schauderhafte Manifestation von männlicher Gewalt bezeichnen und aufs Schärfste verurteilen. Wir müssen uns tatsächlich Sorgen machen.

"Wir müssen uns aber nicht deswegen Sorgen machen, weil brutale Formen männlicher sexualisierter Gewalt in unserer Gesellschaft angekommen sind, sondern weil sie eingebettet in kulturellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen seit eh und je und immer noch in der Mitte der Gesellschaft ihren Platz haben."

Wir müssen uns aber nicht deswegen Sorgen machen, weil brutale Formen männlicher sexualisierter Gewalt in unserer Gesellschaft angekommen sind, sondern weil sie eingebettet in kulturellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen seit eh und je und immer noch in der Mitte der Gesellschaft ihren Platz haben. Auch un-

"Unter dem Zeichen der "Angst vor der Bedrohung" ist es leicht, Maßnahmen durchzusetzen, die Flüchtlinge selbst in ihrer Existenz bedrohen."

ter den Vorzeichen der Veränderungen der Gesellschaft durch Migration und Flucht.

Aspekte dieser Debatte

Die Diskussion, die sich nach diesen Ereignissen entfachte, hat meines Erachtens zwei Stränge:

a) Erstens geht es um die Diskussion über die "kulturelle Besonderheit" der sexuellen Gewalt in Köln. Um es überspitzt zu formulieren, geht es also um die Frage, ob diese und andere Manifestationen von Gewalt ein "Novum" sind, das erst mit Migranten und Flüchtlingen "zu uns" kommt. In dieser Diskussion finden wir, was oft kritisch bemerkt wurde: die Konstruktion eines (auch weiblichen, aber vor allem männlichen) vermeintlich emanzipierten und mit den Zielen der Gleichberechtigung und der Rechte der Frauen identifizierten WIR. Das könnten wir die "Kulturalisierung von Sexismus" nennen. Die "Entdeckung des Sexismus der Anderen" wird als Projektionsfläche genutzt, um ein WIR zu konstruieren, das ungebührlich und historisch gedächtnislos die Kämpfe der Frauenbewegungen für sich vereinnahmt und sich als emanzipierte Leitkultur stilisiert. b) Der zweite Strang in der Debatte ist als ein "Kollektiv" bezeichnet werden kann, weil, wer dazu gezählt wird, von Stigmatisierung und Entrechtung betroffen ist. Diese Gruppe wird – um den analytischen Begriff des politischen Denkers Ernesto Laclau zu bemühen als "konstitutives Außen" durch mediale Berichterstattung, öffentliche Debatten und Diskurse konstruiert. Das, was in der Mitte der Gesellschaft nicht angesprochen und angegangen werden kann, wird nach Außen verlagert, bei "anderen" lokalisiert und ins Aus der Gesellschaft symbolisch verbannt. Nicht der Sexismus und die sexuelle Gewalt sind zu thematisieren - so diese Logik - sondern der Sexismus der Anderen. Die Schaffung und die Thematisierung eines Kollektivsubjekts sind hier am Werk.

"Die "Entdeckung des Sexismus der Anderen" wird als Projektionsfläche genutzt, um ein WIR zu konstruieren, das ungebührlich und historisch gedächtnislos die Kämpfe der Frauenbewegungen für sich vereinnahmt und sich als emanzipierte Leitkultur stilisiert."

Die Erschaffung des "arabisch-stämmigen testosterongesteuerten islamistischen und rückständigen Flüchtlings" als Träger von Sexismus und sexueller Gewalt bereitet den Boden vor für Diskurse und politische Maßnahmen, die Flüchtlinge im Allgemeinen und männ-

54 AEP Informationen

die rassistische Belangung einer ganzen

Bevölkerungsgruppe, die nur deswegen

liche Flüchtlinge im Speziellen unter Verdacht stellen und restriktive bis menschenrechtswidrige Restriktionen und Maßnahmen legitimieren. Unter dem Zeichen der "Angst vor der Bedrohung" ist es leicht, Maßnahmen durch-

"Das, was in der Mitte der Gesellschaft nicht angesprochen und angegangen werden kann, wird nach Außen verlagert, bei "anderen" lokalisiert und ins Aus der Gesellschaft symbolisch verbannt."

zusetzen, die Flüchtlinge selbst in ihrer Existenz bedrohen, sie einer strikten und übergriffigen Regulierung unterziehen und sie – entgegen der gängigen Aufforderung zur Integration – an der gesellschaftlichen Teilhabe hindern.

Integration wird zu einem Kontroll- und Ausschließungsregime

In diesem politischen Klima und in einem System, das Menschen quasi wider Willen aufnimmt, um sie gleich als Bedrohung zu definieren, beobachten wir eine konsequente und systematische Praxis der Entrechtung von Flüchtlingen.

Einige Entwicklungen in dieser Richtung sind:

• Die Androhung und Exekution von Sanktionen in Form von Kürzungen der Sozialleistung als Instrument zur Kontrolle. Im neuen sogenannten 50 Punkte-Plan zur Integration wird von der Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge als "pädagogischer Maßnahme" gesprochen. Wenn Entrechtung und Rechtsunsicherheit als notwendige und angemessene "pädagogische Maßnahmen" für eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft angesehen werden, so

stehen wir vor Entwicklungen, die man nur mit Begriffen wie "aktiver Ausgrenzungspolitik" oder "kalkulierte Segregation" besprechen kann.

- Die Novellierung des Asylgesetzes, die für viele Flüchtlinge die Familienzusammenführung radikal erschwert und für viele andere (zum Beispiel für subsidiär Schutzberechtigte) de facto verunmöglicht.
- Die diskutierten und mancherorts auch durchgesetzten grundlosen Kürzungen von Sozialleistungen mit existenzbedrohenden Konsequenzen.
- Die fehlenden strategischen Maßnahmen, die nachhaltig die Inklusion von Flüchtlingen in der Gesellschaft gewährleisten. Hier wären besonders Maßnahmen im Bereich Wohnen und Bildung notwendig.

Autor

OSCAR THOMAS-OLALDE arbeitet beim Diakonie Flüchtlingsdienst in Tirol.



WORKSHOP "POLITISCHE DIMENSIONEN VON CARE"

15. und 16. April 2016, Universität Innsbruck Daniela Schwienbacher und Andrea Urthaler

Etwa 30 Wissenschaftler_innen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz nahmen an dem Workshop "Politische Dimensionen von Care" an der Universität Innsbruck teil, einer Kooperationsveranstaltung der Initiative "CareMachtMehr" und der "Innsbrucker Forschungsnetzwerk Gender Care and Justice"².

Es war der vierte Workshop der Initiativgruppe "CareMachtMehr" nach München, Frankfurt am Main und Basel.

Von der Care-Krise zur Care-Gerechtigkeit – "CareMachtMehr"

2013 ging eine Gruppe von deutschsprachigen Wissenschafter_innen mit einem Care-Manifest an die Öffentlichkeit: "Die Sorge für andere wird für die Betroffenen oft zur Zerreißprobe und die hieraus entstehenden Folgen und Dilemmata sind individuell kaum mehr lösbar." Um der Care-Krise entgegenzuwirken, muss Sorge neu organisiert, neu bewertet und vor allem mehr wertgeschätzt werden. Auch sollen alternative Modelle entwickelt und gesellschaftlich-politische Veränderungsprozesse angestrebt werden. Nur so kann die Care-Krise überwunden und Care-Arbeit gerecht verteilt werden.

"Care und Kapitalismuskritik"

Der Workshop in Innsbruck wurde mit einer Podiumsdiskussion zum Thema "Care und Kapitalismuskritik" eröffnet. Dabei erörterten Julia Dück (Berlin), Ulrike Knobloch (Fribourg) und Birgit Riegraf (Paderborn) die Frage, was zur gegenwärtigen Care-Krise geführt hat, aber auch wie das Zusammenspiel von Staat, Wohlfahrtsverbänden, NGOs, Wirtschaft und Privathaushalten in Zukunft aussehen könnte. Frank Luck (Basel) fragte danach, wie die immer noch einseitige Fixierung auf Frauen in der Care-Diskussion aufgebrochen werden könne. Die Philosophin Cornelia Klinger (Tübingen) wies auf die steigenden Ansprüche an die Qualität von Sorge hin und warnte vor einer Idealisierung der Sorgearbeit in früheren Zeiten.

Ulrike Knobloch (Fribourg) und Ute Gerhard (Frankfurt am Main) zeigten auf, dass Care in doppeltem Sinne als Menschenrecht verstanden werden müsse: als Recht gepflegt zu werden und als Recht zu pflegen. Das sei bereits, so Karin Jurczyk (München), die stärkste Kapitalismuskritik.

"Caring Communities"

Das zweite Panel des Workshops befasste sich mit der Frage, wie Care-Strukturen auf der lokalen und kommunalen Ebene in Richtung "Caring Communities" gestärkt werden könnten und durch welche alternative Modelle der Care-Krise entgegengewirkt werden könnte.

Thomas Klie (Freiburg) plädierte mit seinem Konzept für einen Mix aus Nachbarschaftshilfe, Wahlverwandtschaften, sozialen Netzwerken und Professionellen. Karin Jurczyk (München) stellte ein Projekt, das in der niederbayerischen Kleinstadt Vilsbiburg durchgeführt wurde, und eines aus München vor. Bei beiden Projekten wurde mit lokalen Vertreter_innen aus verschiedenen Care-Bereichen vor Ort

über die aktuelle Care-Situation diskutiert; gemeinsame Anliegen zwischen unterschiedlichen Care-Bereichen sowie zwischen professionellen und ehrenamtlichen Care-Tätigkeitsfeldern wurden herausgearbeitet. Eva Fleischer (Innsbruck) betonte die Handlungsmacht auf kommunaler Ebene und stellte ein aktuelles Projekt "Partizipative Sozialplanung im Sozialsprengel Mieming" vor.

"Care-bezogene Politiken und wohlfahrtsstaatliche Regelungen in Österreich im europäischen Vergleich"

Am Beginn des zweiten Tages standen Fragen zur Struktur der Regulierungen von Care-bezogenen Politiken im österreichischen Sozialstaatsarrangement im Zentrum.

Hildegard Theobald (Vechta) präsentierte einen internationalen Vergleich der Politiken der Langzeitpflege in Österreich, Deutschland und Schweden: Während in Österreich monetäre Transfers an die Pflegebedürftigen überwiegen, fährt Deutschland einen Mittelweg zwischen monetärer Verrechnung und dem Anbieten von Diensten. Schweden hingegen bietet nur Dienste an und investiert mit 3,2 % des BiP die höchste Geldsumme in den Pflegebereich. Trotz grundlegend verschiedener Politiken spielt die Familie in allen drei Ländern eine zentrale Rolle.

Mit ihrem Input "Care Regime als Gender Regime in Österreich" fokussierte Erna Appelt auf die Belastungen, denen Frauen als pflegende Angehörige ausgesetzt sind. In Österreich werden etwa 80% der Personen, die Pflege-



geld beziehen, zu Hause betreut, nur z.T. unterstützt durch mobile Dienste. 70% der pflegenden Angehörigen sind Frauen, wobei v.a. Frauen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und geringem Einkommen häusliche Pflege übernehmen. In Österreich profitiert durch das derzeitige System vor allem die Mittelschicht. Geschlechterhierarchische Strukturen werden nicht aufgehoben. Gudrun Bauer (Wien) erörterte mit ihrem Beitrag. Von irreguläger zu pro-

Gudrun Bauer (Wien) erörterte mit ihrem Beitrag "Von irregulärer zu prekärer Care-Arbeit" den Bereich "24-h-Betreuung". Nach etlichen Jahren der Illegalität wurden diese Arbeitsverhältnisse 2007 durch das Hausbetreuungsgesetz sowie der Schaffung des Berufs der Personenbetreuung legalisiert. Diese Form der Betreuung wird nahezu ausschließlich von ausländischen Frauen übernommen. Das Durchschnittsalter der Betreuungskräfte liegt zwischen 40 und 60 Jahren. Viele der in Österreich tätigen "24 Stunden Betreuer_innen" stammen aus der Slowakei und Rumänien und pendeln im zwei- bis vierwöchigen Takt zwischen Herkunftsland und Arbeitsort (Pendlermigration). Als Vermittler treten häufig Agenturen auf - ein heute kaum zu überschauender Markt. Die Arbeitsbedingungen sind oft prekär, da die Betroffenen fast ausschließlich als Selbständige tätig und damit nicht durch arbeitsrechtliche Regelungen für Unselbständige geschützt sind. Zudem führt diese Form der Pendelmigration oft zu Betreuungsdefiziten in deren Herkunftsländern.

Bernhard Weicht (Innsbruck) ging in seinen Ausführungen besonders auf das Zusammenspiel zwischen Care-Regimen, Migrations- und Gesundheitssystemen im Bereich der institutionellen Pflege ein. Österreich hat und profitiert bis heute von seiner geografischen Nähe zu Ost- und Südeuropa: Nur durch Migration aus wirtschaftlich schlechter gestellten Nachbarländern konnte und kann Österreich den steigenden Pflegebedarf decken. Damit basiert Österreichs Pflegewesen auf transnationalen und ethnischen Ungleichheiten und reproduziert diese durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

"Vernetzung, Austausch und Kontroversen"

Im letzten Panel des Workshops wurde über bestehende Vernetzungen in Österreich, Deutschland und der Schweiz berichtet. Darüber hinaus ging Ute Gerhard auf Initiativen und Aktivitäten in der EU ein. Eva Senghaas-Knobloch (Bremen) berichtete über das ILO-Übereinkommen 189 "Über menschenwürdige Arbeit von Hausangestellten" (2011), welches die rechtliche und faktische Gleichstellung von Hausange-

stellten mit allen anderen Arbeitnehmer innen fordert.

Der Workshop machte deutlich, wie vielschichtig und komplex das Thema Care in gesellschaftliche Strukturen eingebettet ist. Die fast schon unüberschaubaren Facetten von Care und die dementsprechend unterschiedlichen Interpretationen machen es schwer, politische Forderungen zu konkretisieren. Um von der Care-Krise zur Care-Gerechtigkeit zu gelangen, bedarf es auf jeden Fall der Entwicklung weiterer Strategien und Vernetzungen.

Anmerkungen

- ¹ http://care-macht-mehr.com
- https://www.uibk.ac.at/geschlechterforschung

Autorinnen

ANDREA URTHALER ist Historikerin mit den Schwerpunkten Zeitgeschichte und Frauenforschung. DANIELA SCHWIEN-BACHER ist Studierende des Interfakultären Masterstudiums "Gender, Kultur und Sozialer Wandel" in Innsbruck.

FRAUENVERNETZUNGSGRUPPE FÜR BEGEGNUNG UND AUSTAUSCH*

Frauen gemeinsam sind stark

Im Dezember 2014 wurde die "Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch" gegründet, die sich für unterschiedliche Anliegen von Frauen einsetzt.

An der Vernetzungsgruppe beteiligen sich Frauen mit und ohne Migrationsgeschichten, mit und ohne Behinderung, Frauen aus aktionistisch-politischen Gruppierungen, aus Einrichtungen im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich, politischen Parteien, der Gewerkschaft oder der Universität sowie engagierte Einzelpersonen. Finanziell unterstützt und somit in dieser Form ermöglicht wurde dieser Vernetzungsprozess durch das Referat für Frauen, Familien und SeniorInnen der

Stadt Innsbruck und durch das Land Tirol. Die Stärke dieser Vernetzungsgruppe liegt darin, dass erstmals in dieser Breite Frauen aus ganz Tirol mit unterschiedlichen Hintergründen zusammentreffen. Was Frauen sonst oft voneinander trennt beispielsweise der sogenannte "Migrationshintergrund" oder das Tragen eines Kopftuches in einer von Rassismus gekennzeichneten Gesellschaft - ist Ausgangspunkt für die Vernetzungsgruppe. Ein Ziel ist es daher auch, sich gegenseitig zu informieren über die jeweils eigenen Schwerpunkte des Engagements für Frauen und die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen, z.B. von Frauen mit Migrationsgeschichten, lesbischen

Frauen, Frauen mit Behinderungen, ... Inzwischen haben mehr als 13 Treffen stattgefunden, viele gemeinsame Aktionen wurden erarbeitet und durchgeführt. So z.B. Aktionen zum Internationalen Frauentag 2015 und 2016, zum Internationalen Tag gegen Gewalt 2015. Rund um den Internationalen Frauentag 2016 wurde u.a. eine Diskussionsveranstaltung zur "Silvesternacht in Köln" veranstaltet und eine Demonstration organisiert. Die Frauenvernetzungsgruppe verfasste auch Solidaritätsbriefe mit KurdInnen sowie das Manifest "Für eine geschlechtergerechte Berichterstattung in den Medien!" (s. www.aep.at/frauenvernetzung).





Für eine geschlechtergerechte Berichterstattung in den Medien!

Medien und die von ihnen verwendete (Bild-)Sprache spielen eine wichtige Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung. Sprache schafft Realität.

Wir fordern **geschlechtergerechte Sprache** und **Sensibilität bei der Wortwahl.** "Mädchen" z.B. ist kein Schimpfwort ("Der Fußballer schießt wie ein Mädchen…") und Männer, die Gewalt ausüben, sind kein "Sex-Mob" oder "Sittenstrolche".

Schluss mit dem allgegenwärtigen Werbesexismus! Wir fordern eine Kennzeichnung von Fotobearbeitung und Fotomanipulation bei Körperdarstellungen.

Schluss mit einseitigen Darstellungen von z.B. Mädchen und Frauen mit Behinderungen als mitleidsbedürftige Wohltätigkeitsempfängerinnen oder bewundernswerte Heldinnen. Schluss mit der bloßen Nennung des Vornamens, wenn über Frauen mit Behinderungen berichtet wird. Schluss mit der Darstellung von Opfern sexueller Gewalt als Mitschuldige. Schluss mit der Erzeugung von Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen und Musliminnen. Schluss mit islamophoben Zuschreibungen und Gleichungen wie Muslimin = Kopftuchzwang und Terrorismus. Weg mit andauernd negativer und angstschürender Berichterstattung über Islam und Musliminnen und Flüchtlinge. Schluss mit hasserfüllter Sprache und Hetze.

Mehr (Vor-)Bilder von starken, selbstbestimmten und verschiedenen Frauen in der Öffentlichkeit – nicht nur Fokussierung auf reich & schön versus (Unterschicht-) Opfer & namenlos. Mehr (Vor-)Bilder z.B. von starken, selbstbewussten Migrantinnen. Für eine Neubewertung des Nachrichtenwertes: Frauenpolitische Themen müssen auch abseits von wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Zusammenhängen als dringlich erachtet werden. Mädchen und Frauen mit Behinderungen müssen jenseits von "Licht ins Dunkel" Platz in der medialen Berichterstattung finden.

Transparente Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten für Journalistinnen auch z.B. mit Migrationshintergrund und ein deutlicher Anstieg von Frauen in Führungspositionen (Chefredaktion, Herausgeberkreis) von Medienunternehmen statt üblicher Netzwerk strategien von Männern im Gasthaus, beim Jagen und beim Sporteln.

Wir fordern eine **geschlechtersensible Repräsentation von Frauen in all ihrer Vielfalt,** andernfalls Streichung der einschlägigen Fördermittel wie Presse- oder Publizistikförderung. Mit staatlichen Geldern muss mehr **Qualitätsjournalismus** und **Barrierefreiheit** gefördert werden. Untertitelung und Gebärdensprache sollten eine Selbstverständlichkeit sein.

Für eine deutlich emanzipatorische Medienpolitik & eine Förderung kritischer feministischer Berichterstattung.

Impressum:

Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch, c/o Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft - AEP, Schöpfstraße 19, Innsbruck (office@aep.at; www.aep.at). Beteiligte Organisationen, Initiativen, Vereine u.a.: Aktion kritischer Schüler_innen Tirol, Amara - Frauenkomitee der Kurdinnen, Feministische FrauenLesbenVernetzung (Aranea, Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft - AEP, ArchFem, Autonomes FrauenLesbenZentrum Innsbruck - AFLZ, Dowas für Frauen, Frauen aus allen Ländern, Frauen gegen Vergewaltigung, Frauen im Brennpunkt (FiB), Frauenhaus Tirol, Frauenreferat Diözese Innsbruck, kinovi[sie]on, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Verein Netzwerk Geschlechterforschung), Fimmit - Fraueninitiative von Migrantinnen und Musliminnen in Telfs, Grüne Frauen Tirol, Initiative Minderheiten Tirol, Nähcafé Nadelöhr Verein Craftista, ÖGB Region Innsbruck, Ökumenischer Weltgebetstag der Frauen (WGT), SPÖ-Frauen Tirol, Tiroler Landesverband der Gehörlosenvereine, Yeni Kadin / Verein Lilith Innsbruck.

Diskussionsgrundlage für dieses Statement war die Medienpetition der 20000 Frauen (http://zwanzigtausendfrauen.at/).

^{*}Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch · c/o Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft – AEP Schöpfstraße 19, Innsbruck. Mail: office@aep.at



"Diversity" ist in aller Munde! Hinter diesem Begriff stehen die Leitgedanken, dass eine Vielfalt von Identitäten und deren Verbindung mit den komplexen Realitäten und bestehenden Machtverhältnissen besteht, dass eine Sensibilisierung für Diskriminierungen aller Art in ihren Überschneidungen erfolgen muss, sowie dass gesellschaftliche Vielfalt als Potenzial begriffen werden kann. Auch Schulen sind ein Ort gesellschaftlicher Vielfalt, und das Diversity-Konzept hat Eingang in die Pädagogik gefunden. In einer Pädagogik der Vielfalt steht die Anerkennung von Lebensweisen in ihrer Pluralität. Dieser Sammelband ist aus einer Tagung entstanden, in der die Notwendigkeiten des beharrlichen und konti-

Birgit Hoyer (Hg.). Migration und Gender. Bildungschancen durch Diversity-Kompetenz

Budrich Uni-Press Opladen 2015, ISBN 978-3863880910, 243 S., 29,90 Euro

nuierlichen Arbeitens an dem Anspruch "Vielfalt braucht Vielfalt" betont wurde: in wissenschaftlichen Theorien und Methoden, in pädagogischen und didaktischen Konzepten. Und hinter dem etwas sperrigen Titel "Bildungschancen durch Diversity-Kompetenz" finden sich sehr anschauliche und praxisbezogene Beiträge, die sich mit Gender und Migration besonders in Schulen und LehrerInnenausbildung befassen, die alle sehr lesenswert sind. Auf zwei Beiträge möchte ich besonders hinweisen: In dem Beitrag "Geschlechterstereotype in der Bildungssozialisation" wird der Frage nach den Geschlechterunterschieden und ihren Erklärungsansätzen nachgegangen. Warum werden bestimmte Verhaltensweisen und Eigenschaften so stabil als für ein Geschlecht "richtig" oder passend angesehen? Warum werden sie fortwährend reproduziert? Zur Beantwortung dieser Fragen ist das Konzept der (Geschlechter-)Stereotype zentral. Dieses Konzept wird in diesem Beitrag mit Verweisen auf die Forschung zum Inhalt von Geschlechterstereotypen vorgestellt. Diese spielen in der Bildungssozialisation eine bedeutende Rolle und führen dazu, dass Mädchen und Buben, Frauen und Männer ihre Potenziale nicht ausschöpfen (können). Die Schule bietet gute Möglichkeiten, Geschlechterstereotypen entgegen zu wirken. Die AutorInnen verweisen auf das Projekt "Reflect - Genderkompetenz durch Reflexive Koedukation", das an der Universität Wien entwickelt und durchgeführt wurde, und dessen Ziel es war. Genderstereotype bewusst zu machen und abbauen zu helfen. Die Evaluationsergebnisse sprechen klar für die Wirksamkeit des Reflect-Programmes. Das Konzept der Geschlechterstereotype zu verstehen, ist grundlegend für Forschungen über alle Lebensbereiche von Frauen.

In dem lesenswerten und wichtigen Beitrag "Sprechen über Andere" wird unter anderem auf die gesellschaftspolitische Wirkung des verachtenden Sprechens über Muslime und die politische negative Homogenisierung des Islams hingewiesen. Ein solcher konfrontativer Ansatz trägt auf der Seite der derart Adressierten dazu bei, ebenfalls dichotome Muster anzuwenden und einen "antiwestlichen Fremdenhass" zu pflegen.

Das Buch wendet sich an alle im Bildungsbereich Tätigen, es ist für sie lehr- und aufschlussreich.

Monika Jarosch

Johanna Stadlbauer. Mobile Gattinnen. Privilegierte Migration und Geschlechterverhältnisse

Westfälisches Dampfboot Münster 2015, ISBN 978-3896917256, 283 S., 29,90 Euro

Als die Geschlechterverhältnisse noch "in Ordnung" waren, als der in einer heterosexuellen Ehe lebende Mann Familienoberhaupt und -ernährer war, war der Wechsel des Erwerbsorts in ein anderes Land unproblematisch. Die Ehe-

frau folgte mit. Heute, da Erwerbsarbeit auch für Frauen als der zentrale Modus gesellschaftlicher Teilhabe gilt, müssen im Falle der Mobilität Spannungen und Brüche (Stichwort "von der Doppelkarriere zum Alleinernährermodell") auch in Geschlechterverhältnissen verarbeitet werden. Diese Studie befasst sich mit den in einer heterosexuellen Ehe lebenden Frauen, geboren und aufgewachsen innerhalb von Rahmenbedingungen des Globalen Nordens, die gemeinsam mit



ihren Partnern temporäre Auslandsaufenthalte absolvieren, also mit den sogenannten "Expatriate Spouses". Für diese bringt die Migration eine teils vorübergehende, teils dauerhafte Erwerbsarbeitslosigkeit mit sich, ihnen kommt während des Auslandsaufenthaltes die Hauptverantwortung für traditionell "weiblich" konnotierte Sorgearbeiten und die Mobilitätsorganisation zu. Es wird erörtert, welche Wirkungen sich aus der temporären Auslandssituation für die Akteurinnen ergeben und welche Strategien – im Sinne einer "Aneignung von gesellschaftlichen Erfahrungsräumen und Erfahrungsweisen" – sie innerhalb der Rahmenbedingungen entwickeln.

Migrationsforschung befasst sich hauptsächlich mit nicht-privilegierten Formen von Bewegung, auch die Forschungen zur umfangreichen, weltweiten Migration von Frauen fokussieren auf diese nicht-privilegierten Formen, auf die Tätigkeiten von Frauen im Dienstleistungssektor, im Rahmen von Pflegetätigkeiten und in der Sexindustrie. Hier handelt es sich um eine "privilegierte" Migration - im Rahmen der globalisierten Wirtschaftspolitik ist die Migration von "Hochqualifizierten" von großer Bedeutung, wird von Staaten gefördert im Gegensatz zu restriktiven Migrationsregelungen.

Der Begriff "mobile Gattinnen", wie im

Titel die "expatriate spouses" genannt werden, ist mit vielen oft negativen Klischees, Mythen und Stereotypen verbunden. Es ist aber auch ein Hinweis auf die strukturellen Rahmen, die den Betroffenen bestimmte Lebensentwürfe ermöglichen und nahelegen beziehungsweise andere erschweren, und andererseits auf Zuschreibungen, die von ihnen aktiv bewältigt werden. Das Buch beschreibt und analysiert anschaulich und wissenschaftlich fundiert die Begrifflichkeiten von Migration und den Stand der Forschung zu "Expatriates" bzw. wie eine Frau zur "expatriate spouse" wird, ihre Orientierungen und Lebensentwürfe und die schwierigen Begleiterscheinungen, sowie die Abhängigkeiten, die Möglichkeitsversprechen und wie diese eventuell auch genutzt werden, wobei die Frauen durchaus ihre eigene, individuelle Gestaltungskompetenz zeigen. Es macht damit einen bisher wenig thematisierten Bereich der Migrationsforschung über Frauen sichtbar.

Monika Jarosch

Irene Trawöger, Marit Rullmann (Hg.). Welt Weise Frauen. Philosophinnen von der Antike bis zur Neuzeit in Wort und Bild portraitiert

Christel Göttert Verlag 2016, ISBN 978-3-939623-64-9, 209 S. 30,80 Euro

"Und wenn uns die Männer unserer Rechte berauben, müssen wir uns dann nicht beklagen und erklären, dass sie uns Unrecht tun? Denn wenn wir ihnen an Autorität, nicht aber an Verdienst unterlegen sind, so ist dies ein Missbrauch, den sie in die Welt gesetzt haben und der durch sie im Lauf der Zeit ganz normal und legitim geworden ist. Es ist derart üblich geworden, dass das, was sie wollen, als rechtmäßig erscheint und nicht als Anmaßung." Moderata Fonte (1555-1592)

Durch die Jahrtausende das sich wie-

derholende Leid und Lied: Frauen wehren sich gegen männliche Dominanz und ihre politische und soziale Unterordnung. Und als Denkerinnen mit eigenständigem Gedankengut kommen sie im philosophiegeschichtlichen Kanon nicht vor oder wurden schon zu Lebzeiten symbolisch oder auch faktisch umgebracht. Irene Trawöger, geboren in Tirol, lebt als bildende Künstlerin in Wien und ist einer breiteren Öffentlichkeit vor allem mit der Installation Schwarze Weiber bekannt geworden. Vor ungefähr zehn Jahren stieß sie auf

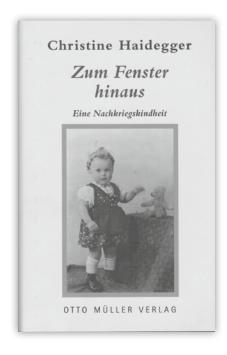


die Publikationen von Marit Rullmann, in welchen die in der abendländischen Geistesgeschichte zumeist unterschlagenen Philosophinnen, Denkerinnen und Wissenschaftlerinnen dargestellt werden (z.B.: Philosophinnen. Von der Antike bis zur Aufklärung / Von der Romantik

bis zur Moderne; Suhrkamp 2000). Und die Künstlerin begann mit der Erstellung großformatiger Porträts von Philosophinnen aller Epochen, die versuchen das Wesen der Portraitierten im jeweiligen historischen Kontext einzufangen; denn auch in der Kunstgeschichte sind die Denkerinnen eine Leerstelle. Im Kontakt mit Rullmann entstand die Idee zu einem Buch, das die Bilder von 22 Philosophinnen mit wissenschaftlich und historisch fundierten kurzen Biografien (u.a. von Marit Rullmann, Brigitte Rauschenbach, Irene Tischler) verbindet. Ergänzt durch Zitate aus den Werken der jeweiligen Denkerin sowie durch so genannte Brückentexte von der philosophischen Märchenerzählerin Margarete Wenzel ergibt dies ein aufwendig gestaltetes Werk (44 Farbdrucke, teilweise seitenübergreifend), das auch für Leserlnnen ohne Vorkenntnisse gut zugänglich ist und neugierig macht. Man bekommt Lust mehr zu wissen und zu lesen von einer Philosophiegeschichte, die vom 7. Jahrhundert vor unserem Zeitalter bis in die 2. Hälfte des 20. Jahrhundert reicht, vor allem von und über (noch) wenig rezipierte Philosophinnen. Wer kennt schon Phemonoe, Moderata Fonte oder Marie de Gournay?

Im einleitenden Essay fragt die Würzburger Philosophin Bettina Schmitz, was denn eine Philosophin – die in der Geschichte als "Mystikerin und Muse, Hetäre und Heilige, bestenfalls als Schriftstellerin "geführt" wurde" - von philosophierenden Männern unterscheide. "Der Titel des Buches hält bereits eine Antwort bereit. Philosophinnen sind Welt Weise Frauen. ... Wir können also, in Richtung männlich geprägte Kultur gedacht, folgern: Während der Philosoph sich als Liebhaber der Weisheit definiert, ist die Frau weise, sie hat ein Wissen angesammelt, von dem wir anderen Erdenbewohner innen nur profitieren können." Ja, holen wir sie zurück ins kollektive Gedächtnis und lesen sie.

Birge Krondorfer



Irene ist klein, aufgeweckt und das Kind einer EVANGELISCHEN DEITSCHEN. Der Vater ist für sie nur ein Gesicht auf einem Foto, doch von MAMA hat sie gelernt, hinzuschauen. Grund genug, um zum Gespött der Leute zu werden? Nachkriegszeit: In diesen Tagen aufrecht durchs Leben zu gehen, heißt, alleine da zustehen.

"Mama erzählt manchmal, wie weit

Christine Haidegger. Zum Fenster hinaus. Eine Nachkriegskindheit

Otto Müller Verlag Salzburg-Wien 2016, Unveränderte Neuauflage der 1. Auflage (Rowohlt 1979), ISBN 978-3-7013-1239-2, 289 S., 21,00 Euro

sie gelaufen ist, ob sie ein Lastwagen mitgenommen hat, wie unfreundlich die Bauern sind und wie müde sie immer ist. Sie schämt sich dieser Bettlerei, obwohl ALLE es tun, die nur irgendwie können. Aber wir haben niemanden, der für uns sorgt, wenn sie es nicht tut." (S. 23) Die Not ist groß. Warum sich alles da-

rum dreht, einen MANN IM HAUS zu haben, obwohl so viele in ihrem Umfeld trinken, zuschlagen oder zu nichts zu gebrauchen sind, ist eine Frage, die im Postfaschismus der 1940er Jahre an Gotteslästerung grenzt. Dass Frauen ihre eigenen Überlebensstrategien entwickeln, reimt sich Irene, die früh lernt, zwischen den Zeilen zu lesen, selbst zusammen.

"Männer muß man AUSNÜTZEN, sagt Frau Auböck immer, die wollen es ja gar nicht anders. Mama redet nie von Männern auf diese Art. Wenn sie zurückkommt, will ich sie fragen. Vielleicht kann sie sich auch ein paar Freunde halten, damit sie nicht so viel arbeiten muss." (S. 90)

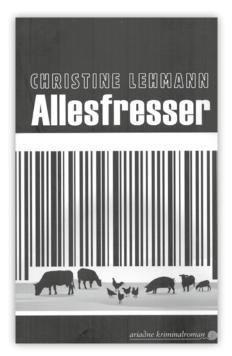
Irene ist klug. Sie hört zu, beobachtet, und mit wem sie wie zu reden hat, weiß sie genau. Sie nimmt Menschen nicht so wahr, wie sie sein sollten, sondern begnügt sich damit, sie so zu sehen, wie sie sind. Ihre Mutter glaubt an GOTT. Irene glaubt an ihre Mama. Und obwohl der Mutter Gott näher ist, als die Welt, setzt sie alles daran, dass es die Tochter einmal zu etwas bringen wird. Nicht zuletzt, weil sie es PAPA versprochen hat. "PASS MIR GUT AUFS DIRNDL AUF, waren seine letzten Worte, und Mama sagt, sie hat das immer sehr ernst genommen und sie wird immer alles tun, was in ihren Kräften steht, für mich, und ich soll mir um sie keine Sorgen machen, sondern lernen und nochmals lernen, soviel ich nur kann. Damit mich später niemand unterdrücken kann, denn DER GEIST IST IMMER FREI Irene, das mußt du dir merken." (S. 218)

Die Zeiten bleiben hart. Damit Irene etwas aus sich machen kann, arbeitet die Mutter noch härter. Auch das Kind strengt sich über die Maßen an. Doch aller Mühsal zum Trotz bleibt GLÜCK

eine Leerstelle und der abwesende Vater die damit verbundene Figur.

stieren scheint. In letzter Konsequenz führt die Autorin aber vor Augen, dass sich ein Kind nicht nur trotzdem auf sich selbst zurückgeworfen fühlen kann, sondern vielleicht genau DESWEGEN. Lesenswert!

Isabella Krainer



Lisa Nerz und Staatsanwalt Richard Weber haben schon einige Abenteuer hinter sich und viel erlebt. In ihrem 12. Lisa-Nerz-Krimi nimmt sich Christine Lehmann – wie jedes Mal – ein besonders brisantes, vieldiskutiertes gesellschaftsrelevantes Thema vor, und fabuliert auf ihre eigene gekonnte Weise. Heute geht es um das Essen – "Allesfresser" (Omnivoren) gegen Veganer: bei dieser Schlacht kommt es schon mal zu einem Mord. Lisa muss in

Christine Lehmann, Allesfresser, Kriminalroman

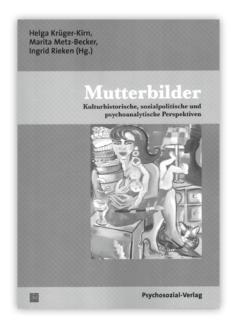
Argument Verlag mit Ariadne Hamburg 2016, ISBN 978-3867542111, 256 S., 12.00 Euro

der veganen Kommune ermitteln: "Im Prinzip mein Ding, mal abgesehen von vegan-ökologisch-regional-und-saisonal, endlich ein Ort, wo ich - antiheteronormativ-queer-identitätslos-und-narbengesichtig - auflaufen konnte, ohne unter Erklärungs- und Bekenntnisdruck gesetzt zu werden. Solange ich kein Leder trug. Aber dieses Einledern war ja auch nur eine Schutzidentität für die Augen anderer gewesen, hinter der ich mein verschnurzeltes Lisa-Ich verbarg." So legt sie die Lederjacke ab und streift sich vegane Schuhe über, von denen sie prompt Blasen kriegt. Nicht nur in die vegane Community und zu den Tierbefreiern begibt sie sich, sondern auch ins Internet und schaufelt in sich hinein, was es da an Argumenten, ExpertInnenwissen und persönlichen Bekenntnissen zum (veganen) Essen so gibt, um eine gewisse Spur zu verfolgen. Nach getaner Auflösungs- und Aufklärungsarbeit wird endlich geheiratet: Lisa wieder in Lederjacke: "Mein Outfit war eigentlich als Blickableiter gedacht: schwarze Jeans mit Rissen und Punkketten, neue Biker-

stiefel mit kantiger Kappe, weißes Shirt mit Love-Herz, dazu die alte Lederjacke." - und ihr Staatsanwalt, wie üblich im gepflegten dreiteiligen Anzug. "Er war der empfindlichste Staatsanwalt, den ich kannte. Beim Anblick von Leichen wurde er ohnmächtig. Deshalb war er Leiter des Dezernats für Wirtschaftsstrafsachen geworden." Ohne Streit mit der Standesbeamtin geht es nicht ab warum darf Lisa nicht als Erste gefragt werden und auch antworten? Nach der Trauung wollen sie essen gehen, was gemäß dem Thema des Romans mit Schwierigkeiten verbunden ist. Lisas erzkatholische Mutter versteht die Welt nicht mehr: "Was ist nur aus der Welt geworden, dass wir uns so sehr vor unserem Essen fürchten müssen?"

Der Krimi ist spannend und bestens geschrieben und macht Lust auch die früheren zu lesen. Und die Leserln spürt, was die Autorin selbst sagt: "Jawoll! Ich schreibe mit Ernst und Leidenschaft, aber auch immer mit einem riesigen Lachen im Hintergrund."

Monika Jarosch



Eine gute Mutter sein – das ist ein Anspruch, den die Gesellschaft an Frauen hat, die sich dazu entschließen, Kinder zu bekommen. Mit diesem Mutterbild schwingen viele Rollenzuschreibungen mit, manche sind widersprüchlich, aber auf jeden Fall schwer zu erfüllen. Es geht um ein traditionelles Familienbild, ebenso wie um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie, die das Leben vieler Frauen bestimmt. Diese heteronormativen Geschlechterbilder prägen unser aller Leben und aus diesem Grund ist es nötig, diese Konstrukte aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. In diesem Band werden kulturhistorische, sozialpolitische und psychoanalytische Theorien zum Thema Mutterbilder diskutiert.

Marita Metz-Becker wählt einen kulturhistorischen Zugang und schreibt im Text "Mythos Mutterschaft" über die Entstehung unseres heutigen Mutterbildes. Im 18. Jahrhundert in Mitteleuropa hatten Frauen eine unabhängige Position in der

Helga Krüger-Kirn, Marita Betz-Becker, Ingrid Rieken (Hg.). Mutterbilder. Kulturhistorische, sozialpolitische und psychoanalytische Perspektiven

Psychosozial-Verlag Gießen 2016, ISBN-13: 978-3837925005, 199 S., 24,90 Euro

Familie; alle Geschäfte im Haus wurden der Frau übertragen, wie zum Beispiel Landwirtschaft, Handwerk oder Gewerbe - eine Trennung zwischen Familienund Arbeitsleben existierte noch nicht. Das Bild änderte sich aber mit Ende des 18. Jahrhunderts, als das Geschlecht naturalisiert wurde und ökonomische. kulturelle und politische Elemente in den Hintergrund gerückt wurden. Mit der Festlegung der weiblichen Bevölkerung auf die biologische Ebene wurde auch ein neues Mutterbild geschaffen, zahlreiche Erziehungsratgeber wurden geschrieben und die Aufgabenbereiche der Frauen immer mehr auf die Familie reduziert. Selbstverständlich konnten sich nicht alle Schichten die Mutterliebe "leisten", aber es war ein bürgerliches Leitbild entstanden, das bis in die Gegenwart hinein wirkt und noch immer in unseren Köpfen existiert.

Mit dem Beitrag "Armut, Familien(leit-) bilder, Geschlechterrollen" wählt Sabine Toppe einen sozialpolitischen Zugang. Soziale Ungleichheit und damit verbundene Armut betreffen viele Menschen und vor allem bestimmte Frauengruppen wie Alleinerzieherinnen und prekär Beschäftigte. Die Autorin verknüpft Armut und Geschlecht, indem sie den Ressourcenansatz kritisiert, der materielle Armut in den Vordergrund rückt. Die Lage ist komplexer und neben mangelnden finanziellen Mitteln sollte auch im Sinne der Lebenslagen-Ansätze die Unterversorgung in Bereichen wie Gesundheit,

Bildung, Erwerbsstatus, Wohnsituation, Freizeitgestaltung etc. berücksichtigt werden. Der Ansatz sollte um die Kategorie Gender erweitert werden, um unterschiedliche soziale Positionen aufgrund des Geschlechts und die damit verbunden Handlungsspielräume sichtbar machen zu können. Familiäre Leitbilder sind auch staatlich verankert. da Sozialleistungen im deutschsprachigen Raum immer mehr abgebaut und privatisiert werden. Die Kleinfamilie als Norm stellt ein Sicherheitsnetz dar, das dem Staat viele Aufgaben abnimmt. Wer aber aus diesem Netz fällt - wie z.B. Alleinerzieherinnen – ist aufgrund fehlender staatlicher Interventionen einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt. Dem vorherrschenden Mutterbild entsprechend fehlen oftmals Kinderbetreuungsplätze, da davon ausgegangen wird, Kinder unter drei Jahren sollten zu Hause von der Mutter betreut werden. Das erschwert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf enorm. Leider sieht es so aus, als ob die neoliberale Politik weitergeführt wird und die öffentliche Erwartung an die Familie weiter steigt, während öffentliche soziale und materielle Leistungen reduziert werden. Diese und weitere spannende Beiträge zeigen auf, wie sehr das Mutterbild zentral in unserer Gesellschaft verankert ist und dass das, was wir oft für "natürlich" halten, nur ein gesellschaftliches Konstrukt ist.

Jasmine Etter



Dieser wissenschaftliche Sammelband beschäftigt sich mit der unterschiedlichen Behandlung des Begriffs "Geschlechterwissen" in den verschiedenen Forschungsfeldern. Die Publikation ist das Ergebnis der Tätigkeiten der Forschungsgruppe "Auto_Biographie — De_Rekonstruktionen" der Interfakultären Forschungsplattform Geschlechterforschung der Universität Innsbruck.

Unterschiedliche Disziplinen kommen in diesem Band zu Wort: Geschichte, historische Theologie und Pastoraltheologie, Medizingeschichte, anglistische,

Maria Heidegger, Nina Kogler, Mathilde Schmitt, Ursula A. Schneider, Annette Steinsiek (Hg.). Sichtbar Unsichtbar. Geschlechterwissen in (auto-)biographischen Texten

Transcript-Verlag Bielefeld 2015, ISBN 978-3837629125, 290 S., 33,99 Euro

germanistische und romanistische Literaturwissenschaft, Kultur- und Sozialwissenschaft.

Das Sichtbarmachen von Frauen und ihren Leistungen ist ein zentrales Anliegen der Frauenforschung seit ihren Anfängen. Doch wie wird das Sichtbargemachte dann auch aufrechterhalten? Und warum ist es notwendig, das Sichtbargemachte zu bewahren? Die Herausgeberinnen erörtern zu Beginn des Sammelbandes, welchen Fragen sich die Wissenschaft dabei stellen muss.

Die insgesamt 17 Aufsätze befassen sich mit verschiedensten Quellen vom 16. bis ins 21. Jahrhundert und konfrontieren diese mit Denkansätzen der Geschlechterforschung. So geht die Historikerin Gabriele Jancke in ihrem Beitrag dem Unsichtbarmachen nach. Sie untersucht die Rezeption der Katharina von Bora hinsichtlich jener Geschichts- und Gesellschaftskonstruktionen, die mit dieser historischen Person vorgenommen wurden. "Selbst die einfachste Grundinformation zu Katharina von Bora – verheiratet mit Martin Luther – zeigt schon deutlich, dass man sie erst gar nicht

in den Blick bekommt ohne eine bestimmte Rezeption und alle sofort damit verknüpften Deutungen" (S. 39). Jancke macht auf das Unsichtbarmachen, also auf das strukturierte Nicht-Nennen, als erstzunehmenden Faktor aufmerksam. Obwohl Katharina von Bora in den von Jancke untersuchten Quellen vordergründig als Hauptthema aufscheint, wurde ihre Bedeutung, meist auf Grund ihres Geschlechtes, gegenüber den "eigentlich relevanten" Tatsachen jeweils als nur marginal dargestellt.

Das Unsichtbarmachen von Frauen dürfte nicht nur bei den von Jancke behandelten Quellen die Regel gewesen sein. Dementsprechend ist es ein Anliegen des Sammelbandes, bisher unbekannte Strategien des absichtlichen Unsichtbarmachens (Weglassens) sichtbar zu machen. Quellen müssen gezielt kritisch hinsichtlich Geschlechternormen und -hierarchien hinterfragt werden. Der Sammelband bietet insgesamt ein facettenreiches Bild: in der Bandbreite der Disziplinen, der Auswahl der Themen und des zeitlichen Horizonts.

Andrea Urthaler

Isabella Breier, Helga Pregetsbauer (Hg.). Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die SCHNAUZE voll

Edition fabrik.transit Wien 2016, ISBN-13: 978-3950406801, 116 S. 8,00 Euro

"Wir sind Frauen, wir sind viele, wir haben die Schnauze voll!" Dieser berühmte Satz der Frauenbewegung der 70er Jahre soll auf die Probleme und Lebenswirklichkeiten von Mädchen und Frauen aufmerksam machen. Heute – einige Jahrzehnte später – ist das Thema leider immer noch nicht vom

Tisch. Einige Autorinnen haben sich zusammengeschlossen und dieses Buch zum Frauentag 2015 herausgebracht, sich Raum genommen, um über Themen zu schreiben, die ihnen am Herzen liegen.

Im ersten Text fragt sich Ilse Kilic beispielsweise, ob das Y verbrannt werden solle. Sie versucht dabei den Geschlechterbegriff zu bestimmen und sinniert über feministische Texte, was sie zu folgendem Schluss bringt: "Und ich bin Feministin und sage: Lasst uns das Leben schreiben, damit es sich verändert." In Eva Schörkhubers "Quecksilbertage" – einem Auszug aus ihrem



gleichnamigen Roman - geht es um eine junge Frau, die durch Wien geht, die Stadt auf sich wirken lässt und sich Gedanken über verschiedene Themen macht. Sie stößt dabei auf ein Mahnmal mit der Inschrift "Den Opfern und Kämpfern gegen faschistische Gewaltherrschaft, Rassenhass und Krieg" und fragt sich dabei, wer diese Menschen wohl gewesen sind. Sie denkt, dass auch sie eine ist, die dagegen ist, eine, die ihren Überzeugungen folgt, nur nicht so heldenhaft. Annett Krendlesberger thematisiert in ihrer Erzählung "Ziellos" Körpernormen, die unsere Gesellschaft bestimmen und oftmals mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Im Mittelpunkt ihrer Geschichte steht Anne, die eben jenen Körpernormen nicht entspricht. Ihre Geschwister beschreiben sie abwertend als dick, ihr Gesicht als rund und unrein. Bewegung und weniger Essen sollen Annes Probleme lösen und sie mehr zu dem machen, was ihre Geschwister und die Gesellschaft sich von ihr erwarten.

So unterschiedlich die Texte auch sind, haben sie doch eines gemeinsam. Sie wollen aufmerksam machen, zum Nachdenken anregen und inspirieren zu wilden feministischen Taten.

Jasmine Etter

Corinne Rufli. Seit dieser Nacht war ich wie verzaubert. Frauenliebende Frauen über siebzig erzählen

Verlag Hier und Jetzt, Baden/CH 2015, ISBN 978-3039193523, 256 S., 35,00 Euro

Corinne Rufli ist es gelungen, elf Frauen ausfindig zu machen, die inzwischen über 70 und bereit sind, auf ihr Leben zurückzublicken: auf ihre Kindheit und Jugend in den 1950er Jahren, die Schulzeit, die Pfadfindergruppe. In sehr offener und berührender Weise erzählen diese Frauen von ihrem Heranwachsen in einer stark von gesellschaftlichen Zwängen geprägten Zeit, von ihren oft sehr beklemmenden familiären Verhältnissen, der erstickenden Enge in Dörfern und Kleinstädten, und der Unmöglichkeit als Frau ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Es gab kaum Alternativen, es war für eine Frau nahezu unmöglich, nicht zu heiraten und keine Kinder zu bekommen. Diese elf Frauen, die sehr unterschiedliche Sozialisationen und Hintergründe haben, berichten darüber, wie es für sie war, als sie erkannten, dass sie Frauen liebten. Die Volksschullehrerin oder die Hebamme im Heim für ledige Mütter, die sie zwar sehr verehrten, sich aber gleichzeitig unheimlich davor fürchteten. entdeckt zu werden. Und vor allem dieses

Gefühl, etwas stimme nicht mit ihnen. Die ersten schüchternen Versuche, zu Frauenveranstaltungen zu gehen. Viele Frauen verwendeten damals Pseudonyme, um nur ja nicht entdeckt zu werden. Manche haben sich aber auch politisiert und sind zu Aktivistinnen geworden. Livia Tresch (geb. 1933) wuchs im Kanton Uri bei Pflegeeltern auf und war statt mit Liebe früh mit Sexualität konfrontiert. Mit fünfzehn wurde sie von zu Hause weggejagt und kämpfte sich fortan allein durchs Leben. In den 1950er- und 1960er-Jahren erkundete sie das lesbische Leben in Zürich. Aus dem Bauerndoggel wurde eine begabte Fotografin mit eigenem Geschäft. Hinter Livias grober Sprache steckt eine sensible und seltene "Pflanze", wie sie sich selber nennt. Olga Schmid (geb. 1941) sagt: "Ich wurde zum Glück nie in eine Schublade gesteckt" und weiter: "Ich mag klassische Musik, meinen Sportwagen, die Zweitwohnung in der Zürcher Altstadt und meine guirlige Hündin. Ich wuchs mit sechs Geschwistern in der Innerschweiz auf und besuchte eine Klo-



sterschule. Die stete Warnung der Mutter mich nicht mit Männern einzulassen, fand bei mir Gehör."

Das Buch ist in gesprochener Sprache verfasst: Die Autorin verwendet die Interviews, die sie mit diesen Frauen geführt hat. Das macht das Buch und die Geschichten, die darin erzählt werden, besonders lebendig und persönlich. Ein Schweizerdeutsch/Deutsches Glossar am Ende des Buches ist für die österreichische Leserin sehr hilfreich.

Gerti Eder



"Es ist höchste Zeit, unsere Naivität gegenüber der Bedeutung von Sprache in der Politik abzulegen, weil in politischen Debatten nicht Fakten an und für sich entscheidend sind, sondern gedankliche

Elisabeth Wehling. Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet — und daraus Politik macht

Halem Verlag Köln, edition medienpraxis 2015, ISBN 978-3869622088222 S., 21.00 Euro

Deutungsrahmen, in der kognitiven Wissenschaft ,Frames' genannt," meint die Autorin. Diese gedanklichen Deutungsrahmen in uns selbst verleihen den Fakten erst eine Bedeutung, sie bewerten und interpretieren die Fakten, sie leiten unser Denken und Handeln an, ohne dass wir es merken. Und sie manipulieren, richten unsere Bewertungen und Deutungen in bestimmte Richtungen. Das Buch gibt eine Einführung in die Grundlagen politischen Framings und analysiert einige der gängigsten und augenfälligsten Frames unserer politischen Debatten. So unter anderen - ganz aktuell - zum Thema "Zuwanderung und Asyl". Wenn von Notstand, Krise, Strom, Welle, Tsunami, "das Boot ist voll" gesprochen wird, arbeitet

die Autorin heraus, was solche Worte bei uns bewirken, wie sie uns beeinflussen und wie sie unser Denken und Sprechen beherrschen und damit die Politik bestimmen. Durch die Schlüsselwörter von Notstand, Krise, Strom, Welle, Tsunami, "das Boot ist voll" "wird den Themen ein Frame verpasst, der sie den dominierenden Interessen gefügig macht", schreibt Erhard Eppler in seinem Vorwort. Es reicht nicht, diesen Worten zu widersprechen, damit werden Deutungsmuster nur verstärkt. Es geht letztendlich um die Frage, wie eine Sprache gefunden wird, die andere Werte und Wahrheiten begreifbar macht. Ein faszinierendes Buch, dem ich viele Leserlnnen wünsche.

Monika Jarosch

Elke Sanders, Ulli Jentsch, Felix Hansen. "Deutschland treibt sich ab" – Organisierter "Lebensschutz", christlicher Fundamentalismus und Antisemitismus

Unrast Verlag Münster 2014, unrast transparent, ISBN 978-3897711211, 98 S., 7.80 Euro

In der verdienstvollen Reihe "unrast transparent" sind schon einige Bücher erschienen, die einen kurzen Überblick über ein Thema geben ohne sich in große theoretische Erörterungen zu begeben. So informiert auch dieser Band über die sogenannten "LebensschützerInnen" in all ihren Organisationsformen, ihren Aktionsformen und - ganz wichtig - ihren Begrifflichkeiten. Die Bewegung ist einig in der Ablehnung aller Lebensmodelle, die nicht der heterosexuellen Ehe mit vielen Kindern entsprechen. Sie wähnen verschwörerisch eine Elite aus Feminist_innen und Linken an der Macht. Sie sorgen sich um die demographische Krise und gehen Allianzen mit extrem rechten

Akteurelnnenn ein, die rassistisch und Holocaust-relativierend argumentieren. Ihre Argumentationen beruhen auf einem zutieftst fundamentalistischen christlichen Weltbild und offenbaren anti-moderne, anti-aufklärerische und vor allem antidemokratische Einstellungen. Doch ist die Bewegung heterogen. Es ist wie die AutorInnen nachweisen eine politische und religiöse Bewegung, die Anschluss an breite konservative und antimuslimisch-rassistische Strömungen sucht und findet, und die ihren AnhängerInnen damit auch eine soziale Sinnstiftung bietet.

Das Buch bietet Anstöße für eine differenzierte, realitätsgeprüfte Auseinan-



dersetzung mit dem Thema Abtreibung und stärkt feministische und antifaschistische Positionen. Sehr lesenswert!

Monika Jarosch



Das geschlechtliche Selbsterleben als wesentliches Merkmal menschlicher Identität läuft oftmals der Vorstellung

Conrad Krannich. Geschlecht als Gabe und Aufgabe. Intersexualität aus theologischer Perspektive

Psychosozial-Verlag Gießen 2016, ISSN 2367-2420, 79 S., 16,90 Euro

einer bipolaren Geschlechterordnung zuwider. Intersexualität steht quer zu dieser sozialen Geschlechterkonstruktion, die nicht nur in der christlichtheologischen Anthropologie oft als unhinterfragte Leitdifferenz vertreten wird. In seiner Argumentation beruft sich der Autor auf Judith Butler, sie zeige, in welchem Maße die geschlechtliche Nichteindeutigkeit nicht auf einer natürlichen Andersartigkeit beruhe. Intersex verweise auf eine grundsätzlich hinterfragbare, vereinfachende Wirklichkeitssicht, die auch in vielen theologischen Systemen noch immer als selbstevident in Anspruch genommen wird. Und so versucht er, ein nicht-genuin theologisches Phänomen theologisch zur Sprache zu bringen. von Ausgehend medizinisch-biologischen sowie sozialen Aspekten von Intersex wirft Conrad Krannich grundlegende Fragen für die theologische Anthropologie und Ethik auf. Mithilfe klassisch-theologischer Denkfiguren legt er den Konstruktionscharakter der geschaffenen Wirklichkeit offen und ermöglicht so ein Verständnis für die Ambivalenz und Mehrdeutigkeit sexueller Identität. Damit ist auch der Weg zu einem angstfreien Umgang mit den Vieldeutigkeiten menschlicher Existenz eröffnet.

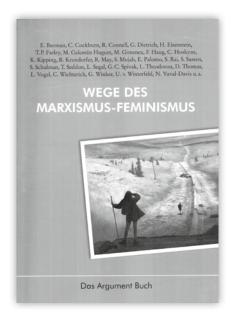
(http://www.psychosozial-verlag.de/ catalog/product_info.php/products_ id/2544, M.J.)

Frigga Haug (Hg.) Wege des Marxismus-Feminismus

Argument Verlag mit Ariadne Hamburg 2016, ISBN 978-3867540506, 352 S., 26,90 Euro

Dem Marxismus geht es in Theorie und Praxis darum, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Karl Marx, 1841, in der Einleitung zur Hegelschen Rechtsphilosophie). Das spricht auch jede Feministin an, die sich gesellschaftsverändernden Strategien verbunden fühlt. Doch ist die Verbindung Feminismus und Marxismus von großen Spannungen getragen, da Feministinnen fanden, dass in der Theorie von Marx und Engels und der ihnen folgenden marxistischen Theoretiker die Erniedrigung, Knechtung, Verlassenheit und der würdelose Status der Frauen keine Rolle spielen. Stichworte dazu sind der sogenannte Nebenwiderspruch und auch die "Hausarbeitsdebatte". Es wurden und werden Wege gesucht, die Theorien und Strategien zu vereinigen, auch angesichts der sich durchsetzenden Erkenntnis, dass die verschiedenen miteinander verknüpften gesellschaftlichen, klassenmäßigen, ethnischen und anderen Differenzen und die aus ihnen resultierenden Unterdrückungsformen prinzipiell gleichrangig sind.

In einem internationalen Kongress "Die Kraft der Kritik: Wege des Marxismus-Feminismus" in Berlin (März 2015) wurde zum Stand des Marxismus-Feminismus diskutiert und viele Beiträge finden sich im vorliegenden Sammelband. Frigga Haug: "Marxismus-Feminismus ist geprägt durch die



Anstrengung der 'feministischen Revolution', Eingang in den Marxismus zu erkämpfen und zu erarbeiten. Der Widerstand dagegen zwingt ihm zunächst eine gegensätzliche, polemische Form auf. Ziel der feministischen Revolution ist die Befreiung der Frauen von männ-

licher Herrschaft und der erst so mögliche Umbau der Gesellschaft zu einer solidarischen".

So finden sich in dem Sammelband Beiträge zu Entwicklungen, neuen Entwürfen und vielfältigen Positionen rund um Marxismus-Feminismus. Frigga Haugs These "Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse" weist auf die geschlechtsspezifische Teilung der gesellschaftlichen Arbeitsbereiche sowie ihre hierarchische Anordnung hin, die bis heute die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen zur Folge haben. Im Bereich der Arbeit am Menschen, der Erziehung, der Gesundheit, der Ernährung, der Pflege sind vor allem Frauen tätig, un- und unterbezahlt und oft gering geschätzt. In dieser Rolle werden Frauen zu einer gesellschaftlich unbedeutenden Randgröße ohne

öffentlichen Einfluss. Tove Soiland argumentiert u.a., dass das vorherrschende Verständnis von Geschlechterverhältnissen als Problem von Geschlechternormen, von Rollenverhalten und Geschlechterstereotypen den Blick auf das Verhältnis von Ökonomie und Geschlecht verunmögliche. Und Katja Kipling meint: "Die beiden Herrschaftsverhältnisse, den Kapitalismus und das Patriarchat als zwei unabhängig voneinander bestehende Formen der Ausbeutung und Unterdrückung zu analysieren, macht wenig Sinn, sind die Verschränkungen doch zu offensichtlich".

Der Band versammelt theoretische Analysen und praktische Appelle zahlreicher mutiger und engagierter marxistischer Feministinnen und feministischer Marxistinnen. Es werden vielseitige Wege des Marxismus-Feminismus nachge-

zeichnet, postkoloniale Ausgangspunkte eingenommen, intersektionale und internationale Perspektiven hervorgehoben, immer in einer Rückbesinnung auf feministische und marxistische Kämpfe und Diskurse. Selbstverständlich ist hier viel Theorie zu finden, viel Analyse und doch: was erreicht werden soll und wie, das strahlt immer wieder durch. Schlagwort "Care": Warum ist es notwendig oder nicht notwendig, heute eine "Care-Revolution" zu fordern statt "Lohn für Hausarbeit"? Gabriele Winker meint, die Care-Revolution betone den Erkenntnissen feministischer Politik folgend – die grundlegende Bedeutung der Sorgearbeit und ziele darauf ab, das gesellschaftliche Zusammenleben ausgehend von menschlichen Bedürfnissen zu gestalten.

Monika Jarosch

Parallelregierung der Frauen tagt

Seit sich die schwarzblaue Landesregierung in OÖ im Oktober 2015 ohne Frauen konstituierte, wollten oberösterreichische Frauen eine Frauenquote von null Prozent nicht hinnehmen und formierten eine "Frauenregierung". Unmittelbar vor jeder offiziellen Sitzung des OÖ. Landtags inszenieren sie eine "Parallelsitzung". "Demokratie braucht Freiheit, braucht Frauen" war das Motto der Sitzung am 7. April. Begonnen haben sie als lose Gruppierung engagierter Frauen unmittelbar nach der Angelobung der schwarzblauen Regierung. Damals belegten sie die Zuschauerräume und äußerten lautstark ihren Unmut. Federführend ist dabei das Bündnis 8. März – ein bunter Zusammenschluss von 31 Frauenorganisationen, darunter Frauen der Oppositionsparteien (SPÖ, Grüne und Neos), aber auch Migrantinnenorganisationen, katholische und evangelische Frauenverbände, autonome Frauenzentren, Kulturinitiativen und Bildungseinrichtungen. Gemeinsam mit der überparteilichen Initiative #OhneUnsVielSpaß protestieren sie gegen die frauenlose Landesregierung. "Wann immer ein Podium oder Gremium ohne Frau besetzt ist, werden wir lästig und machen darauf aufmerksam, dass fähige Frauen nicht ignoriert werden dürfen", sagt Silja Kempinger von #OhneUnsVielSpaß. Die Parallelregierung wird so lange tagen, bis Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit auch in Oberösterreich Einzug halten. Die nächste Sitzung findet am 12. Mai, wiederum vor dem Landhaus in Linz, statt. (dieStandard.at, 7.4.2016)

"Marsch der Schlampen" als Protest gegen sexuelle Gewalt in Israel

Mit einem "Schlampenmarsch" haben in Jerusalem knapp 300 Frauen gegen sexuelle Belästigung und Gewalt demonstriert. Zum Teil spärlich bekleidet protestierten sie auch gegen eine Anordnung der Polizei, in diesem Jahr nicht barbusig auf die Straße zu gehen. "Die Polizei hat den Umzug erlaubt, aber sie hat uns zahlreiche neue Restriktionen auferlegt", sagte Tamar Ben David, eine der Organisatorinnen des SlutWalk. Ihre Botschaft: "dass unsere Körper uns gehören und wir mit ihnen machen können, was wir wollen". Im Gegensatz zur israelischen Hafenstadt Tel Aviv, die als eine der liberalsten Städte der Welt gilt, ist Jerusalem eine konservative Stadt mit vielen streng religiösen Bewohnern, egal ob jüdisch-orthodox, muslimisch oder christlich. Der "SlutWalk" wurde erstmals 2011 in Kanada organisiert, nachdem ein Polizist aus Toronto gesagt hatte, Frauen die sich "wie Schlampen" kleideten, hätten es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie sexuell belästigt würden. Nach dem ersten "SlutWalk" in Kanada folgten ähnliche Proteste in den USA, Europa, Südafrika und Australien. (APA, 13.5.2016)

NEUE BÜCHER ZU MIGRATION UND FLUCHT IN DER AEP-FRAUENBIBLIOTHEK

Eine kleine Auswahl aus dem umfassenden Angebot

Achaleke, Beatrice. Vielfalt statt Einfalt. Wo ich herkomme, 2011.

Ali, Zahra (Hg.). Islamische Feminismen, 2014.

Apitzsch, Ursula; Schmidbauer, Marianne. Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen, 2010.

Appelt, Erna. Demokratie und das Fremde, 2001.

Arabi, Yalla; Frauenakademie München (Hg.). Der Aufstand der Frauen in der arabischen Welt, 2013.

Arndt, Susan; Ofuatey-Alazard, Nadja. Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, 2011.

Arsel, Ithan. Frauen sind eure Äcker. Frauen im islamischen Recht, 2012.

Atac, Ilker; Fanizadeh, Michael; Kraler, Albert (Hg.). Migration und Entwicklung. Neue Perspektiven, 2014.

Aubele, Edeltraud; Piere, Gabriele. Femina Migrans. Frauen in Migrationsprozessen (18. bis 20. Jahrhundert), 2011.

Bachinger, Eva Maria; Schenk, Martin. Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung, 2012.

Baghadi, Nadia. Und plötzlich bist du DIE Muslimin. Migrantinnen zwischen Karrieresprung und Ausschlusserfahrung, 2012.

Benedik, Stefan; Tiefenbacher, Barbara; Zettelbauer, Heidrun. Die imaginierte Bettlerflut. Temporäre Migrationen von Roma/Romnija. Konstrukte und Positionen, 2013.

Diehm, Isabell; Messerschmidt, Astrid (Hg.). Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft. Das Geschlecht der Migration, 2013.

Fanon, Frantz. Schwarze Haut, weiße Masken, 2013.

Freiburger Geschlechter Studien. Migration, Mobilität, Geschlecht, 2011.

Gamper, Markus. Islamischer Feminismus in Deutschland? Religiosität, Identität und Gender in muslimischen Frauenvereinen, 2011

Gstir, Johann; Olalde, Oscar; Egger, Johanna Maria. VIELFALT daheim IN TIROL. Fakten-Kunst-Positionen zu Migration und Integration in Tirol, 2011.

Gürsel, Duygu; Cetin, Zülfukar (Hg.). Wer MACHT Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen,

Hafez, Farid (Hg.). Jahrbuch für Islamophobieforschung 2011. Deutschland, Österreich, Schweiz, 2011.

Haidinger, Bettina. Hausfrau für zwei Länder sein. Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts, 2013.

Harrer, Gudrun. Nahöstlicher Irrgarten. Analysen abseits des Mainstreams, 2014.

Hartmann, Anita; Prüshoff, Heike (Hg.). Das Herz an zwei Orten. Frauen erzählen von Flucht und Neuanfang, 2016.

Hausbacher, Eva; Klaus, Elisabeth; Poole, Ralph (Hg.). Migration und Geschlechterverhältnisse. Kann die Migrantin sprechen? 2012.

Hoyer, Birgit. Migration und Gender. Bildungschancen, 2015.

Ihring, Isabelle. Weibliche Genitalbeschneidung im Kontext von Migration, 2015.

Koch, Elisabeth; Ratkovic, Viktorija; Saringer, Manuela. Gastarbeiterinnen in Kärnten. Arbeitsmigration in Medien und persönlichen Erinnerungen, 2013.

Kramer, Regine. Frauenspezifische Fluchtgründe im österreichischen Asylrecht, 2009

Lünenborg, Margreth; Fritsche, Katharina; Bach, Annika. Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption, 2011.

Markom, Christa. Rassismus aus der Mitte. Die soziale Konstruktion der Anderen in Österreich, 2014.

Masrar, Sineb El. Emanzipation im Islam. Eine Abrechnung mit ihren Feinden, 2016.

McPherson, Annika; Paul, Barbara; Pritsch, Sylvia (Hg.). Wanderungen. Migrationen und Transformationen aus geschlechterwissenschaftlichen Perspektiven, 2013.

Özbas, Ali; Hainzl, Joachim; Özbas, Handan (Hg.). 50 Jahre türkische GAST(?)ARBEIT in Österreich. Wissenschaftliche Analysen. Lebensgeschichten, 2014.

Rosenberger, Sieglinde (Hg.). Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus, 2010.

Scholz, Nina; Libisch, Moni; Mansour, Ahmad (Hg.). Gewalt im Namen der Ehre, 2014.

Sova, Renate; Sova, Ursula; Duit, Folgert (Hg.). Dorthin kann ich nicht zurück. Flüchtlinge erzählen, 2012.

Stadlbauer, Johanna. Mobile Gattinnen. Privilegierte Migration und Geschlechterverhältnisse, 2015.

Stöllner, Veronika. Die Situation von Migrantinnen als Betroffene von familiärer Gewalt, 2011.

Strasser, Sabine; Holzleithner, Elisabeth (Hg). Multikulturalismus queer gelesen. Zwangsheirat und gleichgeschlechtliche Ehe in pluralen Gesellschaften, 2010.

Stuiber, Petra. Kopftuchfrauen. Ein Stück Stoff, das aufregt, 2014.

Wilhelm, Gülcin. Generation Koffer. Die zurückgelassenen Kinder, 2011.

Zisterer, Monika. Verschleierungen. Gespräche über das Kopftuch, 2014.

Lehrmaterialien zu Migration und Flucht

Autor*innen Kollektiv. Rassismuskritischer Leitfaden. Zur Reflexion bestehender und Erstellung neuer didaktischer Lehr- und Lernmaterialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zu Schwarzsein, Afrika und afrikanischer Diaspora, 2015. Chitsazan, Alexander; Bell, Christina; Barlow, Maude. Von Nord- nach Südkorea. Was nach der Flucht zum Feind kommt, 2015.

Ecker, Alois; Edel, Klaus; Paireder, Bettina. Asyl & Migration, 2014.

Emprechtinger, Magdalena; Hefel, Hildegard; Henökl-Mbwisi, Birgit. Vom Kommen und Gehen. Migration von und nach Österreich, 2012.

Frketic, Vlatka. Politische Bildung für Migrantinnen. Eine Studie aus der Praxis für Lernzentren für Migrantinnen, 2011.

Leonhardsberger, Reinhard; Obermeir, Johannes. Integration, 2013.

Lichtblau, Albert; Ecker, Maria. Ein Mensch ist ein Mensch. Rassismus, Antisemitismus und sonst noch was, 2012.

Mappes-Niediek, Norbert. Arme Roma, böse Zigeuner. Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt, 2012.

UNHCR-Büro Österreich; Österreichischer Integrationsfonds. Aufbrechen, Ankommen, Bleiben, 2015.

Verein Land der Menschen. Sichtweisen, 2012.

Wisinger, Marion. Da mach' ich nicht mit! Argumente gegen rechte Sprüche, 2015.

Wisinger, Marion. Das sind unsere Rechte! Elf Geschichten über Menschenrechte, 2012.

Wisinger, Marion. Jedes Mal anders. Sieben Geschichten über interkulturelle Begegnungen, 2013.

Zentrum polis. Politik Lernen in der Schule. Flucht und Asyl, 2015.

Unter http://www.biblioweb.at/frauenbibliothek und www.innsbook.at können Sie online in unserem Bestand stöbern.



Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck office@aep.at, bibliothek@aep.at informationen@aep.at familienberatung@aep.at Tel. 0512/583698, Fax 0512/583698 www.aep.at

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Unterstützen Sie den 320 und werden Sie Mitglied in einem der ältesten Frauenvereine Österreichs.

Für 25 Euro pro Jahr sind Sie ordentliches Mitglied des **3ep** und können unser umfassendes Angebot nutzen: Seit 1974 betreibt der **3ep** eine **Frauen- und Familienberatung** und gibt die **Zeitschrift 3ep informationen**, feministische zeitschrift für politik und gesellschaft heraus, die Sie mit einer Mitgliedschaft gratis beziehen (4x im Jahr).

Sie erhalten in Abständen einen **Newsletter,** der Sie über feministische Neuigkeiten und Veranstaltungen informiert, und Sie können das **Angebot feministischer Bildungsveranstaltungen** im **320** nutzen.

Überdies betreiben wir seit 1979 eine **Bibliothek,** in der Sie als Mitglied kostenlos Bücher aus dem umfassenden Bestand an Belletristik, Frauen und Politik, Feministische Wissenschaft, Beruf und Familie, Biographien etc. ausleihen können.

Die **BEP informationen** – feministische zeitschrift für politik und gesellschaft gibt es in folgenden Buchhandlungen:

Buchhandlung Alex, Hauptplatz 21, A-4020 Linz · Fachbuchhandlung ÖGB, Rathausstraße 21, A-1010 Wien,

Buchhandlung ChickLit-Verein zur Förderung feministischer Projekte, Kleeblattgasse 7, 1010 Wien,

Liber Wiederin, Erlerstraße 6, A-6020 Innsbruck · Tyrolia Buchhandlung, Maria-Theresienstr. 15, A-6020 Innsbruck

AEP FAMILIENBERATUNG INNSBRUCK

WIR BERATEN SIE: in allen sozialen und rechtlichen Fragen des Mutterschutzes, in Fragen der Familienplanung, Empfängnisverhütung und Kinderwunsch, bei Schwangerschaftskonflikten und ungewollten Schwangerschaften, bei Partnerschaftskonflikten und Sexualproblemen. PSYCHOLOGISCHE BERATUNG UND PAARBERATUNG: Drei Psychologinnen helfen Ihnen, Ehekrisen und Partnerschaftskonflikte anzugehen und zu bearbeiten; ebenso allgemeine Lebenskrisen, Neuorientierung nach einem einschneidenden Erlebnis oder Ablösungsprozesse kreativ zu bewältigen.

RECHTSBERATUNG: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, unverbindlich und kostenlos mit einer Juristin über Ihre rechtlichen Angelegenheiten wie Scheidung, Unterhaltsfragen, Rechte der Frau in der Ehe, Sorgerecht für die Kinder, Besuchsregelung usw. zu sprechen.

DAS BERATUNGSTEAM: • eine Sozialarbeiterin • drei Psychologinnen • eine Juristin • eine Gynäkologin

BERATUNGSZEITEN: Mo 16.00-19.00 Uhr, Di 17.00-19.00 Uhr, Do und Fr 9.00-12.00 Uhr Telefon: 0512/57 37 98 - Fax: 0512/57 37 98

ÖFFENTLICHE FRAUENBIBLIOTHEK AEP

IBAN: AT 592050300200101061, BIC: SPIHAT22HF

Feministische Literatur, Bücher zu Partnerschaft, Berufswelt, Erziehung, Geschlechterverhältnisse, Belletristik, etc. **ÖFFNUNGSZEITEN:** Mo 16.30–19.30 Uhr, Do 16.30–19.30 Uhr und Fr 10.00–13.00 Uhr, Telefon: 0512/58 36 98 – Fax: 0512/58 36 98

☐ Ich möchte mitarbeiten und ersuche um nähere Æ	Auskünfte	An: AEP, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck
☐ Ich bestelle die AEP-Informationen		•
(jährlich € 20,00 / Ausland € 23,00)	Name:	
Ich möchte dem AEP beitreten:	Adresse:	
als ordentliches Mitglied (€ 25,00 / Jahr)	Telefon:	
als unterstützendes Mitglied (Beitragshöhe freig	estellt) Datum:	Unterschrift:
Konto: Tiroler Sparkasse 0200-101061 BLZ 20503	3	